

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustriertem Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7873.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Bedingungen

beträgt für die sechsgepostete Reichs-
 stelle über deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 10. Juni 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Das Ministerium Combes.

Paris, 8. Juni. (Wg. Ber.)

Der offizielle Abschnitt der Ministerreise war von ungewöhnlich kurzer Dauer, nachdem ihr offizieller Abschnitt desto länger gedauert hat. Das neue Ministerium ist daher binnen zwei Tagen fix und fertig aus seinem Coullissen-Versteck auf die politische Schaubühne getreten.

Es ist kein rein radikales Kabinett und auch kein „Konzentrations“-Kabinett ungeliebter Angelegenheiten, da die Radikalen ausgeschlossen sind. Es ist ein Mittelstück zwischen den beiden, zur Hälfte radikal, zur Hälfte nichtradikal, d. h. aus antiklerikalen und antinationalistischen Bourgeois-Republicainern bestehend. Innerhalb der radikalen Hälfte giebt es drei einfache Radikale, darunter der Ministerpräsident und zwei Linkradikale oder „socialistische Radikale“, Camille Pelletan und Doumergue. Mit Ausnahme der Socialisten sind im neuen Ministerium alle Linkgruppen der Kammer und des Senats vertreten. Der Kabinettsbildner hat offenbar darauf gehalten, durch eine mehr oder minder genaue Abzirkelung der Ministerposten die verschiedenen Mehrheitsgruppen zu befriedigen und so sie an die neue Regierung zu fesseln.

Das Programm des Ministeriums wird in der Dienstags-Sitzung offiziell bekannt gegeben werden. Doch ist es in den Hauptzügen bereits bekannt. Danach entspricht es der gemäßigten persönlichen Zusammenfassung des Kabinetts. Wenn die antiklerikale Aktion oben steht, so erschöpft sie sich in der Anwendung des Vereinsgesetzes (Verbot bezw. Verweigerung der Autorisation an die gefährlicheren Mönchsorden) und in der Abschaffung der Ueberreste des sogenannten Gesetzes Falloux (1850), die den kirchlichen Schulunterricht begünstigen. Von der Trennung zwischen Staat und Kirche, einem alten Leidensthier des radikalen Programms, ist keine Rede. Die Beibehaltung des alten Ministeriums des Auswärtigen, Delcassés, bürgt übrigens noch dafür, daß der Antiklerikalismus auch fernerhin nach Gambettas Wort „kein Ausfahrtsartikel“ sein wird, daß die im Innern verbotenen Mönchsorden nach wie vor die staatliche Subvention für ihre Missionen im Orient und anderwärts genießen werden — von der Abschaffung der Votivschäufel beim Vatikan gar nicht zu sprechen. In diese Verleugnungen des altbekannten einfach-radikalen Programms wird sich — nach dem besonders berühmten Muster Millerands — auch der bisher so eifrig-principielle Linkradikale Pelletan schicken.

Noch mehr. Er hat auch mit einer Verhöhnung der radikalen Programmforderung der Steuerreform vorlieb genommen; an Stelle der progressiven Einkommensteuer enthält das ministerielle Programm die vage Formel einer „Steuerreform“, die „mehr Gerechtigkeit und mehr Proportionalität“ einführen soll. Die progressive Einkommensteuer hätte ja der neue Finanzminister, Rouvier, unmöglich unterschreiben können. Sein Eintritt aber in das Ministerium galt als unentbehrlich; er soll den „Nektar“ der zerrütteten Finanzen spielen. Und einen eignen Finanzminister mit einem guten Ruf in den — Wörtern haben die Radikalen aus gutem Grunde nicht: so weit haben sie es in der „Regierungsfähigkeit“ dem doch nicht gebracht. Die Dürre hat denn auch das Kabinett Combes-Rouvier mit einer Haube der Staatsrente um 25 Cts. begrätzt.

Für die Abgenutztheit des regierungsfähigen Personals ist es übrigens bezeichnend, daß die Radikalen einen Rouvier aus der dunklen Verfassung, in die ihn der Panama-Skandal hinabgeschleudert hatte, wieder hervorholen zu müssen glaubten. Seine schlimmsten Feinde von ehemals sind zu seinen Ehrenrettern geworden, indem sie ihn, den politisch tot geglaubten, wieder zur Macht verhelfen haben. Unter dem Gesichtspunkt der panamistischen Vergangenheit des neuen Finanzministers und ehemaligen Ministerpräsidenten ist am pikantesten die Zusammenstellung des Namens Rouvier mit dem Namen Wallé, des neuen Justizministers, der sein politisches Glück wesentlich durch seinen ehrlichen parlamentarischen Bericht über den Panamaskandal gemacht hat. Der alte Panamist darf ein extra wohlthunendes Ripeln empfinden, gerade durch den ehrlichen Ankläger des Panamismus rehabilitiert worden zu sein. ... Aber auch die Kombination Pelletan-Rouvier ist pikant genug unter dem allgemein-politischen Gesichtspunkt: der Führer der Linkradikalen, der soeben wieder für socialistische Kandidaten in den Kammerwahlen agitiert hat, reicht die Hand dem Ministerpräsidenten der 80er Jahre, der die melancholische Politik des Kartells zwischen Bourgeoisrepublikanern und Monarchisten um zehn Jahre früher antizipiert hat. Wer denkt da nicht an die Kombination Millerand-Galliffet? ...

Um zum ministeriellen Programm zurückzukehren, ist zweiter zu bemerken, daß Pelletan seinem Kollegen Rouvier noch eine andre, ihm sozusagen persönlich am Herzen liegende Forderung geopfert hat — die Verstaatlichung der Eisenbahnen. Ursprünglich sollte Pelletan das Ministerium der öffentlichen Arbeiten übernehmen, was wenigstens die Durchführung der Resolution der alten Kammer betreffs Verstaatlichung der West- und Südbahn einschloß. Aber Rouvier wollte davon nichts wissen, und „unentbehrlich“ wie man ihn hält, mußte Pelletan ins Marineministerium hinüberwandern. Dort wird er als früherer unerlässlicher und sachkundiger Ankläger der Wirtschaft des Marinebürgels vielleicht — wir wollen es wenigstens hoffen — seine oppositionelle Kritik in ministerielle Thaten umleihen, aber den „großen Interessen“ der Bourgeoisie ist er als Marineminister jedenfalls am wenigsten gefährlich. Der Schein wird freilich getretelt werden: die Verstaatlichung der Eisenbahnen wird in der ministeriellen Deklaration als eine „zu studierende“ Frage figurieren, d. h. als eine platonische Phrase.

bleibt noch an Reformversprechungen die von allen Parteien geforderte oder geduldete Verkürzung der militärischen Dienstzeit auf zwei Jahre. Von socialpolitischen Reformen hört man vorläufig nichts, obwohl die alte Kammer die Beratung einer Altersversicherungs-Vorlage bereits begonnen und den Achtstundentag für Bergarbeiter, sowie den Achtstundentag für Eisenbahner bereits votiert hat. Oder hält die offiziöse Preßmitteilung über das ministerielle Programm die socialpolitischen Reformen für nicht erwähnenswert? In dieser Beziehung ist es ferner von ungünstiger Vorbedeutung, daß an die Spitze des Handelsministeriums nicht, wie früher angenommen, Duclief, Vorsitzender der Arbeitskommission der Kammer, ein socialreformerisch gesinnter und sachkundiger Radikaler, kommt, sondern der Halbradikale Trouillot, ein Fachmann des — Antiklerikalismus. Dieser seltsame Personenaustausch ist offenbar ein Erfordernis der herrlichen Coullislogik, ebenso wie z. B. die Befegung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten durch den Halbradikalen Moréjouls, der eine abseitige Unkenntnis zu besorgen scheint. Doch er war schon einmal Minister (für einige Monate), folglich ist er für immerdar ministrabel.

Relativ günstig ist die Beibehaltung des früheren Kriegsministers, General André, der von den Nationalisten freilich über seine demokratischen Verdienste hinaus gehaßt und geschimpft wird. Wie die Dinge eben liegen, ist weder unter den Militärs noch unter den civilen Politikern ein besserer Kriegsminister als General André aufzutreiben.

Das Gesagte macht erklärlich, daß das Kabinett Combes-Rouvier-Pelletan innerhalb der künftigen Regierungsmehrheit zum Teil mit recht gemischten Gefühlen aufgenommen wird, wenn auch die allermeisten Organe der bisherigen und kommenden Regierungspresse Rouviers panamistische und politische Vergangenheit zart-diplomatisch verschweigen. Dafür großt ziemlich laut die Linkradikale „Panterne“ u. a. über die ungebührlich zahlreichen halb-radikalen Minister. Sie fragt, ob das Ministerium mit Combes „radikal“ oder mit Rouvier „gemäßigt“ sein werde? Eine durchaus angemessene Frage, wenn man Rouviers Verleidenheit und unbeeugsame Willensstärke kennt, während Combes in der „hohen Politik“ ein Reuling ist. Andererseits hat die linkradikale Kammerfraktion das neue Ministerium mit einem frostig-reservierten Beschluß aufgenommen, der ihre Unterstützung davon abhängig macht, ob das Ministerium die „baldige Erfüllung gewisser Reformforderungen des socialistisch-radikalen Programms verpricht“. Ohne die Linkradikalen aber kann das neue Ministerium nicht regieren. Das ist an ihm wohl noch das Beste.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Juni.

Die Zuckerkonvention im Reichstage.

Der Reichstag beschäftigte sich am Montag in einer sehr ausgedehnten Sitzung mit dem Vorprojekt zum Zuckervertrag, der der Brüsseler Konvention. Sie ist der Ausgangspunkt für die Beseitigung der verderblichen Prämienwirtschaft und für die Vernichtung des Zuckerkartells, dem die Kommissionenmehrheit allerdings wieder ein Hintertürchen durch die fünfjährige Kontingentierung geöffnet hat. Das Zuckerkartell hat alle Mühen springen lassen, um die Konvention zu Fall zu bringen. In letzter Minute noch haben die Interessenten auf Bestellung des Bundes der Landwirte Telegramme an die Reichstags-Abgeordneten gerichtet und um Ablehnung der Konvention ersucht. Allerdings scheinen die Herren ziemlich wahllos telegraphiert zu haben. Es ist gewiß pikant, daß auch Herr Dr. Barth, wie heute von ihm festgestellt wurde, ein solches Telegramm erhalten hat, das die Berliner Geschäftsstelle des Bundes der Landwirte noch sorgfältig korrigiert hat.

Es war also sehr erklärlich, daß das Haus außerordentlich gut befehligt war. Die Bänke der Rechten und des Centrums wiesen kaum eine Lücke auf. An der Spitze der beteiligten Minister war Graf Walow erschienen und harrete geduldig bis zur schließlichen Abstimmung aus. In die Debatte selber griff er nicht ein, sondern überließ dem Grafen Pofadowsky, einen heftigen Strauß mit den Agrariern und Gegnern der Konvention auszusprechen, wobei der Staatssekretär, ganz im Gegensatz zu seiner sonstigen Zurückhaltung, aus sich herausging und unter dem Pöbeln und Sämen der Rechten und dem Weisfall der Linken die Konservativen wegen ihrer Diskreditierung der Regierung vor dem Anlande auf das Unverblüteste ablanzelte. Aber diese Walow'schen und Pofadowsky'schen Rebellionsversuche gegen das Zuckerloch trafen immer an einer hilflosen Halbbühne. Um den Mund der Agrarier zu stopfen, genügt der fetteste Bissen nicht. Bereitwillig opfert die Regierung die Sacharin-Industrie und verspricht möglichst wohlwollende Erwägung des Kontingentierungsgedankens, läßt sich in weitläufige Kommissionsverhandlungen ein und macht schließlich nicht einen Interessenten in seiner Stellungnahme wandern. In derselben Rede, in der Graf Pofadowsky mit den Agrariern absprach, zog er auch gegen die progressive Reichs-Einkommensteuer mit den alten fadenstimmigen Gründen zu Felde.

Herr Dr. Barth versuchte der Walow'schen Regierung das Rückgrat zu stärken und sie schatz zu machen zum entscheidenden Bruch mit den Agrariern. Die Hoffnungen unserer Badenrumpfler sind durch alle Erfahrungen nicht tot zu machen und der Spott, den ihre Sehnsucht nach künftiger Ministerherrlichkeit durch Herrn Liebermann v. Sonnenberg sand, ist, von der Albernheit der Form abgesehen, doch sehr berechtigt. Die Agrarier waren jedenfalls durch die Pofadowsky'sche Rede ebensowenig eingeschüchert wie durch die sachlichen Darlegungen der Geheimräte. Es war blutiger

Dohn, daß Graf Kanitz und der Bündlervorsitzende Dr. Köstler die Beratungen der Zuckervertrag-Kommission noch immer nicht gründlich genug fanden und die Zurückweisung an die Kommission und Vertagung der ganzen Sache bis in den Herbst forderten.

Die Generaldebatte brachte eine Zungensperre unfreier Genossen Bernstein, die den principielle Standpunkt unserer Partei in Klarheit und Schlichtheit anscheinend setzte. Man hörte dem jüngsten Mitgliede unserer Partei mit großer Aufmerksamkeit zu. Seine in den langen Jahren des Exils in England gesammelten Erfahrungen liehen ihn die Wirkungen der Konvention für England mit großer Sachkenntnis beurteilen.

In der Diskussion überwogen die der Konvention feindlichen Stimmen. Vieldeutig wie immer war die Haltung des Centrums. Sein Finanzminister Müller-Judva machte die Zustimmung zu der Konvention für die Mehrzahl seiner Freunde von der Vonderung des Zuckervertrages im Sinne der Kommissionsbeschlüsse abhängig. Neulich äußerte sich Herr Camp für die Reichspartei, der dabei, um den verhassten Gedanken einer Reichs-Einkommensteuer zu bekämpfen, mit taschenpielerartiger Geschwindigkeit androhte, daß die reichen Leute in Preußen über ein Viertel ihres Einkommens an direkten Einkommensteuern zu zahlen hätten. Wer es glaubt, zahlt Herrn v. Wangenheim einen Thaler, um feiner von der Steuerbehörde nachgewiesenen Einkommenslosigkeit abzugeben. Herr Passche konnte für die große Mehrheit der Nationalisten versichern, daß sie für die Konvention eintreten würden, die in den beiden freisinnigen Gruppen erhebliche Anhänger hat.

Bei der Abstimmung stellte sich ein wenig unermutet heraus, daß eine starke Dreiviertel-Majorität sich für die Konvention erhob. Zum Teil schien an diesem Ergebnis allerdings auch eine Unklarheit über die Abstimmung Schuld zu sein. Auf der Rechten wußten einige Herren offenbar nicht, daß über Artikel 1 der Konvention abgestimmt wurde. Sie glaubten für den Artikel 1 des Zuckervertrages, der in der Kommissionsfassung den Kontingentierungsgedanken enthält, zu stimmen.

Dienstag wird die Beratung bereits um 11 Uhr fortgesetzt.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus erledigte am Montag nur kleinere Vorlagen und Petitionen. In der Hauptsache handelt es sich um Petitionen von Beamten um Verringerung ihrer Gehaltsverhältnisse. Die große Zahl dieser Petitionen zeigt, wie schlecht die unteren und mittleren Beamten in Preußen noch immer gestellt sind. Den Schluß der Sitzung bildete eine oberflächliche Wohnungsdebatte aus Anlaß von Petitionen betr. die Baupolizei-Ordnung für die Vororte von Berlin. Die Petenten wünschen, daß hinsichtlich der landhausmäßigen Bedienung Erleichterungen gewährt werden. Zum Abschluß kam die Debatte nicht; sie wird an einem der nächsten Tage fortgesetzt werden.

Dienstag: Zweite Lesung der Lex Adidées.

Freisinnige Regierungsversuche.

Jedesmal, wenn die Regierung mit ihren geliebten Junkern einen kleinen häuslichen Streit auszufechten hat, besonders aber, wenn Gerüchte im Schwange sind, daß man „oben“ sehr ungnädig über die Konservativen sei, laufen die Vertreter des freisinnigen Bürgerthums herbei und bringen sich in empfehlende Erinnerung — eine Aufdringlichkeit, der freilich niemals belohnt wird. Im Gegentheil, es geschieht ihnen wie Leuten, die sich ungebunden in einen Zwist von Eheleuten mischen; die Hadernden wenden sich gemeinsam gegen den Dritten.

Bisher war es die Eigentümlichkeit der „Freisinnigen Vereinigung“ diese schlaue und charaktervolle Politik zu betreiben. Neuerdings aber wandelt auch die freisinnige Volkspartei auf den Spuren Nikers. Ja, diese hat sogar leghin einen ernsthaften Gehversuch unternommen, um zu zeigen, daß auch sie fähig sei, als regierende Partei zu wirken. Dabei sind aber die Wasserstiefel auf dem ungewohnten diplomatischen Parkett schmächtig und lächerlich ausgeglitten.

In der Zuckervorlage hat die Regierung die Verbrauchsabgabe von 20 Mk. auf 16 Mk. herabgesetzt. Die Agrarier beantragten eine Herabsetzung auf 12 Mk. und (von 1905 ab) auf 10 Mk. Die Regierung erhob darauf eine grausame Klage, daß die Reichskasse den Ausfall nicht missen könne, sie sei so schon pleite. So viel Gerzele der Regierung konnte die — freisinnige Volkspartei nicht ertragen, und sie bot ihr hilfreich 14 Mk. an, so daß also die freisinnige Volkspartei, die programmgemäß für völlige Aufhebung der Zuckervertrag eintraten möchte, für eine höhere Verbrauchsabgabe eingetreten ist, als die Mehrheit der Kommission wollte — und dies lediglich, um der Regierung einen Gefallen zu thun. Wie hatten diese Ungehörlichkeiten festgestellt und darauf antwortet die „Freisinnige Zeitung“ wie folgt:

„Der Wortführer“ brantbarstet in einem Leitartikel damit, die Freisinnigen hätten geglaubt, die Zuckervertrag erhöhen zu müssen, um sich oben beliebt zu machen; aber dem socialdemokratischen Proletariat sei die Aufgabe vorbehalten, die Regierung und die Konservativen zu stützen. Das ist seitens des Artikelverfassers wiederum gegen besseres Wissen verfaßt. Es handelt sich bei den verschiedenen Abstimmungen nicht um eine Erhöhung der Zuckervertrag, sondern um den größeren oder geringeren Umfang der Ermäßigung. Die Socialdemokraten haben dabei mit den Konservativen zusammen gestimmt, das heißt mit denjenigen, die der Brüsseler Konvention die Zustimmung versagen. Den Konservativen wäre es aber gerade recht, wenn auf diese Weise hinten herum mit dem Zuckervertrag die Konvention zu Fall gebracht werden würde. Die freisinnigen Mitglieder der Kommission wollen dazu nicht die Hand bieten und auch nicht dazu, durch eine zur Zeit nicht gerechtfertigte weitere Ermäßigung der Zuckervertrag den Plänen auf

Erhöhung der Biersteuer und der Tabaksteuer vorzuarbeiten. Die Bundesgenossen der Sozialdemokraten bei der Abstimmung über die Zuckersteuer sind stets dabei gewesen, wenn es galt, die Tabaksteuer oder die Biersteuer zu erhöhen.

Soll man mehr die Dreifigkeit oder die Dummheit dieser Entgegnung bewundern? Die 'Freisinnige Zeitung' verschönt sich hinter die diplomatische Vermutung, die Agrarier stimmten nur deshalb für die niedrigere Steuer, um die Zuckerkonvention zu Fall zu bringen. Mag sein — aber was geht das den Freisinnigen an! Abgesehen davon, daß das Interesse an der Herabsetzung der Zuckersteuer bei den Agrarier hauptsächlich ebenso groß und echt ist wie bei den Zuckerkonsumenten — hier steht das gemeinsame Interesse aller Parteien und Volksschichten lediglich dem fiskalischen Interesse der Regierung gegenüber — warum sollte die Konvention an dieser Herabsetzung scheitern! Wenn der Reichstag die Verbrauchsabgabe auf 12 Mark herabsetzt, so wird die Regierung eben wohl oder übel zustimmen müssen und es ist ausgeschlossen, daß der Bundesrat deshalb die Konvention ablehnt. Würde es aber aus fiskalischer Engbergigkeit democh thun, nun, so trifft die ganze Verantwortung für die Folgen lediglich die Regierung. In Wirklichkeit bietet sich hier eine besonders günstige Gelegenheit, die Regierung zu zwingen, das System der indirekten Steuern wenigstens an einem Punkte zu mildern, und es ist nur zu bedauern, daß sich nicht eine Mehrheit findet, die die Verbrauchsabgabe noch mehr herabsetzt. Es ist der Freisinnigen Volkspartei, dieser prinzipiellen Gegnerin indirekter Steuern, vorbehalten geblieben, die Verhinderung einer Besserung auf diesem Gebiete versucht zu haben — um der Regierung willen.

Dann hat der Freisinn noch einen zweiten, nicht minder famosen Grund anzuführen: Wenn die Zuckersteuer auf 12 M. herabgesetzt werde, so würde die Regierung sich am Bier und Tabak schadlos halten. Das ist eine inselnebene freisinnige Steuerpolitik, die Steuerpolitik eines 'regierenden' Freisinn, der ministerieller ist als die Minister, und fiskalischer als der Fiskus. Der Freisinn erklärt nicht etwa: Wenn ihr Finanzsorgen habt, so fordert direkte Reichssteuern oder vermindert die Ausgaben für Heer, Marine und Weltpolitik; ohnehin betruhe ja die ganze Flottenvorlage auf der Annahme steigender Einnahmen, und es liegt durchaus im Sinne des Gesetzes, die Schiffneubauten in finanziell kritischen Jahren zurückzustellen. Aber der neueste, der regierungsfähige Freisinn bietet die Erhöhung einer indirekten Steuer an, um die angebliche Erhöhung anderer zu vermeiden, und zwar soll gerade ein hygienisch außerordentlich wertvolles Massenverbrauchsmitel, wie der Zucker, geopfert werden!

Für die zweite Lesung im Plenum hat die freisinnige Volkspartei, in ihrer ungläublichen staatsmännischen Verblendung, wirklich den 14 Mark-Antrag wieder aufgenommen. Inzwischen hat sich allerdings die ältere regierende Partei, das Centrum, auf die Abwehr der neuen Konkurrenz besonnen, und einen seiner berühmten Umfälle organisiert. Es ist sicher, daß wenigstens ein Teil des Centrums die Verbrauchsabgabe wieder über den Kommissionsbeschluss von 12 (10) M. erhöhen wird. Nach einem solchen eingebrachten Kompromißantrag Müller-Gulda soll die Zuckersteuer vom 1. September 1908 ab 14, vom 1. September 1909 ab 12 M. betragen. Das Centrum ist also doch noch regierungsfähiger als der Freisinn, der sich sonst umsonst prostituiert hat.

Auf den Ausgang der Angelegenheit kann man gespannt sein. Es ist anzunehmen, daß außer den Sozialdemokraten und Konservativen in der zweiten Lesung der Vorlage nur noch ein Teil des Centrums, einige Nationalliberale und Reichsparteiler für den niedrigeren Satz der Kommission eintreten werden. Damit ist aber das Schicksal des Kommissionsbeschlusses zweifelhaft geworden, und es wird möglicherweise gerade von den freisinnigen Stimmen abhängen, ob die Zuckersteuer höher oder niedriger wird. Es wird ein schönes Schauspiel werden, wenn der Freisinn um des fiskalischen Interesses der Regierung willen die Herabsetzung einer drückenden indirekten Steuer verhindert.

Deutsches Reich.

Wie regiert wird!

Mit verblüffender Formlosigkeit erzählt der offiziell beeinflusste 'Hamburger Korrespondent':

Von verschiedenen Seiten ist letzter Tage konstatiert worden, daß die Schärfe der vom Grafen Bülow namens des preussischen Staatsministeriums zur Zolltarif-Interpellation im preussischen Abgeordnetenhaus abgegebenen Erklärung im agrarischen Lager stark und schmerzhaft überlastet hat. Diese Überlastung war, wie man jetzt hört, um so größer, als ein der Landwirtschaft besonders nahe stehender preussischer Minister Vertreter der interpellierenden Parteien gegenüber sich vertraulich dahin geäußert hatte, Graf Bülow würde wohl seine ablehnende Antwort auf die Interpellation in die übliche lebenswürdige Form kleiden und eine Erklärung abgeben, die sich wie ihre Vorgängerinnen in der programmatischen Diagonale bewege. Ob der genannte Minister zu dieser Mitteilung autorisiert war oder ob er lediglich Vermutungen ausdrückte, zu denen er auf Grund allgemeiner Erwägungen gelangt war, mag dahingestellt bleiben; jedenfalls haben die Konservativen infolge dieser Andeutungen der Verantwortung der Interpellation völlig sorglos entgegen. Inzwischen aber war in einer Audienz, die Graf Bülow beim Kaiser hatte, festgestellt worden, daß eine sehr energische Erklärung abgegeben werden sollte, die den Agrariern jede Illusion über einen möglichen Erfolg ihrer jetzigen und späteren Agitation benehmen sollte. Der Wortlaut dieser Erklärung wurde in einer Sitzung des Staatsministeriums formuliert. Der oben erwähnte Minister mochte es aber für unvereinbar mit seinen amtlichen Pflichten gehalten haben, seine Vertrauensmänner von der veränderten Situation zu unterrichten. So kam die kolossale Ueberlastung zu stande, die unter anderem darin zum Ausdruck kam, daß die 'Kreuz-Zeitung' in derselben Nummer, in der die Erklärung des Staatsministeriums stand, sich noch des Reichsanwalters getrüßte, der nach seiner eignen Aussage so agrarisch sei, wie ihn die Agrarier sich nur immer wünschen könnten.

Also Boddieck hat seinen Jankern die beruhigende Versicherung gegeben, daß Bülow ihnen nichts thun werde. Inzwischen erhob sich jäh der — Seewind. Bülow eignet sich sofort ein düsternes Gemüt an und wird energisch.

Was für Gelden fließen in den Ministerien! —

Unzüchtiges Geldsammlungs-Verbot.

Die Kollektorenverordnung des kaiserlichen Regierungspräsidenten, wonach die Vornahme einer öffentlichen Kollekte im Anschlusse an öffentliche Versammlungen ohne Genehmigung des Oberpräsidenten verboten ist, sollte der Anarchist Frauböse überhört haben. Er hatte sich nach dem Schluß einer öffentlichen Versammlung in Görz mit etwa 20 andern Anarchisten in einen Nebenraum des Versammlungsorts begeben und dort Bilder von Bakunin und Härtz Arapovitch in Form einer sogenannten amerikanischen Auktion versteigert. Für jedes Bild wurde etwa eine Mark erzielt. Das Landgericht Görz als Versammlungsinstanz verurteilte Frauböse zu einer Geldstrafe, weil hier die Vornahme einer öffentlichen Kollekte, d. h. einer öffentlichen Sammlung freiwilliger Beiträge vorliege. Die Form der amerikanischen Auktion

sei nur gewählt worden, um den Schein einer Versteigerung zu wahren. In Betracht komme unter anderem, daß der geringe Wert der Bilder in gar keinem Verhältnis zu dem erzielten Preise gestanden habe. In Wirklichkeit sei mit der Auktion eine Sammlung zu Gunsten der Förderung der anarchischen Bewegung bezweckt worden. Freiwillige seien die Beiträge gewesen, weil ihre Zahl und Höhe vom Belieben der Geber bzw. Käufer abhängig.

Der Straferrat des Kammergerichts gab jetzt der gegen dieses Urteil eingelegten Revision R's statt, hob die Verurteilung auf und sprach Frauböse frei, indem es die Kosten einschließlich der dem Angeklagten erwachsenen notwendigen Auslagen der Staatskasse auferlegte.

Vergleichen wurde angeführt: Es könne dahingestellt bleiben, ob nicht schon das Vorliegen einer Kollekte beziehungsweise Sammlung freiwilliger Beiträge verneint werden müsse, weil in dem Bieten auf das Bild eine Leistung freiwilliger Beiträge nicht zu sehen sei. Aber nach der Meinung des Kammergerichts sei die angezogene Vorschrift der Regierungs-Vollzugsverordnung überhaupt rechtsunzulässig. Der Senat gehe davon aus, daß die Instruktion für die Oberpräsidenten und die in Betracht kommenden Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts so anzulegen seien, daß nur Hauskollekten einer Genehmigung, und zwar des Oberpräsidenten, bedürfen, nicht aber alle sonstigen Sammlungen. —

Altendiebstahl. Die gutgesinnte Presse zelebriert jedesmal über gemeinen Diebstahl und infamen Vertrauensbruch, wenn die sozialdemokratische Presse in die Lage versetzt wird, durch Veröffentlichung geheimer Aktenstücke in die Konfliktshelmsche der herrschenden Klassen und ihrer regierenden Agenten zu tun. Und dies, obwohl kein sozialdemokratisches Blatt jemals einen Altendiebstahl verübt oder veranlaßt hat.

Jetzt hat nun eines der ordnungswidrigen Ordnungsbücher, das 'Leipziger Tageblatt', einen Deputationsbericht über die Verluste der Lotterie-Darlehenkasse beim Zusammenbruch der Leipziger Bank veröffentlicht, der noch gar nicht eingültig festgestellt war, sondern später Abänderungen unterzogen wurde. Jetzt melbet sich als Thäter der parlamentarische Mitarbeiter des 'Leipziger Tageblatts', der besser erklärt:

„Der Verbrecher bin ich ganz unbenutzt und durch Zufall geworden. Als ich an dem betreffenden Morgen, da ich mit dem Vorarbeiten für die Veröffentlichung beschäftigt war, nach dem Dienste suchte, damit er mir Frühstück holen möchte, kam ich auch nach dem offenstehenden Deputationszimmer. Ich fand den Diener dort nicht, dagegen bemerkte ich auf dem Tische außer andern herumliegenden Druckberichten auch den Bericht über die Lotterie-Darlehenkasse. Selbstverständlich ließ ich mir als bestmöglicher Journalist und Verleübler des 'Leipziger Tageblattes' die günstige Gelegenheit nicht entgehen, von dem Inhalt des Berichts ausgiebigen Gebrauch zu machen.“

Das ist selbstverständlich Diebstahl und Vertrauensbruch schäuflicher Art. Jetzt wissen wir's: Ein gutgesinnter Schmod entrückt sich über vertrauliche Veröffentlichungen nur deshalb, weil er sie selbst sich mit aller 'Besonnenheit' nicht angueigen vermochte! —

Nichtbefähigung eines sozialdemokratischen Schultheils.

Ans Gotha geht und die Mitteilung zu, daß der am 18. April von der Gemeinde Dietzberg zum Schultheil gewählte Landtags-Abgeordnete H. Wolf laut Entscheidung des Landratsamtes Ohebrun vom 6. Juni nicht befähigt worden ist und zwar deswegen, weil er erst als Logarientheilnehmer und Lehrling im Jahre 1878 einem außerlich entrückten Kameraden einmal für drei Pfennige Brot mit in das Logarient gebrach habe und deshalb nach dem Militär-Strafgesetz bestraft wurde, weil er ferner im Jahre 1884 wegen angeblich ruhestörender Äußerungen mit 5 Mark geahndet wurde und drittens im Jahre 1891 wegen Majestätsbeleidigung zu fünf Monaten Gefängnis bestraft worden ist. Das sind die Mängel, aus welchen die Nichtbefähigung zum Schultheilnamen hergeleitet wird. Das Gotha'sche Gemeindegewehr spricht in keiner Weise davon, daß aus solchen Gründen die Wahl ungültig sein soll, es spricht nur von Verlegung der Befähigung im Falle des Mangels der für die Stelle erforderlichen besonderen Befähigung. Strafen, welche 10-24 Jahre zurüchlegen, sollen jetzt genügen, um eine Nichtbefähigung zu konstruieren; der Gewählte ist aber schon 6 Jahre lang Gemeindegewehr-Mitglied und 6 Jahre Abgeordneter im Gotha'schen Landtag. Wie wir erfahren, wird Genosse Wolf Beschwerde beim Staatsministerium einlegen.

Anscheinend hat der Fall in der Gotha'schen Deputation erhebliche Erregung verursacht. Das Landratsamt hat sieben Wochen gebraucht, bis es zu seinem reaktionären Entschiede gelangen konnte. Man wird sehen, ob die liberale Regierung von Gotha es fertig bekommen wird, einen tüchtigen, einwandfreien Staatsbürger des Schultheilnamen unwürdig zu befinden, nur weil er sich vor langen Jahren in Verachtung seiner politischen Anschauungen eine Verurteilung auf Grund eines veralteten unliberalen Strafgesetzbuchs-Paragrafen zugezogen hat. —

Freisinnige Wucherzollhilfe.

Die 'Adnigtst. Hartung'sche Bta.' bringt folgende Korrespondenz ihres Berliner Mitarbeiters an hervorragender Stelle, die geeignet ist, freisinnigen Gesinnung und freisinnige Politik gleicherweise zu kennzeichnen:

„Wenn heute ein neuer Dante erkände, der, dem Geiste des Tages gemäß, streng realistisch eine 'Göttliche Komödie' dichten wollte, dann könnte er, um die Schreden der Hölle zu wahren, kein besseres Vorbild finden, als die gegenwärtigen Verhandlungen der Zolltarif-Kommission des Reichstags. Ein schwäher Brodem in dem durch Tobakwollen verfluchten Eignungsloos — die Fenster verhält zum Schuge gegen die sengende Sonnenhitze — auf den langen Tafeln nichts als Druckladen und allerhand Eingaben, die sich auf den Zolltarif beziehen — die und da eine träge Feder, die zögernd ab und zu ein paar Worte kriegt, sonst alles in Ruhe — Abspannung, Ermattung auf allen Gesichtern — (suedenhaft langweilig verzögert sich die Verhandlung).

Aber das fiele vielleicht alles nicht so schwer auf die Nerven, wenn nicht die gleichen Dauerreden immer und immer wiederbelebten: in breitem Schwafel Worte, nichts als Worte, die jeder tieferen Bedeutung, jeder inneren Veranlassung entbehren. Wer in so langem langen Singsingen, wie sie man die Tarifkommission schon hinter sich hat, die eintönige Beredsamkeit des Abgeordneten Stadthagen und dann noch wüthender die oberen und schimmernden Ergüsse der 'Genossen' Hoch und Antritt auf sein Trommel einwirken ließ, der hat ein kühneres Fegfeuer durchgemacht. Aber schämmer täglich werden ihm die Qualen, wenn Stunde auf Stunde in leeren Worten unlos verirrt. Schließlich muß sich doch jeder sagen: So habe um jeden Bruchteil des Lebens, der für die Eignungsarbeit am Zolltarif-Entwurf verwendet wird. Weisen doch schon die Spagen von den Wädhern, daß selbst die veränderten Regierung trotz ihrer unwillkürlichen Hoffnungslosigkeit an dem Zustandekommen der Tarifnovelle nunmehr verzweifeln und demgemäß veränderte Entschlüsse für die weitere Bestimmung unsrer Handelsbeziehungen zum Auslande getroffen haben.“

Die widerwärtige Unsicherheit der obigen Bemerkungen über unsere Parteigenossen in der Zollkommission ist würdig, einen Schweineburg zum Verfasser zu haben. Aber die 'Hartung'sche Zeitung' ist ein freisinniges Organ und ihr Berliner Mitarbeiter ist selbst Mitglied der Zolltarif-Kommission. Dabel wissen wir nicht, ob der freisinnige Herr wenigstens die gute Bezahlung Schweineburgs als Entschädigung seiner traurigen Peinlichkeit anzuführen möchte.

Der freisinnige Parlamentarier hat vergessen, daß er selbst und seine nächsten Geseinnungsfreunde, die Herren Brömel, Müller-

Meinigen etc., noch bis vor kurzem durch 'Dauerreden' mit den sozialdemokratischen Vertretern in der Kommission eifrig zoulurirt hat. Neuerdings freilich haben die freisinnigen Herren, anscheinend in der nur ihre politische Eignungslosigkeit erweisenden Illusion, als geische die Fortführung der Zollkommissions-Vernunft ohne Sinn und Zweck, ihren Eifer in der Bekämpfung des Zolltarifs aufgegeben. Sie haben ihn so sehr aufgegeben, daß einige von ihnen es nicht einmal als nötig erachteten, pflichtgemäß an den Kommissionsarbeiten teilzunehmen, sondern es vorzuziehen, häufig gänzlich abwesend zu bleiben und dadurch wiederholt Abstimmungen zu Gunsten erhöhten Zollwuchers zuzulassen.

Bei einer so pflichtwidrigen Haltung einiger freisinniger Kommissionsmitglieder ist es eine Erbärmlichkeit fondergleichen, Kollegen zu beschimpfen, die in treuer Arbeit ihre Pflicht gegen die Pläne des Zollwuchers erfüllen. —

Ausland.

Arbeiter-Gesetzgebung in Italien.

Aus Rom wird uns geschrieben: Unsere soziale Gesetzgebung, die hauptsächlich von den Sozialisten angesetzt wurde — sei es durch Einbringung von Gesetzesentwürfen, sei es durch Agitation im Lande — macht langsamen Fortschritt. Fortschritt — wenigstens für ein Parlament, in dem die Zahl der Vertreter des organisierten Proletariats 1/3 Proz. der Gesamtvertreter beträgt; da läßt sich mehr nicht erwarten.

Nach dem Schuygesetz für Frauen- und Kinderarbeit, von dem früher berichtet wurde, ist das Unfallversicherungsgesetz angehängt und auf eine größere Zahl von Arbeiterkategorien ausgedehnt worden: auf die der Gasarbeiter, Telephonarbeiter, Lastträger bei der Schiffsarbeit, auf die Fischer und die Beschäftigten an ländlichen Motormaschinen; auch die Anote, die an verunglückte Arbeiter gezahlt werden muß, wurde erhöht.

Infolge der ländlichen Agitation, der Streiks und in Verfolgung der Einrichtung von ländlichen Schiedsgerichten, die von einigen provincialen (etwa: Kreisverteilungen) angeregt wurden, hat der Landwirtschaftsminister Daccelli sich entschlossen, einen Gesetzesentwurf betreffend die Einrichtung von fakultativen ländlichen Schiedsgerichten vorzulegen, und zwar soll die Ernennung des Präsidenten dieser Schiedsgerichte der Exekutivgewalt zustehen, und kollektive Streittigkeiten sollen dem Urteil der Schiedsgerichte entzogen bleiben.

Der Gesetzesentwurf bringt Bestimmungen, die darauf gerichtet sind, Streitigkeiten zwischen Besitzern und Pächtern und zwischen Pächtern und Pächtern einerseits und der Arbeiterklasse andererseits.

Der Gesetzesentwurf schlägt drei Wahlkreise vor: eine der Grundbesitzer, eine zweite der Pächter, Ertragsbeteiligten etc. (mazandria) — eine teilweise in Italien übliche Form der Entlohnung ländlicher Arbeiter, indem diese weder Lohn erhalten, noch dem Besitzer Nacht bezahlen, sondern einen bestimmten Teil des Ernte-Ertrages erhalten. Der Leberbeiter), eine dritte für die Tagelöhner. Das Schiedsgerichts-Kollegium soll demnach in zwei Sektionen zerfallen; die erste wird in der Weise gebildet, daß die Zahl der Tagelöhner gleich der der Besitzer und Pächter etc. zusammengenommen ist, sie wird die Streitigkeiten zwischen Proletariern und Besitzern oder Pächtern des Bodens entscheiden; die zweite zu gleichen Teilen aus Besitzern und Pächtern zusammengesetzte Sektion entscheidet über die zwischen diesen ausgebrochenen Streitigkeiten.

Da nun aber nicht selten der Fall eingetreten ist, daß bei den Wahlen zu den industriellen Schiedsgerichten die Arbeitgeber sich der Wahl entzogen haben, so räumt der neue Gesetzesentwurf dem Präsidenten die Befugnis ein, die Schiedsrichter aus jener Klasse auszuwählen, welche sich zweimal geweigert hat, ihre Vertreter namhaft zu machen.

Ein anderer Gesetzesentwurf ist zu dieser Materie von dem radikalen Abgeordneten Alessio eingebracht worden. Dieser Entwurf wurde durch die jüngsten ländlichen Agitationen bestimmt, kann aber bei der großen Jugend unserer Organisationen diesen mehr zum Schaden als zum Nutzen gereichen.

Nach diesem Gesetzesentwurf sollen die ländlichen anerkannten Organisationen die Schiedsgerichte erwählen, der Schiedspruch ist obligatorisch und hat die Geltung der Sprüche der Zivilgerichte. Daher würde die Ernennung des Friedensauschusses und des Schiedsgerichts nur den legal konstituierten Gesellschaften anvertraut und die Urteilsprüche dieser Tribunale Urteilsprüche, die speziell bei kollektiven Streitigkeiten anzurufen wären) erhielten einen obligatorischen Wert durch die pekuniären Sicherheitsstellungen, die jede Gesellschaft zu leisten gehalten wäre. Ohne auf eine nähere Kritik dieses Gesetzesentwurfs einzugehen, sei nur eine Tagesordnung mitgeteilt, die von der Leitung des holländischen Landarbeiter-Bundes (bente circa 1000 Verfassgenossenschaft mit 21000 Mitgliedern) beschlossen wurde.

Die Versammlung.

nach Prüfung des Regierungs-Gesetzesentwurfs bezüglich Einführung der Schiedsrichter in das landwirtschaftliche Gewerbe und des vom Abgeordneten Alessio vorgelegten Entwurfs zur Vorbeugung und Verlegung ländlicher Streiks

Konstatiert.

daß nach dem Regierungs-Gesetzesentwurf das Schiedsrichter-Kollegium eingesetzt werden soll, ohne die Garantien, die die in der Industrie gemachten Erfahrungen als nötig erwiesen haben; daß nach dem Entwurf Alessio die Schiedsrichter-Institution auf der Anerkennung der Korporation als juristische Person sich begründen soll;

in Anbetracht ferner, daß die Proletarier-Organisationen in Italien noch nicht den genügenden Grad der Entwicklung erlangt haben;

erklärt:

I. Der Regierungs-Entwurf muß gemäß den Wünschen der Landarbeiter-Kongresse verbessert werden.

a) Die Institution der Schiedsgerichte muß in sämtlichen Kommunen des Königreichs obligatorisch sein;

b) zur Kompetenz der Schiedsgerichte sollen alle persönlichen oder kollektiven Streitigkeiten bezüglich der Arbeitsverträge gehören;

c) Wahl des Schiedsgerichts-Präsidenten statt Ernennung durch die Behörde;

d) Entschädigung an die Schiedsrichter;

e) Strafgerichtliches Vorgehen gegen die ausgelassenen Schiedsrichter, welche die Stellung ablehnen;

f) Ausdehnung des positiven Wahlrechts für die wegen politischer Vergehen Verurteilten.

II. Die gesetzliche Anerkennung der Verfassgenossenschaften muß bei der jetzigen politischen Lage trotz der ansichtig demokratischen Absichten des Entwurfs abgelehnt werden als gefährlich für die Freiheit und die geistliche Entwicklung der Arbeiterbewegung.

Die beiden Entwürfe kommen demnach zur Debatte in der Kammer.

Schließlich sei erwähnt, daß die Sozialisten Chiesa, Rossi und Capini einen Gesetzesentwurf eingebracht haben, welcher mindestens 36 Stunden ununterbrochener Ruhe wöchentlich den Land- und Industrie-Arbeitern, den Handelsangestellten und den öffentlichen und Privatbeamten zusichert. —

Die Friedensfundgebung der Boeren.

Der 'Standard' veröffentlicht folgende vom 31. Mai datierte Volkstakt S. Hall Burgers und Gochas:

Offener Brief

an alle Offiziere und Beamte der Boers, die bis zum heutigen Tage ihre Pflicht gegenüber dem Lande und dem Volke treu erfüllt haben.

Kameraden, Brüder, Landsleute!

Wir danken Euch herzlich für Euren Heroismus und für die Hingabe von so vielen, was Euch teuer und lieb war, wir danken Euch für Euren Gehorsam und Eure treue Pflichterfüllung in allem, was dem Afrikaer Volk zur Ehre und zum Ruhme gereicht. Wir raten Euch allen, Euch in den Frieden zu schließen. Euch ruhig und friedfertig zu verhalten und der

neuen Regierung Gehorsam und Achtung zu erweisen. Von den Vertretern der beiden Staaten ist eine Kommission ernannt worden zur Verfassung von Geldmitteln usw. für die Witwen und Waisen, deren Gatten und Väter ihr Leben gelassen haben im Kampfe für Freiheit und Recht und die in unsterblicher Erinnerung leben werden. Wir sprechen unsern innigen Wunsch aus, dass diese Kommissionen, die wir bitten, dass sie ihnen Kraft geben möge, ihr Kreuz zu tragen. Auch unsern Weibern und Kindern möchten wir unsern Dank aussprechen, die so tapfer Opfer gebracht und so bitteres Leid getragen haben. Jetzt, da der Friede geschlossen ist — wenn er auch nicht ein Friede ist, wie wir ihn ersehnen — laßt uns da verharren, wohin Gott uns geführt hat. Mit gutem Gewissen können wir erklären, daß 2 1/2 Jahre lang das Volk den Kampf in einer Weise geführt hat, wie es die Geschichte bisher kaum kannte. Laßt uns nun einander die Hände reichen für einen anderen großen Kampf, der vor uns liegt, für die geistige und soziale Wohlfahrt des Volkes, laßt uns allen bitteren Gefühlen entsagen, laßt uns vergeben und vergeben, auf daß die tiefen Wunden heilen mögen.

Die Entwaffnung der Boeren macht nach einem Telegramm Lord Kitchener's bestrebende Fortschritte, am 8. Juni sind 1888 Gewehre abgeliefert. Der ganze Stab der Transvaal-Regierung, die zuletzt ihren Sitz in Abenosterkop hatte, hat sich mit ihrer aus 50 Mann bestehenden Bedienung ergeben. In Kroonstad haben sich 185 Mann und in Standerton 840 Mann ergeben. Das Kommando Philer mit einem Pompongtschütz ist in Widdelburg eingetroffen. — General Liebenberg hat sich mit 470 Mann ergeben.

Aus Kapstadt wird gemeldet: Die Regierung hat angeordnet, daß die Reparaturen der Truppen der Zurückführung der Boere gefangen aus den indischen Gefangenenlagern und von St. Helena voranzugehen habe. Besonders die Garderegimenter werden zuerst eingeschifft werden. Die Gefangenen in den Lagern der Kapkolonie und Natalis können diese mit Urlaubsscheinen verlassen, Lehren aber erst in die Heimat zurück, wenn dort die nötigen Vorbereitungen vollendet sind.

Auch die gefangenen Boeren auf den Vermudas-Inseln, St. Helena und den indischen Lagern sind unter Parole erlassen, die Lager zeitweise zu verlassen, die Offiziere haben Erlaubnis erhalten, ihren Aufenthalt in der respektiven nächsten Stadt zu nehmen.

Frankreich.

Zur Affaire Humbert wird aus Paris berichtet: Der neue Justizminister Vallé erklärte, daß er entschlossen sei, den Generalprokurator Hulot wegen seiner Nachlässigkeit in der Humbert-Affaire seines Amtes zu entheben.

Die Sicherheitspolizei läßt durchblicken, daß sie der Familie Humbert auf der Spur ist und die Verhaftung zweier Mitglieder derselben bevorsteht.

In den nächsten Tagen findet die öffentliche Versteigerung der Gemäldesammlung der Familie Humbert statt. Dieselbe umfaßt 850 Gemälde und dürfte wahrscheinlich die Summe von 1 Million Franc ergeben. In den verschiedenen Gegenständen der Familie in der Provinz ist bereits mit dem Verkauf der Trümmel, Viehheerden und der Weinvorräte begonnen worden. Dergleichen werden die nächsten Tage unter dem Hammer kommen.

England.

Die Schulvorlage und die Trades Union.

London, 8. Juni. (G. Ver.)

Neben dem Notzoll ist es die Schulvorlage, die gegenwärtig dem englischen Volke mit großem Eifer diskutiert wird. Wie bereits im „Vorwärts“ hervorgehoben wurde, ist das Volksschul- und Mittelschulwesen in England stark zentralisiert. Es ist ohne Einheitlichkeit, da es zum großen Teil der privaten Unternehmungskraft überlassen ist. Solange England sich in seiner Handelsvorherrschaft sicher fühlte, dachte man wenig daran, das Schulwesen zu reformieren. In den letzten Jahren hat sich dies merklich geändert; man begann deshalb dem Schulwesen größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Dann kam noch ein anderer Umstand hinzu. Die im Jahre 1870 geschaffenen Schulkommissionen (School Boards), denen ein Teil des Volksschulwesens unterliegt, haben unter dem Einflusse des sozialistischen Gedankens die Volksschule so ausbauen wollen, daß auch dem Arbeiterklasse eine bessere Erziehung zu teil werden soll. Die Schulkommissionen sind direkt vom Volke gewählte Körperschaften, die meistens aus fortgeschrittenen Männern und Frauen bestehen. Wie wir weiter wissen, hat in den letzten Jahren eine Reaktion im englischen Leben eingesetzt und die herrschenden Klassen wurden mit der Schulkommission unzufrieden. Diese beiden Ursachen sind es, die die Regierung veranlaßt, in der letzten parlamentarischen Session eine Schulvorlage einzubringen. Sie will das ganze Schulwesen unter die Herrschaft der Lokalbehörde zu bringen, wodurch die besonders gewählten Schulkommissionen beseitigt werden; ferner will sie den konfessionellen Schulen, die bisher aus freiwilligen Mitteln unterhalten wurden, Gemeinde- oder Staatszuschüsse gewähren, ohne indes diese Schulen ganz der Kontrolle der Steuerzahler zu unterwerfen. Die Vorlage hat deshalb in liberalen und Arbeiterkreisen viel Unzufriedenheit hervorgerufen. Denn diese waren mit Recht auf die Schulkommissionen stolz, ferner halten sie an dem gut demokratischen Grundsatze fest: No taxation without representation: keine Steuern ohne Volksschutz.

Dieser Unzufriedenheit gab eine gewerkschaftliche Konferenz Ausdruck, die kürzlich unter dem Vorsitz von Mr. Steadman in London stattfand. An der Konferenz nahmen ungefähr 150 Delegierte teil, die folgende Resolution annahm:

„Die Konferenz verurteilt aufs entschiedenste die Schulpolitik der Regierung. Die Vertreter der englischen Arbeiterklasse sind der Ansicht, daß die Beseitigung der School Boards eine zerstörende Wirkung auf das Volksschulwesen haben und den Arbeitern die Vorteile nehmen wird, die sie von der direkten Vertretung an der Verwaltung der Schulen haben. Die Konferenz fordert deshalb die Regierung auf, die Schulvorlage zurückzugeben.“

Dänemark.

Das diesjährige Verfassungsfeiern wurde seitens der Socialdemokratie unter außerordentlich starker Beteiligung gefeiert. An dem Demonstrationzug in Kopenhagen, der am Nachmittag des 5. Juni von Sondervarden nach Søndermarken marschierte, nahmen 200 Organisationen teil. Auch die Frauen waren in großer Anzahl vertreten. Sie bildeten nach Berufen geordnet eine besondere Abteilung des Zuges: Die staatlichen und kommunalen Arbeiter waren in ihren Uniformen erschienen. Studenten nahmen ca. 50 am Zuge teil. Das Banner, das an der Spitze des Zuges getragen wurde, wies die Aufschrift auf: „Allgemeines Wahlrecht in Gemeinde und Staat hat Deunger (der Ministerpräsident) versprochen; ist die Linke bereit?“ In dem herrlichen großen Park Søndermarken am Frederiksberg-Schloß, wo die Socialdemokratie nun nach dem Ministerwechsel zum erstenmal ihr Verfassungsfest feiern konnte, waren an drei Orten Medertribunen errichtet. Hier sprachen die Genossen Sign. Olsen, Bergsjerg, A. C. Meyer, V. Rindens und A. Galsboer. In allen Reden wurde der principielle Gegensatz zwischen der Socialdemokratie und den Liberalen, der nun nach dem Regierungswechsel immer deutlicher hervortritt, scharf beleuchtet. — Die Liberalen hielten ihr Verfassungsfest in Bodorslund ab. Hier hatten sich 400–500 Personen versammelt. Wie das nun seit 17 Jahren der Brauch ist, kamen einige liberale Abgeordnete auf das Fest der Socialdemokratie, und einige Socialdemokraten auf den Liberalen, um die Gränge der allicierten Partei zu überbringen.

Auf dem Verfassungsfeiern der Liberalen in Ring-Idving erklärte der Kultusminister Christensen: Die Socialdemokraten hätten bewiesen, daß sie den Krieg mit den Liberalen wünschten; sie wollten die Organisationen der Arbeiter zum Kampf bewegen; das könne den Arbeitern leicht schaden. Aber er hoffe, daß die Linke den Kampf mit den Socialdemokraten ruhig aufnehmen würde, ohne deshalb zu unterlassen, den Arbeitern gegenüber recht zu handeln. — In Roskilde richtete der Minister des Innern beständige Angriffe gegen die Socialdemokratie und er-

klärte, daß die Alliancefrage rennend geworden sei. In Vorhus hielt der Kriegsminister eine lange Rede für die Landesverteidigung. Darauf griff ein bekannter liberaler Politiker die Socialdemokratie an und sagte, daß die Socialdemokraten die Schuld trügen, wenn die Alliance gebrochen werde. — In einer andern Provinzstadt erklärte der Festredner: Die Feinde des Ministeriums seien die Socialdemokraten und die Anhänger des früheren realistischen Ministers Estrupp. Wenn die Socialdemokraten so weiter machten, wie in der letzten Reichstagsession, wäre eine Alliance mit ihnen unmöglich. — „Ob die Socialdemokratie ihre Angriffe auf die Linke fortsetzt“, schreibt „Socialdemokraten“, hängt davon ab, ob die Liberalen dabei bleiben, in den Bahnen der Konservativen zu wandeln.“

Rußland.

Regierungsbestaltität und Revolution.

Aus Moskau wird uns geschrieben: Als die Schreckensnachrichten aus Wilna zu uns gelangten, beschloßen wir, unser Empörung in einer Demonstration Ausdruck zu geben. Die Demonstration fand am 6./19. Mai, am Geburtstage des Jaren, am Galatage des offiziellen Rußlands — im Theater statt. Beim Abgehen der Hymnen „Bosha, zarja chrani“ erlöschten von der Gallerie revolutionäre Rufe, eine Masse Proklamationen des „Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes“ flogen ins Parkett, mit metallenen Pfeifen wurde ein Hellenlärm gemacht usw. Alle Theaterbesucher, die auf der Gallerie anwesend waren, ca. 150 Mann, wurden in Haft genommen. Viele von ihnen (die Zahl ist uns vorläufig noch nicht bekannt) darunter auch Frauen, wurden, ebenso wie die Demonstranten in Wilna, einer körperlichen Züchtigung unterworfen.

Die körperliche Züchtigung scheint bei der Händerhebung, die sich „russische Regierung“ nennt, System geworden zu sein. Die Zarenregierung hat alle Mittel angewandt, die revolutionäre Bewegung zu ersticken: jahrelange Einzelhaft, Verbannung, Wasserkriegung, friedlicher Demonstrationen auf den Straßen, Erdrosselung politischer in den Gefängnissen, endlich, eine Art politischer Prostitution, genannt Legalisierung der Arbeiterbewegung, d. h. Erlösung von Arbeiterverbänden unter Aufsicht der politischen Polizei. Aber alle diese Mittel helfen nicht.

Und nun erdachte sie ein neues Mittel, welches die Bewegung ein für allemal lohm legen sollte: die körperliche Züchtigung. Die ganze Tragödie der russischen Revolution liegt in diesen schauerlichen Worten! Die russischen Revolutionäre verstehen es, jahrelang in Einzelhaft ihr Leben in Verbannung zu verbringen... Aber diese Schreckensstrafe, diese Schandgewaltthätigkeit zu ertragen ist mehr als menschendmöglich. Es ist daher bei den russischen Zuständen kein Wunder, daß sich ein Hirsch Ledert fand, der auf die seinen Bildern angehängte qualvolle Schande mit Revolvergeschossen antwortete.

Mit diesem Höllenmittel scheint aber auch die russische Regierung die socialdemokratischen Organisationen Rußlands zu systematischem Terror probieren zu wollen. Aber die Regierung täuscht sich. Ebenso wie die Bewegung sich durch kein Mittel in der Welt zurückhalten lassen wird, wird sie auch ferner diejenigen Formen annehmen, die schon in Rußland längst als die zweckmäßigsten erachtet worden sind und die, im Gegensatz zum Revolver, zum Dolch und zum Dynamit, unzweifelhaft zum Fall des Absolutismus führen werden.

Warschau, 9. Juni. Das Kriegsgericht verurteilte neuerdings 18 Offiziere wegen Teilnahme an Espionage durch Verkauf von Fortifikations- und Mobilisierungsplänen an auswärtige Mächte zur Einschließung in die Peter-Pauls-Festung. —

Afrika.

Ein neuer Somali-Zug. Aus Berbera kommen Berichte über Vorbereitungen zu einem neuen Somali-Zug, welchen der englische Militär-Kommandant organisiert. Nach englischen Berichten war bekanntlich der im vorigen Jahre gegen den „tollen Nulla“ geführte Feldzug siegreich beendet, der Nulla nur wie durch ein Wunder der Gefangennahme entgangen, seine Truppen aufzuerheben, und er selbst schließlich in die unzugänglichen Berge der Galla-Wüste geflohen, das Land aber völlig pacifiziert. Schon damals wurden die Berichte dieses als Schönfärbereien bezeichnet, die jeder positiven Unterlage entbehren. Italienische wie französische Berichte hatten behauptet, die englischen Expeditionen seien von den fanatischen Gefolgsleuten des Nulla wiederholt geschlagen und schließlich gezwungen worden, sich nach der Küste zurückzugeben. Jetzt gestehen auch die britischen Berichte zu, daß der Nulla nicht nur seine Herrschaft im Somali-Lande austretet erhalten hat, sondern auch die bis dahin den Engländern verbündeten einheimischen Stämme zu vollständiger Unterwerfung zwang. Die letzteren sind jetzt endgültig zu dem Nulla übergegangen, leisten demselben Hohnhuld und zeigen der englischen Besatzung an der Küste gegenüber eine so feindselige Haltung, daß eine neue Strafexpedition ausgearbeitet werden soll. Die Truppen des Nulla sollen weit besser bewaffnet sein, als dies im Vorjahre der Fall war. —

Partei-Nachrichten.

Das Strafkonto der Genossen im Monat Mai weist eine Befangnis von 1 Jahr 11 Monaten 3 Wochen und 3 Tagen Befangnis und 1425 Mark Geldstrafe auf.

Wegen verleumderischer Beleidigung hat bekanntlich der Vorsitzende des socialdemokratischen Vereins Nürnberg, Genosse Rudolph, den Redacteur des freisinnigen „Frankfurter Kurier“ verklagt, weil das Blatt in einem angeblich aus socialdemokratischen Kreisen stammenden Artikel hatte durchblicken lassen, daß Rudolph zu denen gehörte, die in den Nürnberger Parteistreitigkeiten für den „Kurier“ Artikel geschrieben. Vor dem Strafkammeramt gab der freisinnige Redacteur klein bei und willigte ein, folgende Erklärung abzugeben:

„Wie bekannt, hat Herr Redacteur Rudolph, der erste Vorsitzende des socialdemokratischen Vereins Nürnberg-Altstadt, sich durch einen Artikel beleidigt gefühlt, welcher in Nr. 261 des „Frankfurter Kurier“ als Zuschrift aus socialdemokratischen Kreisen erschienen war. Er hatte darin den Vorwurf gefunden, daß er der Verfasser von socialdemokratischen Einblendungen an den „Frankfurter Kurier“ gewesen sei. Wir erklären hiermit, daß wir nicht den geringsten Anlaß haben zu der Annahme, daß Herr Rudolph der Verfasser derartigen Einblendungen gewesen sei, und daß es uns ferngelegen hat, eine derartige Behauptung aufzustellen. Wir bedauern, wenn durch die Fassung des Artikels der Anschein hervorgerufen worden ist, daß wir eine derartige Behauptung hätten aufstellen wollen. Wir werden dafür Sorge tragen, daß vorstehende Erklärung in folgenden Blättern erscheint, welche sich auch mit dem ersten Artikel beschäftigt haben: „Frankfurter Zeitung“, „Frankfurter Kurier“, „Frankfurter Morgenzeitung“, Nürnberg, „Nordbayrische Zeitung“, Nürnberg, „Nürnberg Volkszeitung“, Nürnberg, „Anzeiger“, „Stadtzeitung“, Nürnberg, „Freisinnige Zeitung“, Berlin, „Münchener Neueste Nachrichten“, „Augsburger Abendzeitung“, „Bayerischer Kurier“, München.“

Wenn das Blatt nun die empfangene Lehre beherzigt und die allgewohnten Verdächtigungen einstellt, so hat sich Rudolph durch seine Klage sehr verdient gemacht.

Genosse Zent. In der „Leipziger Volkszeitung“ heißt es: „Ein gewisser Bernstein hat neuerdings“ usw. Die „Leipziger Volkszeitung“ meint damit unsern Parteigenossen Eduard Bernstein.

Zur bayerischen Wahlreform. Genosse Wedel läßt der „Münchener Post“ auf ihren Artikel wider seine Kritik in der „Neuen Zeit“ eine kurze Erklärung zugehen, worin er bemerkt, daß er vorläufig nicht in der Lage ist, von seinen Ausführungen etwas zurückzunehmen. Eine ausführliche Entgegnung behält er sich vor bis nach dem bayerischen Parteitag.

Ein socialdemokratischer Wahlerfolg. Bei der am Donnerstag, den 5. Juni, stattgefundenen Wahlmänner-Ergebniswahl zum bayerischen Landtage in Pegnitz siegte der liberale Engelhardt gegen unsere Genossen Sachs mit 153 gegen 127 Stimmen. Für die Socialdemokratie bedeutet das einen großen Erfolg, indem sie ihre Stimmenzahl von 60 im Jahre 1899 auf 127 brachte, mithin mehr als verdoppelte.

Das kommunistische Manifest konfiszirt. Der Staatsanwalt in Szeg (Ostreich-Ungarn) hat die italienische Ausgabe des kommunistischen Manifestes auf Grund des österreichischen Strafgesetzbuches konfiszirt und das Bezirksgericht hat die Konfiskation bestätigt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Die Frankfurter Polizei hat wieder einen Reifall zu verzeichnen. In den Niederlagen mit den Auflagen wegen der Arbeitlosen-Demonstrationen ist jetzt eine doppelte wegen einer allzu energiegelben Verwaltungsprozedur gekommen. Seit einer Reihe von Jahren ist der polizeilichen Genehmigung für unser Maiwaldfest der Paffus angehängt, daß der Verkauf von Eintritts-, oder Erinnerungskarten auf dem Festplatz verboten ist. Auch bei den Gewerkschaftsfesten der letzten Jahre lehrte der Satz wieder, daß trotzdem solche Karten verkauft wurden, wurde der Leiter des Gewerkschaftsfestes nun schon zweimal zu je 100 M. Strafe verurteilt. Bei der Genehmigung des diesjährigen Manifestes fand sich der Paffus in dem betreffenden Schriftstück in folgender Form vor: „Die Erlaubnis unterliegt der Bedingung, daß am Eingange des Festplatzes oder auf demselben oder in seiner Nähe weder Eintrittsgeld erhoben wird, sogenannte Erinnerungskarten oder irgend welche sonstige, auf das Fest Bezug habende Karten oder bildliche Vorstellungen verkauft werden dürfen.“ Bei Nichtbefolgung dieser Anordnung wurde eine Strafe von 100 M. angedroht. Gegen diese Strafandrohung ließ nun das Manifestkomitee durch Rechtsanwalt Dr. Löwenthal Beschwerde beim Bezirksauschuss in Wiesbaden erheben, die dieser Tage verhandelt wurde. Der Polizeipräsident begründete sein Vorgehen damit, daß der Kartenverkauf sich als eine Umgehung des Verbots der Erhebung von Eintrittsgeld darstelle und der Erlös für socialdemokratische Parteizwecke verwendet werde, wogegen R.-A. Löwenthal einwandte, daß die Karten Preisergänze seien, deren Vertrieb nicht beschränkt werden dürfe. Was mit dem Erlös gemacht werde, gehe die Polizei nichts an. Die ganze Verordnung des Polizeipräsidenten stelle sich als ein Eingriff in die Reichs-Gewerbe-Ordnung dar. Der Bezirksauschuss stellte sich auf denselben Standpunkt. Er erkannte, daß die Verfügung, so weit sie sich auf den Verkauf von Erinnerungskarten beziehe, aufgehoben sei, da nicht ersichtlich wäre, wie durch den Kartenverkauf die öffentliche Ordnung gestört werden könne. —

Aus Industrie und Handel.

Wirtschaftliches Vereins-Neichsregister. Wie die „Post“ wissen will, soll Graf Posadowsky an sämtliche wirtschaftliche Vereinigungen Deutschlands die Aufforderung gerichtet haben, Mitteilungen über die Tendenz der Vereinigungen, die Namen der Vorstandmitglieder usw. an das Reichsamt des Innern zu machen. Diese Angaben sollen als Material zur Anlegung und Führung eines „Reichs-Registers“ dienen. Ferner wurde vom Staatssekretär bestimmt, daß das Reichsamt fortlaufend über alle Vorgänge innerhalb der Vereinigungen unterrichtet werden soll. Von der Eintragung in dieses „Reichsregister“ sind indessen Syndikate und Trusts ausgeschlossen.

Der Zweck dieses „Reichsregisters“ ist nicht ersichtlich, da, wie hervorgehoben wird, Trusts, Syndikate usw. von der Eintragung ausgeschlossen sind, eine Kontrolle dieser oder die Vorbereitung eines Gesetzentwurfs, der solche wirtschaftliche Vereine zur Veröffentlichung ihrer Beschlüsse und Abrechnungen zwingt, also nicht beabsichtigt sein kann.

Dortmunder Union. Die heutige Generalversammlung in Dortmund genehmigte einstimmig den Antrag der Verwaltung auf Zusammenlegung der Aktien Lit. O im Verhältnis von 5 zu 3. Ebenso wurde die Ermächtigung zur Abtretung der „Gewerkschaft“ nebst Zuhörern und die Ausgabe von 10.800.000 M. Bezugsaktien Lit. D erteilt, die im Verhältnis von 1 Vorzugsaktie zu 4 zur Zusammenlegung einzuzureichenden Aktien Lit. C den gegenwärtigen Aktionären angeboten werden sollen.

Centralverband deutscher Kohlenhändler. Die am Sonnabend hier abgehaltene Versammlung zur Gründung eines Centralverbandes der Kohlenhändler war von 70 Personen besucht, die eine Reihe Vereine in fast allen Großstädten Mittel- und Norddeutschlands vertraten. Nach längerer Debatte wurde einstimmig beschlossen, einen Centralverband deutscher Kohlenhändler zu gründen zwecks Wahrung und Förderung aller Berufsinteressen seiner Mitglieder. Die Durchberatung der Statuten wurde dem Vorstand übertragen, in den 12 Personen gewählt wurden. Zum Vorsitzenden wurde Schulze-Verlin (in Firma Anthracitwerke Gustav Schulze) gewählt. Von diesem wurde in der Begrüßungsrede hervorgehoben, daß der Verband nicht bezwecke, in der Form eines Ringes die Preise festzusetzen, oder gegen die Syndikate und Einkaufsgenossenschaften vorzugehen, oder selbst Einkaufsgenossenschaften zu bilden, sondern lediglich verbunden soll, die wirtschaftlichen Interessen der Berufsgenossen nach außen gemeinsam zu vertreten.

Die letztgenannten Äußerungen des Herrn Schulze gehören jedenfalls zu den bei derartigen Vereinsgründungen fast immer üblichen Schwereitigkeiten. Wie der Verband „die wirtschaftlichen Interessen“ seiner Mitglieder vertreten will, ohne die Preise zu erhöhen, gegen die Preispolitik der Syndikate, Einkaufsgenossenschaften usw. vorzugehen oder den Einkauf selbst in die Hand zu nehmen, ist vorläufig noch recht rätselhaft.

Die „Bayerische Bank“ versendet soeben ein längeres Communiqué, in dem es heißt: Die vom Aufsichtsrat eingesetzte Kommission hat in der Sitzung vom 7. Juni die vom Vorstand vorgelegte Bilanz eingehend geprüft und ist zu bestimmten Vorschlägen gelangt. Tritt der gesamte Aufsichtsrat diesen Vorschlägen bei, so wird in der demnächst stattfindenden Generalversammlung die Zusammenlegung von 12 Millionen Mark Aktien der Bayerischen Bank im Verhältnis von vier zu drei, also auf 9 Millionen Mark, beschlossen werden.

Amerikanischer Schiffbaustrich. Nach einer Meldung des „New York Herald“ haben sich in den Vereinigten Staaten von Amerika fünf der größten Schiffbauwerke zu einem Trust zusammengeschlossen. Beabsichtigt sei die Ausgabe von Bonds in der Höhe von 25 Millionen Dollar, für deren Uebernahme die Vorbereitungen bereits abgeschlossen seien.

Eine Aktiengesellschaft, die hohe Dividenden zahlt. Wie so manche andere Aktiengründung hat auch die Spielbank von Monte Carlo im letzten Jahr unter dem Einfluß der Actie gelitten. Nach ihrem Jahresbericht beträgt der Reingewinn der „Société des baux de mer de Monaco“ nur 22 Millionen Franc, wovon 19 Millionen aus Spielgewinn, die übrigen 3 aus anderen Einnahmen (Hotelverpachungen etc.) bestehen. Ein so unglückliches Geschäftsjahr haben die edlen Monégasques noch nicht erlebt, die, da der Kürz und die Erben des früheren Spielbankers Blanc ihren ganzen Aktienbesitz veräußert oder richtig vergolbet haben, sämtlich Aktionäre der Spielbank sind. Immerhin leiden sie noch nicht allzu sehr unter der Ungunst der Verhältnisse, denn auf die Aktien, die einen Nominalwert von 500 Franc haben, aber zu 2200 Franc an der Pariser Börse eingekauft wurden, erhalten sie doch noch 25 Proz. Dividende. Vielleicht ist ihnen im nächsten Jahre das Glück günstiger und fährt ihnen eine große Zahl reicher Amerikaner und Engländer zu, die in der Wahl ihrer Eltern recht vorsichtig waren und es sich leisten können, etliche Millionen an den grünen Tischen zu verlieren.

Auswanderung über Hamburg. Das Andauern der Krise und die dadurch hervorgerufene Arbeitslosigkeit in manchen Industriezweigen lassen auch den Auswandererstrom wieder steigen, der in

den Prosperitätsjahren stark zurückgegangen war. Ueber Hamburg sind von Januar bis Ende Mai 62419 Personen ausgewandert, während sich im vorigen Jahr die Zahl nur auf 37452 belief. Im Mai wanderten 17484 über Hamburg aus gegen 12663 im selben Monat des Vorjahres.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung Vergolder! Bei der Firma G. S. Müller, Andreasstraße 10, sind Lohnunterschiede ausgebrochen, und ist Zugang für alle Branchen bis auf weiteres fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin.

Achtung Tischler! In der Werkstatt von Albert Schulz, Krausitz 18/19, haben sämtliche Tischler wegen Einstellung eines mit Unfallversicherung versehenen Tischlers die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Der Vorstand des Fachvereins der Tischler Berlin und Umgegend.

In Brandenburg a. S. haben infolge des Maurerstreiks zahlreiche Entlassungen von Zimmerern stattgefunden. Der Maurerstreik dauert fort. Zugang von Maurern und Zimmerern ist fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Die Lohnbewegung und Ausperrung in Hamburg.

Nach den am Sonnabend vorgenommenen Feststellungen ist die Situation in Hamburg folgende:

Streikende und ausgeperrte Maurer sind 912 vorhanden, davon 568 Verheiratete und 344 Ledige. Abgereist sind insgesamt 680, während im Laufe der Woche 119 in Arbeit getreten sind. Streikbrecher sind fünf zu verzeichnen. Zu den neuen Bedingungen arbeiten rund 1500 Maurer.

Von 1618 Mitgliedern der Organisation der Zimmerer befinden sich im Streik 215, ausgeperrt sind 586, zu den neuen und alten Bedingungen arbeiten 806. Unter den Streikenden resp. Ausgeperrten sind 250 Ledige und 551 Verheiratete mit 1114 Kindern. Bewilligt haben 71 Firmen.

Von den Bauarbeitern arbeiten zu den neuen Bedingungen auf 121 Baustellen 705 Mann. Streikende sind 168 vorhanden, ausgeperrte 305. Unter den Ausgeperrten sind auch die von Altona, Wandsbek, Ottensen, Flottbek und Bismarckburg ausgeführt.

Kehulich liegen die Verhältnisse in Altona, Wandsbek und Hamburg. Von einer allgemeinen Ausperrung kann keine Rede sein. Die Arbeiter lassen sich deshalb auch von ihrer bisherigen Taktik nicht abbringen, sie suchen die Unternehmer durch Sperrn zur Erfüllung ihres Versprechens zu bewegen. — Die Hamburger Polizei hat auch gewisse Maßnahmen zur Lohnbewegung Stellung genommen. Zu dem bevorstehenden Gewerkschaftsfest war ein Festzug geplant. Weil nun in einer Versammlung gesagt worden war, die Streikenden könnten an der Spitze des Festzuges marschieren, darum verbot die Polizei den ganzen Zug mit der Bemerkung: Wir wollen hier keinen Streikzug. Der Festzug ist so lange verboten, bis der Streik zu Ende ist.

Vielleicht hat die Polizei Rücksicht genommen auf die Gefühle der Unternehmer, die durch den „Streikzug“ verletzt werden könnten.

Die Beendigung des Straßenbahnerstreiks in Stuttgart.

Haben wir bereits im Depeschenteil der Sonntagsnummer mitgeteilt. Ueber die Bedingungen, unter denen die Arbeit wieder aufgenommen wurde, liegen zwar noch keine Nachrichten vor, jedoch ist nach dem Verlauf der Bewegung zu schließen, daß die Ausständigen bedingungslos an die Arbeit gegangen sind. Sie hätten in diesem Falle keinerlei Verbesserungen in ihrem Arbeitsverhältnis erzielt, und auch die Anerkennung des Koalitionsrechts — des hauptsächlichsten Punktes im letzten Stadium des Kampfes — nicht durchsetzen können. In einem Flugblatt, welches die Straßenbahn-Direktion herausgegeben hat, behauptet sie zwar, sie täte das Koalitionsrecht nicht an. Sie habe nichts gegen eine eigne Organisation ihrer Angestellten, nur die Mitgliedschaft derselben im Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter wolle sie nicht dulden. Also eine Organisation nach dem Wunsch der Unternehmer soll für die Angestellten gleichbedeutend sein mit der Ausübung des Koalitionsrechts. Das ist ja der reine Hohn auf das Koalitionsrecht. — Allen Anschein nach hat die provisorische Direktion, dank ihrer Rücksichtlosigkeit, einen vollen Sieg über die Angestellten davongetragen. Das ist im Interesse der letzteren tief zu bedauern, wird sie aber hoffentlich nicht abhaken, an der Verbesserung ihrer Verhältnisse für die Zukunft zu arbeiten.

Ausland.

Aus Lemberg meldet das Depeschendureau „Herold“ vom 8. d. M.:

Nachdem trotz Verlegung des Bauarbeiterstreiks viele Maurer und Steinmetzgehilfen keine Arbeit gefunden haben, ist die Erregung unter den Arbeitern sehr groß und der Ausbruch eines Generalstreiks wahrscheinlich. Militärverhörungen sind herangezogen worden.

Aus der Wiener Arbeiter-Zeitung vom Sonntag sehen wir, daß die Lemberger Steinmetzen ihren Streik fortsetzen. Sie fordern: Unständigen Arbeitszeit, Abschaffung der Accordarbeit und einen Tagelohn von 4—6 Kronen.

Der Streik der Bergwerks-Arbeiterinnen in Mährisch-Osterau ist mit Rücksicht auf die ungünstigen Arbeitsverhältnisse beigelegt.

Die Tischlergehilfen Agrands haben ohne ArbeitsEinstellung den Reinholzhilfsfundtag durchgeführt.

Zu Viehl (Schweiz), wo zur Zeit die Bauarbeiter streiken, soll es, telegraphischer Nachrichten zufolge, zu Ausforderungen der Streikenden gekommen sein, wobei das Militär eingriff.

Die Tischler und Wagenbauer von Carara haben nach langen Unterhandlungen mit den Unternehmern eine geringe Lohnerhöhung und die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden sowie die Anerkennung ihrer Organisation erreicht.

Zum Kohlenarbeiterstreik in Pennsylvania wird berichtet: Senator Hanna ersuchte den Präsidenten Roosevelt, noch einen Versuch zur Verlegung des Kohlenstreiks zu machen.

Aus der Frauenbewegung.

Wegen Anwesenheit einer Frau wurde in Halle die Sitzung des dortigen Gewerkschaftsrates aufgelöst. Die Frau war so „abgeschieden“ von den Männern, daß sie diesen nicht einmal sichtbar war. Die Autorität des preussischen Polizeiministers scheint nicht bis nach Halle zu reichen.

Die holländische Nationale Vereinigung für Frauenarbeit hat ihren ersten Jahresbericht veröffentlicht, der sich hauptsächlich mit der Thätigkeit des am 1. November vorigen Jahres eröffneten Bureaus für Frauenarbeit befaßt. Es sind seitdem an 46 Orten im Lande lokale Komitees zur Förderung der Thätigkeit des Bureaus gebildet worden. Das Bureau hatte bereits über 300 Anfragen zu erledigen. Wo es direkt mit Arbeiterinnen zu thun hatte, wurden Verhandlungen mit den bestehenden Gewerkschaften angestrebt. Umfangreiche Untersuchungen wurden angestellt über die Frauenarbeit in den Ziegeleien, in den Rindfleischfabriken sowie in den Industriezweigen, wo bleibliche Entlassungen verurteilt werden. Diese Untersuchungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen. Auch auf verschiedenen anderen Gebieten hat sich das Bureau betätigt.

Schreckensbotschaften von den Antillen.

Ein neuer Ausbruch des Mont Pelée erfolgte nach einem Telegramm aus Fort de France (Martinique) am Freitag. Fort de France war vier Stunden lang in Dunkelheit gehüllt. Das Gelände von Morne Rouge wurde mit heißem Schlamm bedeckt. Eine Anzahl Häuser wurden laut ihren Booten vernichtet. Eine Kabelle-

meldung aus New York berichtet, daß sich eine schwere Wolke bildete, die der vom 30. Mai ähnlich, aber weniger dicht war. Steine fielen nicht. Die Wolke breitete sich über Fort de France aus, aber ohne Schreden zu erregen. Es sei festgestellt worden, daß die vulkanischen Ausbrüche mit dem Mondwechsel zusammenfallen.

Eine pikante Schilderung über die Schredenslage von St. Pierre giebt jetzt der von Martinique nach Paris zurückgekehrte Photograph Celestin. Er leitet in seiner Schilderung:

In der Nacht vom 2. zum 3. Mai wurde die Lage immer ernstlicher. Unter dem Krater zuckten zahlreiche Blitze nach allen Seiten und heftige Explosionen wurden vernommen. Es roch nach Schwefel und Staub und die mit Recht erschreckte Bevölkerung fand sich bei ihrem Erwachen unter einem dichten Aschenregen, der Saint Pierre und Umgebungen bedeckte. Die Asche drang überall ein und machte jede Arbeit unmöglich. Die Einwohner der dem Berge zunächst gelegenen Ortschaften flüchteten sich nach Saint Pierre und aller Wände richteten sich fürchterlich nach dem Berge. Der Aschenregen hörte gegen 10 Uhr auf, um am Abend aufs neue zu beginnen. Die Asche war sehr fein, aber dicht und erwiderte sich bei der Analyse als eine Zusammensetzung von Eisen und Quarz.

In den Nächten vom 3. zum 4. und vom 4. zum 5. tobten heftige Gewitter. Am 5. kurz nach 12 Uhr entstand eine Panik. Das Meer dringt vor! schrie man. An diesem Tage wurde die Dampfmaschine unter einem Lavaström begraben. Dieser Strom war in drei Minuten fünf Kilometer weit vorgedrungen und hatte alles auf seinem Wege vernichtet. Er hatte eine starke Flutbewegung hervorgerufen; die Wellen schlugen weit über die Ufer hinaus. Die Opfer dieser ersten Katastrophe waren bereits sehr zahlreich. In der Nacht versagte der elektrische Betrieb.

Am 6. trat keine besondere Veränderung ein; in der Nacht griff ein heftiges Unwetter und der Rauch wurde immer dichter. Am 7. schienen sich neue Krater zu bilden und der Rauch nahm weiter zu. Abends ließen sich dumpfe Explosionen vernehmen. Man hätte sie für Artilleriefalben halten können. Die Schiffe folgten einander in regelmäßigen Zwischenräumen von sechs Sekunden. Man zählte neun oder zehn. Die Einwohner befanden sich in der größten Verwirrung; aber niemand wollte an eine Gefahr glauben. Verhörte doch der wissenschaftliche Ausschuß, der zur Prüfung der Lage ernannt worden war, in seinem unerschütterlichen Optimismus, der jede Fluchtbewegung aus der Stadt hinaus zurückwies.

Die Nacht vom 7. zum 8. war stürmischer als je und dicke Klammen schlugen aus dem Krater empor. Ich hatte mich am Tage zuvor nach Le Carbet zurückgezogen und von diesem 5 Kilometer von Saint Pierre entfernten Dorfe aus wohnte ich der Katastrophe bei. Am 8. Uhr morgens war der Berg schrecklich anzuschauen; er war ganz schwarz und ungeschworene Rauchwolken flogen aus ihm von allen Seiten empor. Der Himmel war grau und die Sonne verbüllt. Kein Lüftchen regte sich. Alles war totenstill und die Natur schien in tiefe Trauer gehüllt. Rät Uhl! Wir halten sämtlich angstvoll unsere Blicke auf Saint Pierre gefeßt. Während man die seltsamsten und irrsinnigsten Ansichten austauschte, änderte sich mit einem Schlage das Aussehen des Berges. Man hätte meinen sollen, er schreite vor. Ueberall Rauch; zu Tausenden streben die dichten Wolken zum Himmel. Ein Blitz durchzuckt die Dampfassen. Was geht vor! — Eine, zwei Sekunden verminnen. Wir sind verloren! Der Berg stürzt ein! Fort! Fort! ruft man von allen Seiten. Unbeschreibliche Verwirrung! Alle ließen mit zum Himmel erhobenen Händen, schriele Angsterufe ausstöhnend davon. Ich schätzte mich gleichfalls mit meiner Familie südwärts. Ich drehte mich um, um zu sehen, was vorgeht. Entsetzliches Schauspiel! Der Berg existiert nicht mehr; eine ungeheure Wand von schwarzem Rauch, eine Lawine von tausenden Wüsten durchzuckt, stürzt auf uns zu. Ein schreckliches Grollen begleitet das Phänomen. Das Meer ist schwarz und brodelnd wild auf, Wellen schlagen über das Gestade bis auf die Landstraße. Wir sind verloren! ... Plötzlich tritt eine Reaktion in den Lüften ein; ein Orkan weht vom Süden herauf und unter seinem Impuls beugen sich die Bäume bis zur Erde. Der Ausbruch des Phänomens wird am Eingang des Dorfes zurückgeschlagen, 300 Meter von uns entfernt. Wir sind gerettet. Genau 30 Sekunden hatte das alles gedauert. Der Sturm läßt nach und legt sich nach drei Minuten ganz. Saint Pierre kommt vor unsere Augen auf; wir sehen von allen Seiten den Horizont in dunklen Wolken glänzen und ein Stein- und Schlammregen prasselt eine halbe Stunde lang auf uns nieder. ...

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr, Versammlung des Wahlvereins in Franke's Festsaal, Sebastianstr. 20. Reichstags-Abgeordneter Wolfgang Heine spricht über: „Grundlagen und Organisation des Kampfes der Arbeiterklasse.“ Außerdem Diskussion. Für Damen ist Galerie und Seitenraum reserviert.

Die Parteigenossen von Niddorf werden am Mittwoch bei Pünzer, Ansehstr. 113, stattfindende Mitgliederversammlung des Wahlvereins aufmerksam gemacht. Stadtv. Koblentz wird einen Vortrag: „Socialistische Streikzüge“ halten. Gäste und Frauen sind dazu eingeladen.

Die Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Neckow-Storow-Charlottenburg werden nochmals auf die heute abend 8 1/2 Uhr im Charlottenburger Volkshaus, Postenstr. 3, stattfindende Parteiverammlung für Männer und Frauen aufmerksam gemacht. Auf der Tagesordnung steht außer einem Vortrage des Genossen Jubel der Bericht über die Organisation der Wahlkreise für Berlin und die Berichte sowie die Wahl der Vertrauenspersonen. Erscheinen aller organisierten Parteigenossen ist Pflicht.

Pankow. Wahlverein. In der heute abend stattfindenden Mitgliederversammlung bei Großkur, Verlinstraße 27, wird seit dem angeländigten Vortrage Herr Dr. Volkheim Berlin über: „Staatshilfe und Selbsthilfe“ sprechen. Des Referenten wegen muß die Versammlung pünktlich 8 1/2 Uhr beginnen.

In Ober-Schönevelde fällt Mittwoch die Versammlung aus.

Versammlungen.

Lohnbewegung bei der Großen Berliner Straßenbahn. Die Hauptwerkstätten-Arbeiter der Großen Berliner Straßenbahn waren am Freitag, den 6. Juni im „Marienbad“ beinahe vollständig versammelt, um den Bericht der Kommission über die geplatzten Verhandlungen mit der Direktion entgegenzunehmen. Die vorhergegangenen Versammlungen haben sich schon eingehend mit den Einzelheiten im Betrieb beschäftigt, doch hatten die bis dato geflohenen Verhandlungen mit der Betriebsleitung die Arbeiter nicht genügend befriedigt, daher war in der am 26. Mai stattgehabten Versammlung einstimmig beschlossen worden, sich jetzt an die Direktion direkt zu wenden, um derselben mündlich die Wünsche der Arbeiter zu unterbreiten. Aus dem von der Subkommission erstatteten Bericht war zu ersehen, daß zwar die Direktion bereitwillig geneigt war, den Arbeitern etwas mehr Entgegenkommen zu zeigen, jedoch sich andrerseits aber schon einen Plan ausgearbeitet hatte, bis zu welchem Punkte Bewilligungen geschehen sollten. Die von der Kommission vorgelegte Lohnskala, welche nach 1/2, 2, 4, 6, 8, 10 jähriger Thätigkeit je eine Zulage von 2 1/2 Pf. verlangte, lehnte die Direktion ab und bewilligte als höchsten Anfangslohn für Handwerker pro Tag 3.50, nach einem Vierteljahre 3.75, dann nach 2 Jahren (immer vom Eintritt in die Beschäftigung an gerechnet) 4 M., nach 3 Jahren 4.10 M., nach 5 Jahren 4.25 M., nach 7 Jahren 4.40 M., nach 10 Jahren 4.50 M., nach 11 Jahren 4.60 M., nach 12 Jahren 4.75 M.; für Arbeiter Anfangslohn 2.75 M., nach einem Vierteljahre 3.— M., nach 4 Jahren 3.25 M., nach 7 Jahren 3.50 M., nach 11 Jahren 3.75 M. Früher wurden die

Zulagen für Handwerker nach 1, 4, 7, 10, 14 Jahren, und für Arbeiter nach 1, 4, 7 Jahren gewährt; für Arbeiter ist also eine Zulage = 25 Pf. pro Tag nach 10 Jahren heraufgeschlagen worden. Auch sonst sind die Zulagenzeiten geändert, wie aus der Gegenüberstellung hervorgeht. Weiter ist ein Minimal-Anfangslohn für Handwerker = 3.50 M., für Arbeiter = 2.75 M. zugestanden, es dürfen also Leute unter diesen Sätzen (wie während der Bewegung gesehen) nicht eingestellt werden. Als etwas Freudiges ist es zu begrüßen, daß von einem Pönange zum Beitritt in die Pensionistenliste seitens der Direktion abgesehen wird, daß auf Antrag der Arbeiter denselben das voll Eingezahlte wieder zurückgegeben wird. Hingegen kommt noch die bewilligte wöchentliche (statt monatliche mit wöchentlichem Vorlauf) Lohnanzahlung. Abgelehnt wurde dagegen eine sofortige durchgängige Lohnerhöhung = 5 Pf., desgleichen einen Arbeiter-Ausschuss anzuerkennen. Die Lohnskala gilt auch für die sämtlichen Fabrikhöfe. Die Direktion hat sich im Laufe der Verhandlungen dahin geäußert, daß Entlassungen wegen dieser Bewegung nicht stattfinden. In der sich dem Bericht anschließenden Diskussion wurde von allen Rednern darauf hingewiesen, daß das jetzt Erreichte zwar nicht alles bedeute, daß jedoch bei dem Stand der Organisation nicht andre Mittel zu Gebote stehen. Die stark besuchte Versammlung erklärte sich mit den Bewilligungen, mit Rücksicht auf die augenblicklich schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, vorläufig zufrieden.

Der Wahlverein für Waldmännchen hielt am 7. Juni seine Mitgliederversammlung bei Kuhn ab. Genosse Liebelt referierte über: „Das persönliche Regiment und die bürgerlichen Parteien.“ Die Diskussion war sehr lebhaft. Unter Vereinsangelegenheiten erlosch die Besprechung, für einen guten Besuch des Volksfestes für den Kreis Nieder-Barnim Sorge zu tragen.

Letzte Nachrichten und Depeschchen.

Ganz wie — wo anders.

Budapest, 9. Juni. (B. Z. W.) Der Marinekommandant beantwortete im Laufe der Debatte die gestellten Anfragen und erklärte, er habe während der Triester Heizerstreiks dem Lloyd militärische Aushilfe gewährt, weil es sich um ein öffentliches Interesse handelte, während er in einem andern Fall ein gleiches Ansuchen abgelehnt habe, da ein solches Interesse nicht vorhanden gewesen sei.

Wolkenbrüche.

Budapest, 9. Juni. (B. Z. W.) Die Ortschaft Ragh Szolodos wurde durch einen Wolkenbruch vollständig überschwemmt. Die Theiß ist aus den Ufern getreten und hat große Strecken mit Getreidefeldern verwüstet.

Ugram, 9. Juni. (B. Z. W.) Die bosnische Stadt Prozor wurde durch einen Wolkenbruch überschwemmt. In den Straßen wurden große Vertiefungen angebracht und eine Anzahl Brücken weggerissen. Der angeordnete Schaden ist sehr bedeutend.

Zum Ausbruch der Tabakarbeiter in Frankreich.

Paris, 9. Mai. (B. Z. W.) Infolge einer Untersuchung, welche der Finanzminister mit Abgeordneten der Arbeiter der staatlichen Tabakmanufaktur heute hatte, werden die Arbeiter am Mittwoch die Arbeit wieder aufnehmen.

Unterhaud.

London, 9. Juni. (B. Z. W.) Der Unterhaushaltsekretär im Krlegsamt Lord Stanley bemerkt auf eine Anfrage, die Durchführung der gefangenen Boeren nach Südafrika werde sobald als möglich beginnen; er könne gegenwärtig aber keine detaillierten Angaben machen.

Zu der Ausschuss-Sitzung über die Finanzbill beantragte Fowler, die Beratung des ersten Artikels — Getreidezoll — zu vertagen und zwar, weil der Schatzkanzler erst erklären solle, wie er die im Hinblick auf eine mögliche Fortdauer des Krieges im voraus bewilligte große Summe zu verwenden gedenke. Keine Steuer solle bewilligt werden, ohne daß das Haus genau unterrichtet werde, für welchen Zweck die Steuer gefordert werde. Schatzkanzler Giddes Peach erwidert, das Geld werde benötigt für gewisse militärische Zwecke, einschließlich des länger als vorher angenommen, dauernden Aufenthalts der Boerenbevölkerung in den Konzentrationslagern. Nachdem dann mehrere Redner für den Antrag Fowler gesprochen, erklärt der Schatzkanzler noch, er sei bereit, dem Hause binnen kurzem eine Aufstellung vorzulegen, aus welcher die Verwendung der Gelder im einzelnen hervorgehe, und das Haus werde dann diese Aufstellung einer Beratung unterziehen können. Der Antrag Fowler wird hierauf mit 264 gegen 176 Stimmen abgelehnt.

Die Uebergabe der Boeren.

London, 9. Juni. (B. Z. W.) Nach einer Depesche Atheners wurden gestern und Sonnabendmorgen im ganzen 2500 Gewehre übergeben, von denen 448 Kapazitätswaffen und die übrigen hauptsächlich Leuten De Wets gehörten.

„Tod der Aufständigen“ in neuer Auflage.

London, 9. Juni. (Baffan-Meldung.) Ein fürchterlicher Mord an einer Frau, der in einem der ärmlichen Bezirke Süd-Londons verübt worden ist, hat die ganze Stadt in die höchste Aufregung versetzt. Die nächsten Umstände der Mordthat erinnern an die Verbrechen des berühmten Frauenmörders „Tod der Aufständigen“, der vor einer Anzahl Jahren London in Schrecken hielt. Die Leiche der Frau, ansehend einer Fremden, wurde auf der Schwelle einer Thür gefunden. Die Unglückliche ist nach der Ermordung erst in siedendes Wasser geworfen, danach halsiert und in ein Dutzend Stücke zerschnitten worden. Der Leiche fehlten die Eingeweide. Die Gerichtsakten der Ermordeten, die etwa 30 Jahre alt geworden sein dürfte, sind erkennbar. Bisher hat man noch keinerlei Anhaltspunkte, die zur Ermittlung des Mörders führen könnten.

Vom Kohlenarbeiter-Streik.

New York, 9. Juni. (Meldung des „Deutschen Bureaus“.) Die Minenarbeiter im Anthracitkohlen-Revier werden von allen Gewerkschaften unterstützt; die Eisenbahnangestellten in dem Gebiet haben beschlossen, den Kampf gegen die Vergleute nicht zu unterstützen; die Minenarbeiter sind hierdurch sehr ermutigt.

Nachwehen des südafrikanischen Krieges.

Den „Reynolds New Papers“ zufolge werden zwei Soldaten der australischen Freiwilligen-Compagnie in den nächsten Tagen vor ein Kriegsgericht gestellt, unter der Beschuldigung, Spionage Dienste den Boeren geleistet zu haben.

Cholera.

Peking, 8. Juni. (Baffan-Meldung.) Ein deutscher Matrose ist in Peking am Sonnabend an der Cholera gestorben; da ferner ein japanischer Soldat heute in Peking der Seuche zum Opfer gefallen ist, sind die Gesundheitsbehörden zwecks Quarantäne auf ihre Vorposten beschränkt.

Danzig, 9. Juni. (B. Z. W.) Vor dem alten Salvator-Nicholof in Petersdamm fuhr heute früh ein elektrischer Wagen in eine Gruppe Leichenräuber, welche eine Leiche nach dem Friedhofe trugen. Der Metallsturz stürzte auf 4 Träger, die so schwer verletzt wurden, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Auch mehrere andre Personen erlitten Verletzungen.

San Francisco, 8. Juni. (Baffan-Meldung.) Hier eingetroffene Schiffe, die am 31. Mai Honolulu verlassen haben, berichten, über dem Vulkan Maunaloa hätten bei ihrer Abfahrt große Rauchwolken geschwebt. Ebenso habe der Kilanea benachbarte Berg Feuer gegeben.

Reichstag.

189. Sitzung vom Montag, den 9. Juni 1902, nachmittags 1 Uhr.

Vom Bundesrat: Graf Posadowsky, Hr. v. Rheinbaben, Hr. v. Tziemann.

Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Abg. Bayer (C.) in der üblichen Weise durch Erheben von den Plätzen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzes betreffend die Aufhebung des Distriktparagraphen in Elsaß-Lothringen.

Das Gesetz wird debattelos angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der Brüsseler Zuckerkonvention und der Novelle zum Zuckervergesetz. (Verichterstattet Abg. Speck.)

Nummer 1 der Kommissionsbeschlüsse lautet: Der Reichstag wolle beschließen, dem am 15. März 1902 in Brüssel zwischen dem Reich und mehreren andern Staaten abgeschlossenen Vertrag über die Behandlung des Zuckers seine verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen, mit der Maßgabe, daß die Ratifikation des Vertrages nicht früher erfolgt, als bis das Gesetz wegen Abänderung des Zuckervergesetzes im Reichsblatte veröffentlicht ist.

Abg. Graf Kanitz (L.):

Meine Freunde zweifeln aber, daß der Ueberzoll von 6 Fr. ausreichend sein wird, um unsere einheimische Produktion vor der Konkurrenz des Auslandes genügend zu schützen. Vor allem kommt in Betracht, daß wir nach dem Wortlaut des deutsch-russischen Handelsvertrages nicht in der Lage sind, Rußland gegenüber, das der Konvention nicht beigetreten ist, und verfeuert Exportprämien gewährt, einen höheren Zoll zu erheben. Dieser Umstand ist bisher noch ganz außer Acht gelassen worden. Ich halte diesen Punkt für so wichtig, daß es mir am liebsten wäre, wenn das Gesetz wieder in die Kommission zurückgeschickt würde. (Mutter links.) Wenn dann eine Vertagung der ganzen Sache bis zum Herbst die Folge ist, so würde das auch nichts schaden, denn so eilig ist die ganze Sache nicht.

Abg. Dr. Meiner (fr. Sp.):

Wir haben beantragt, die Steuer auf 14 Mark festzusetzen, weil wir fürchten, daß bei einer niedrigeren Steuer die Regierung in finanzielle Schwierigkeiten kommen wird und so das Zustandekommen der Konvention gefährdet wäre. Aus demselben Grunde werden wir auch gegen den Antrag auf völlige Aufhebung der Steuer stimmen.

Für die Wiedereinführung der Kontingentierung, welche die Kommission beschloffen hat, können wir nicht stimmen. — Durch die Herabsetzung des Ueberzolls wollen wir die Existenz des Kartells und seine preisdrückende Tätigkeit untergraben. Das Kartell ist lediglich eine Vereinigung, die zum Nachteil der Konsumenten arbeitet. Wir hoffen, daß nach dem neuen Gesetz der Konsum erheblich wachsen und der Zucker billiger werden wird. Wir werden gegen jede Erschwerung des Zustandekommens dieses Gesetzes stimmen.

Abg. Müller-Julda (C.):

Ich hoffe, daß sich diese Ansicht des Herrn Vorredners auch bei der Beratung der Zuckervernovelle erweisen wird, sonst dürfte die Konvention doch noch zu Fall kommen. Ein Muster der Gesetzgebung ist sie ja gerade nicht. Ich bedaure, daß nicht Sachverständige zu Bevollmächtigten nach Brüssel entsandt worden sind. Andere Staaten haben nicht bloß Bureaucratie hingeschickt, sondern auch Sachverständige. Hätten wir das auch getan, so wäre die Konvention sicher etwas präziser und besser ausgefallen. Darüber sind wir ja alle einig, daß die Ausfuhrprämien abgeschafft werden. Etwas anderes ist es mit der Frage des Ueberzolls, der von 20 Mark auf 4,80 Mark ermäßigt werden soll. Dies steht gerade im Gegensatz zu dem Bestreben beim Zolltarif, bei dem es sich darum handelt, der Landwirtschaft einen erhöhten Schutz zu geben. Daß dies die Absicht der Regierung ist, hat sie ja auch bei Gelegenheit der letzten Flottenvorlage erklärt. Wie notwendig die Beratungen in der Kommission waren, haben ja die Verhandlungen dort bewiesen. Ich muß erneut meine Verwunderung über den Leichtsinns derjenigen ausdrücken, die eine solche Beratung nicht für nötig hielten. (Großer Lärm und lebhaftes Protestrufen links.) Bedenkliche Mängel der Konvention kann man ja in Hülle und Fülle anführen. Die Wehrzahl meiner politischen Freunde kann der Konvention nur dann ihre Zustimmung geben, wenn das Zuckervergesetz so abgeändert wird, daß dadurch ein Ausgleich für die der Landwirtschaft erwachsenden Schäden geschaffen wird. Sollte das nicht der Fall sein, so glaube ich, wird es das beste sein, wenn die Konvention abgelehnt wird. (Weifall im Centrum.)

Abg. Vernekin (Soz.):

Die beiden Vorredner haben gedroht, daß sie, wenn gewisse Forderungen nicht erfüllt würden, der Konvention ihre Zustimmung verweigern würden. Sie wissen, daß unsere Partei von Anfang an die Konvention mit Genugthuung begrüßt hat, weil wir in dieser internationalen Vereinbarung ein Mittel sahen, um der verwerflichen Prämienwirtschaft und der Ausbeutung des Zuckerfortells ein Ende zu machen. Wir haben uns nicht verhehlt, daß die Konvention auch von unserem Standpunkt aus ihre bedenklichen Seiten hat. Das Bedenkliche liegt für uns darin, daß die Konvention überhaupt noch einen Ueberzoll vorschreibt für die Einfuhr des Zuckers und daß sie die Konventionsstaaten verpflichtet, gegebenenfalls Kampf- oder Ausgleichsmaßnahmen gegen andere Länder zu ergreifen, die etwa noch Prämien für die Zuckerausfuhr nach Deutschland gewähren. Die Vorteile der Konvention schienen uns aber so groß zu sein, daß wir bereit waren, die Nachteile in Kauf zu nehmen, und daß wir in der besten Absicht in die Kommission gegangen sind, zur Durchführung der Konvention beizutragen. Unsere Genehmigung über den Abschluß der Konvention ist aber durch die Beschlüsse der Kommission in einer Weise herabgesetzt worden, daß wir es uns auch sehr überlegen werden, ob wir in die Lage kommen, der Konvention und dem Zuckervergesetz zuzustimmen. Die deutsche Zuckerindustrie würde freilich, falls die Konvention abgelehnt wird, eine sehr gute Gelegenheit vorübergehen lassen, um aus einer schlechten Lage herauszukommen. Die Kommission hat ihr Bestes getan, um die Konvention möglichst wertlos zu machen und ihren Zweck zu vereiteln. Besonders die Beschlüsse über die Kontingentierung, die zugleich ein Monopol für die bestehenden Fabriken darstellen, laufen der Absicht der Konvention geradezu entgegen. Der Hauptzweck der Konvention war, die Ausfuhrprämien zu beseitigen. Nun hat Abg. Müller-Julda auf die französische distanco (Entfernungsnachschuß für Zuckertransport) hingewiesen und gemeint, darin liege doch eine Art Ausfuhrprämie und es sei ein solcher Entfernungsachschuß auch in Deutschland einzuführen. Wir sind durch- aus Freunde der Ermäßigung der Eisenbahntarife, müssen uns aber dagegen verwahren, auf diese Weise etwa wiederum eine Ausfuhrprämie herbeizuführen. Die Kontingentierungs-Bestimmungen bergen von vornherein alle Nachteile einer neuen Ausbeutung durch das Zuckerkartell potenziell in sich. Wenn diese Bestimmungen nicht wären, dann bräuhete Deutschland überhaupt keinen Ueberzoll. Ich würde Sie dabei speziell aufmerksam auf die Statistik, die der österreichische Vertreter auf der Brüsseler Konferenz gegeben hat und worin auf die Ueberlegenheit der deutschen Zuckerfabrikation über die aller übrigen Länder hingewiesen ist. Trotzdem weist das Protokoll der Brüsseler Beratungen verschiedene Stellen auf, aus denen die Anschauung hervorgeht, als wenn es sich bei der Abwehr der fremden Zuckerausfuhr um den Schutz gegen eine Epidemie oder gegen ein Gift, das aus dem Ausland eingeführt wurde, handle. Herr Müller-Julda hat wieder das Schreckensspiel des Rohrzuckers vorgebracht. In der Kommission hat uns ja Herr

Paasche überzeugend nachgewiesen, daß der Rohrzucker absolut ungefährlich sei; von einem Punkte abgesehen, wo für gewisse Zwecke der Rohrzucker besser ist als der Rübenzucker. Wenn er für diese Zwecke besser ist, dann gehört er ins Land, und wir sind nicht dafür zu haben, ihn auszuschließen. Auch einer der Sachverständigen, ein Mitglied der konservativen Partei, hat einen Vortrag über die Ungefährlichkeit des Rohrzuckers gehalten. Er hatte diesen Vortrag der „Krenz-Zeitung“ überhandt, aber sein eigenes Parteiblatt hat ihn in den Papierkorb geworfen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Drohung mit dem Rohrzucker macht also auf uns gar keinen Eindruck. Ebenso ist der Hinweis auf England ein Gespenst, um Kinder, die die Sache nicht verstehen, gräßlich zu machen. Wir haben von England überhaupt nichts zu fürchten. Wenn es ein Land giebt, das von dieser Konvention Nachteile hat, so ist es nach meiner festen Ueberzeugung England. (Lachen rechts.) Wenn ich Engländer wäre, so würde ich alle meine Kräfte einsetzen, um die Konvention zu Fall zu bringen. Für Deutschland bedeutet die Konvention einen Fortschritt, für England aber einen Rückschritt weiter auf einer Bahn, die dieses Land seit kurzem unter der gegenwärtigen Regierung eingeschlagen hat, eine Bahn, die England von dem für dasselbe absolut notwendigen freihändlerischen System abbringt. In England wendet sich sogar der Cobdenklub gegen die Konvention. Er weist auf die große Schwierigkeit hin, nachzuweisen, wann eine Ausfuhrprämie vorhanden ist und wann nicht, und auf die vielen indirekten Mittel, sie einzuführen. Es war deshalb sehr gut, daß eine internationale Kommission eingesetzt wurde, die feststellen soll, ob im einzelnen Falle eine indirekte Ausfuhrprämie vorliegt oder nicht. Ich erinnere Sie an einen Vortrag in der Kommission. Herr Müller-Julda stellte den witzbegierigen Antrag festzustellen, wie es mit den Frachtvergünstigungen in den verschiedenen Ländern stehe, ob dies indirekte Ausfuhrvergünstigungen seien. Da wurde ihm von sehr angelegener Seite bedeutet: O rühret, rühret nicht daran! Denn wenn wir untersuchen wollten, was andre Länder thun, dann könnten die ja auf den Einfall kommen, zu untersuchen, was wir thun. Diese Anschauung vertritt auch der Vorsitzende des Ausschusses der vereinigten Zuckerindustrien. Dieser Herr meinte sehr richtig: Wer im Gladhaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. —

Man spricht immer von der Zuckerindustrie, die gefährdet werden muß, versteht aber darunter nur die Fabrikation von Zucker. Es giebt aber auch eine ganze Reihe von hochentwickelten Industrien, die Zucker verwenden, verarbeiten, von höher qualifizierten Industrien, die eine Veredelung des Produktes herbeiführen und es in den verschiedensten Formen dem Konsum zuführen. Unbestreitbar ist ja, daß unter dem System der kontingenten Ausfuhrzölle Englands Zuckerfabrikations-Industrie teilweise zurückgegangen ist, in ganz enormem Maße sind aber andererseits die Zucker verarbeitenden Industrien in England, die Confitüren- und Confectfabriken, umfangreicher geworden. Die Zahl der in ihnen beschäftigten Arbeiter ist von 29 000 in den achtziger Jahren auf 53 000 und dann auf 105 000 gestiegen. Die Zahl der in den Raffinerien thätigen Arbeiter beträgt ungefähr 5000; sie ist mit der Zeit etwas zurückgegangen, aber selbst wenn alle englischen Raffinerien vom Erdbeeren verschwunden wären, hätten die Arbeiter in den Zucker verarbeitenden Industrien leicht Vorkommnisse gefunden, und dabei hätte sich noch der Konsum des Volkes verbessert und verfeinert.

Nun sagt man, England sei im Interesse seiner Kolonien besonders der westindischen um eine Herabsetzung des Zuckerpreises auf dem Weltmarkt zu thun! Um der westindischen Kolonien willen opfert also England in seinem eignen Lande die Interessen großer Industrien auf. Und was sind denn diese westindischen Kolonien? Eine Hand voll Pflanzler, die für England daselbst sind, wie für uns die ostelbischen Agrarier. Als man ihnen verbot, ihre Sklaven wie Hunde zu Tode zu hegen, da schrien sie: Wir werden ruiniert! Wegen jeder Reform, die durchgeführt werden soll, wenden sie sich mit der Erklärung, der Mann sehe bevor. Als im Anfang des vorigen Jahrhunderts die Sklaverei bei ihnen abgeschafft wurde, hat die englische Regierung dies von den ostindischen Pflanzern mit Millionen erkaufen müssen. Mit Rücksicht auf diese Leute will nun England den Weltmarkt-Zuckerpreis zum Schaden der großen Masse der Konsumenten im eignen Lande erhöhen. Die Ansicht, daß in England keine Fehler gemacht werden, dürfte doch nach den Vorgängen der letzten Jahre nicht mehr erhoben werden.

Die Kommissionsbestimmung über die Kontingentierung und die Festsetzung des Ueberzolls auf die höchstmögliche Höhe halten wir für geeignet, einem neuen Kartell die Wege zu ebnen. Die schädliche Wirkung des Kartells haben wir ja erlebt, ihre Folge war der Rückgang des Konsums. Daß aber den Zuckerproduzenten selbst an einer Steigerung des Konsums gelegen sein muß, geht ja auch daraus hervor, daß unsere Anträge auf Aufhebung der Zuckerversteuer von der rechten Seite sehr wohlwollend behandelt wurden. Wir verlangten absolute Steuerfreiheit. Wir mußten uns ja allerdings sagen, daß möglicher Weise die Herren von der Rechten auch für diese Anträge stimmen würden, um die Konvention zu Fall zu bringen. Das konnte uns aber nicht hindern, für die Anträge auf Herabsetzung der Zuckerversteuer auf 10 bzw. 12 Pf. zu stimmen, nachdem unser Antrag abgelehnt war. Um die finanziellen Schwierigkeiten zu beseitigen, haben wir eine Reichs-Einkommensteuer empfohlen. Die Argumente vom Regierungstisch dagegen können wir uns nicht maßgebend sein. Man behauptet, es läge eine Ungerechtfertigkeit gegen die Kleinststaaten vor. Das kann ich nicht zugeben. Eine abgestufte Einkommensteuer bedrückt niemand.

Es ist die Befürchtung ausgesprochen, daß mit der Herabsetzung der Verbrauchssteuer die Reichskasse auf viele Millionen sicherer Einnahme verzichten müsse. So schließt sich die Sache für die Regierung nicht. Die Regierung hat nichts zu fürchten, wenn die Zuckerversteuer auf 12 Pf. herabgesetzt wird. Es würde dann ein Konsum von 10 Millionen Doppelcentner vollständig genügen, um der Regierung das zuzuführen, was sie heute bestenfalls aus der Zuckerversteuer gewinnt. Wir haben jetzt einen Inlandskonsum von gegen 8 Millionen Doppelcentner, wir hatten schon einen Konsum von nahezu 9 1/2 Millionen Doppelcentner, und es ist sehr wohl bei einer Verdichtung des Zuckers auf ein Steigen des Konsums um nicht ganz 25 Proz. zu rechnen. Wenn die Zuckerversteuer auf 12 Pf. herabgesetzt und das Kartell aufgelöst wird, so wird, wie Sachverständige berechnet haben, der Preis des Zuckers pro Pfund von 33 Pf. auf 20 Pf. fallen; bei einer Zuckerversteuer von 16 Pf. würde das Pfund Zucker etwa 25 Pf. kosten. Ein Preisunterschied von etwa 8 Pf. würde nur ein sehr langsames Steigen des Konsums herbeiführen, wenn aber der Preis für das Pfund Zucker auf 20 Pf. fällt, so wird naturgemäß der Inlandskonsum in ganz andrem Maße gehoben werden, und zwar innerhalb kurzer Zeit. Ich glaube, daß das Reich bei einer Herabsetzung der Zuckerversteuer auf 12 Pf. finanziell noch besser fahren wird als jetzt. Wir haben also gar keinen Grund, von dem Antrage, den die Kommission eingebracht hat, abzusehen. Meine Partei hat getrennten Grund- sätzen, daß jede Verbrauchssteuer, namentlich auf Artikel des Massenkonsums, erstens eine Ungerechtfertigkeit gegen die große Masse der arbeitenden Bevölkerung und zweitens eine wirtschaftlich durchaus widerwärtige Maßregel für die betreffende Industrie darstellt, einen Antrag eingebracht, wonach der Zucker überhaupt von jeder Verbrauchsabgabe befreit werden soll; nur eventuell werden wir für den niedrigsten zu erreichenden Steuersatz stimmen. Der deutsche Inlandskonsum an Zucker ist durchaus noch steigungsfähig; er beträgt jetzt in Deutschland jährlich auf den Kopf der Bevölkerung 13 1/2 Kilogramm, in England 40 Kilogramm, in Dänemark 25 Kilogramm.

Es ist ja möglich, daß die Aufhebung der Ausfuhrprämien und die Restatung der Zuckergesetzgebung, wie wir sie erstreben, einen

Teil der Rübenproduzenten schädigt und ihm Schwierigkeiten bereitet. Wer aber fragt denn von Ihnen (nach rechts) danach, wenn ganze Industrien durch neue Erfindungen, durch Verbesserungen der Technik oder internationale Vereinbarungen in ihrer Existenz gefährdet werden? Und würden die Zuckerfabrikanten sich etwa befinden, falls eine neue Maschine erfunden wird, die so und so viel Arbeiter erspart und auf das Pfaster wirft, diese Maschine einzuführen? So hat sich auch die Zuckerindustrie in solche Maßnahmen zu fügen, die für die gesamte Bevölkerung des Landes von größtem Nutzen sind. Es scheint auch mit der Zuckerindustrie keineswegs schlimm zu stehen, wie man es vielfach darzustellen liebt. Nach den Vorkontingentierungen hat z. B. die pommerische Zuckerfabrik in Anklam in 10 Jahren zusammen 175 1/2 Proz. Dividende gezahlt; sie besitzt 350 000 Mark Reservefonds bei einem Aktienkapital von einer Million Mark. Eine Zuckerfabrik in Stettin, die den Reichstag beschworen hat, daß für den in den Ausfuhrstätten befindlichen Zucker, für den bereits die Ausfuhrprämie bezahlt ist, nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes, wenn der Zucker in das Ausland zurückkommt, die Ausfuhrprämie nicht zurückgezahlt zu werden braucht, hat in 10 Jahren bei hohen Abschreibungen über 180 Proz. Dividende bezahlt. Eine andre Fabrik verteilte durch 5 Jahre hindurch durchschnittlich 12 und 13 Proz. Dividende. Einzelne Fabrikanten mögen schlechter dastehen, das kommt in allen Gewerben vor, das kann uns aber doch nicht abhalten, volkswirtschaftlich nützlichen Maßnahmen zuzustimmen. Unser ganzes heutiges Wirtschaftsleben beruht ja darauf, daß der einzelne den Wechselfällen des wirtschaftlichen Lebens preisgegeben ist und jeden muß, wie er sich dazu stellt. Gerade für die moderne Wirtschaftspolitik gilt der Grundsatz von Wiesner: Wer da schwach ist, der muß fallen, wer da stark ist, der muß steigen; dem Schwachen muß noch ein Exitus gegeben werden, damit das Unzulängliche zu Grunde gehe. Gerade die Brüsseler Konvention wird verhindern, daß wir zu einem verunstalteten Handelsvertrage mit Rußland kommen. Redner schließt mit der dringenden Aufforderung, die Brüsseler Konvention abzulehnen. (Lebhafte Weifall rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Ebenso dringend, wie der Herr Vorredner um die Ablehnung bat, muß ich das hohe Haus eruchen, die Zuckerkonvention anzunehmen. Der Herr Vorredner hat es so dargestellt, als wenn Deutschland auf handelspolitischem Gebiet in den letzten Jahrzehnten stets schwach und nachgiebig gewesen und auch in Brüssel nicht auf der Höhe der Situation gestanden hätte. (Auf rechts: Sehr richtig!) Sie sagen: Sehr richtig; ich werde eine andre Frage an Sie stellen: Ist es richtig im deutschen Parlament in einem Augenblick, wo wir handelspolitischen Verhandlungen mit der ganzen Welt führen, die deutsche Regierung als eine solche hinzustellen, die zu handelspolitischen Verhandlungen schwach und unfähig ist? (Lebhaftes Bravo! links, Murren rechts.) Im Interesse unserer Zukunft ist das kein richtiges Verfahren. (Lärm rechts.) Wenn Sie hier vor dem ganzen Lande die Regierung mit solchen Vorwürfen zu diskreditieren suchen (Lärm rechts, Bravo! links), dann müssen Sie uns schon gestatten, daß wir pleinement (voll und ganz) darauf antworten. Mit handelspolitischen Verhandlungen ist es eine eigene Sache. Geizig sind Interpretationen zweifelhafter Art möglich, Sie malen aber hier nur eine Masse von Möglichkeiten an die Wand, um den Eindruck hervorzurufen, daß die Konvention für uns außerordentlich ungünstig ist. (Lärm rechts, Bravo! links.) Ich glaube, daß wir keinen Handelsvertrag, keine Konvention jemals abschließen können, die nicht der Gefahr ausgesetzt wäre, daß nicht anders gemeinte Interpretationen zu ihr gegeben werden. Das haben wir zu allen Zeiten und unter allen Regierungen erlebt, seit wir überhaupt internationale Verträge geschlossen haben. Weil aber gerade die Zuckerkonvention den ersten Versuch darstellt, gewisse wirtschaftliche Verhältnisse international zu regeln, so ist deshalb eine wirtschaftliche Kommission eingesetzt worden, von der ich annehmen darf, daß sie als europäischer Kreppapier gerecht und richtig urteilen wird. Es ist hier so dargestellt worden, als wäre die Konkurrenz des Rohrzuckers außerordentlich gefährlich. Es ist auf die Unterfütterung der englischen Regierung für die Kolonien hingewiesen worden. Das können wir nicht verhindern, daß die Staaten, die der Konvention beigetreten sind, ihre Landeskultur fördern, dann müßten wir ja auch im Eisenbahnbau, im Bau von Chaussees in den englischen Kolonien eine Begünstigung des Rohrzuckers erklären. Die Brüsseler Konvention bezieht sich nur auf diejenigen direkten und indirekten Prämien, die im engeren Sinne als Zuckerverprämien aufzufassen werden müssen. Würde sie sich auf die allgemeinen Maßnahmen zu Gunsten der allgemeinen Landeskultur beziehen, dann müßte die Ueberwachungskommission in Brüssel schließlich die Verwaltung sämtlicher Zuckerländer in die Hand nehmen. Diese Vorwürfe einer besonderen Begünstigung Englands sind nicht aufrecht zu erhalten. Das hohe Haus war seiner Zeit darin einig und einig war auch die Partei des Herrn Vorredners, daß der beste Zustand für die deutsche Zuckerindustrie die Aufhebung der Prämien sei. (Lebhaftes Zustimmung links, Lärm rechts.) Heute aber hören wir ganz etwas anderes, heute, wo wir an der Verwirklichung des Prämienwesens stehen, da werden Bedingungen aufgestellt, da wird eine Rakuffel entwickelt (Lärm rechts, Bravo! links), nur um die Konvention zu Fall zu bringen. Auf diesem Wege werden wir nie zu einer neuen Konvention gelangen. Wer gegen den Brüsseler Vertrag ist, muß sich damit auch vertraut machen, daß das Prämienwesen peremierend (dauernd) bleibt. (Lärm rechts, Bravo! links.) Nur noch ein Wort zu den Anträgen in finanzieller Beziehung. Sie alle wissen, in welcher außerordentlich schwierigen finanziellen Situation sich das Reich befindet; Sie wissen, daß wir aus allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Gründen auf die Annahme der Brüsseler Konvention den größten Wert legen. Ist es da richtig, daß Sie uns bei dieser Gelegenheit Bedingungen auf finanziellen Gebiete stellen wollen, die nach Ansicht vieler Bundesstaaten äußerst veruzig (verderblich), ja nach Ansicht mancher derartig sind, daß sie die ganze Vorlage für uns unannehmbar machen? Die Zuckerversteuer gehört nicht zu den besonders drückenden Abgaben. Der Staatssekretär hat nachgewiesen, wie unendlich schwierig die Finanzierung des Reichsstaats sich gestaltet. Bei der Auszahlung neuer Steuern sind wir bisher immer von dem Unglück befreit worden, solche Vorausschlagen, die der Mehrheit nicht gefallen. (Weiter links.) Ich sehe vorläufig keine Steuer, die geeignet wäre, die finanziellen Risse des Reiches zu beseitigen und gleichzeitig die Zustimmung des Reichstages und Bundesrats zu finden. Sie haben die betraglichen Klagen der Einzelstaaten und besonders der kleineren Staaten bei den jetzigen Finanzverhältnissen des Reiches gehört. In demselben Augenblick wollen sie die finanzielle Lage des Reiches noch schwieriger gestalten! Ich kann Sie nur dringend bitten, den Antrag der Kommission abzulehnen und mindestens den anzunehmen, der die Zuckerversteuer auf 14 Mark festlegen will. Sollten unsere Finanzverhältnisse sich günstiger gestalten, so ist es keineswegs ausgeschlossen, daß wir vor selbst eine Erhöhung der Zuckerversteuer beantragen werden. Auf die Frage des Reichs-Einkommensteuer will ich nicht eingehen. In steuerrechtlicher und allgemeiner staatsrechtlicher Beziehung stellt sie einen so tiefen Eingriff in die Selbstverwaltung der Einzelstaaten dar, daß sie mit dem Charakter des föderativen Staates nicht vereinbar werden kann. (Widerpruch links.) Ich glaube nicht, daß in absehbarer Zeit eine Mehrheit des hohen Hauses und des Bundesrats einer solchen Steuer zustimmen wird. Ich frage Sie deshalb, wie gedenken Sie der Finanznot des Reiches abzuwehren, wie gedenken Sie unter den schlechtesten finanziellen Verhältnissen, die für die kleineren Staaten eine tiefste staatsrechtliche Bedeutung haben, der Finanznot des Reiches abzuwehren? Man klagt reich über hohe Militär- und Marine-

lassen. Es mag nun eine politische Partei, welche auch wolle, an diesem Tische sitzen, wenn sie einmal die Verantwortung trägt, die wir für die Sicherheit des Landes haben, dann wird sie stets so handeln müssen, wie wir gehandelt haben. Keine Partei wird durch irgendwelche theoretischen Erwägungen die Ungunst der geographischen Lage ausgleichen können, in der wir uns seit Erschaffung der Welt befinden. (Heiterkeit.) Die notwendigen Verteidigungsausgaben für die Sicherheit des Landes, für die Aufrechterhaltung unserer Kulturbedingungen werden immer bewilligt werden müssen. Wenn Sie von der ungeheuren Verschuldung des Reiches sprechen, die auch ich beklage, so liegt der Grund dafür darin, daß wir die lebende Generation zu sehr belastet und die zukünftige zu sehr in Form von Schulden belastet haben, für Ausgaben, die die lebende Generation eigentlich anzubringen hat. (Sehr richtig.) Das wertvollste Recht der Volkvertretung liegt nicht im Recht der Gesetzgebung, sondern in der Aufstellung des Etats. Aus dem Recht, Ausgaben und Einnahmen zu bewilligen, haben sich geschichtlich die Parlamente entwickelt. Deshalb besteht für Sie die politische Pflicht, den finanziellen Erwägungen die größte Beachtung zu schenken. Nicht nur Gerechtigkeit, sondern auch gesunde Finanzen sind die Grundlage der Staaten. (Bravo! links; Unruhe rechts.)

Direktor im Auswärtigen Amt v. Körner (auf der Tribüne fast ganz unverständlich) polemisiert gegen die Abgg. Graf Kanitz und Limburg-Strum.

Abg. Dr. Rüstke-Rastler (B. d. L.):
Graf Posadowsky wies auf die Notwendigkeit ausreichender Einnahmen aus der Zuckersteuer hin. Woher aber bei einer ruinierter Zuckerindustrie noch Einnahmen aus der Zuckersteuer kommen sollen, hat Graf Posadowsky nicht verstanden. — Die Kommissionen-Verhandlungen sind nach meiner Ansicht sehr wenig gründlich geführt worden. Man hat insbesondere den Punkt nicht genügend beobachtet, daß England seinen westindischen Kolonien Franchisefreiheit für Zucker gewährt. (Sehr richtig! rechts.) Ueber Branntwein und Sacharin ist Monate lang beraten worden, das Zuckergesetz will man jetzt aber brechen. In wie vielfacher Beziehung sind wir leider schon von England benachteiligt worden! Es würde für uns eine Regierung besser sein, wenn sie einmal dem Auslande energisch erklärte: Wir können keine solchen Verträge mit uns eingehen, unser Parlament wünscht andre Bedingungen! Von uns wird einfach die bedingungslose Zustimmung zu der Konvention gefordert. Wer nicht den Ruin der deutschen Zuckerindustrie herbeiführen will, der muß gegen die Konvention stimmen! (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Paasche (natl.):
Ich kann im Namen der großen Mehrzahl meiner Freunde erklären, daß wir nach reiflicher Prüfung für die Konvention stimmen werden. In der gründlichen Kommissionsberatung sind manche Bedenken beseitigt worden. In Frankreich und Belgien, die doch wie wir auf den englischen Markt angewiesen sind, hat niemand der Regierung den Vorwurf gemacht, sie habe die Interessen des Landes nicht vertreten.

Man weist nun immer auf die Gefahr der Konkurrenz Russlands hin. In Russland aber ist der Inlandspreis für Zucker ein so hoher, daß die Zuckerindustriellen dort gar keinen Anlaß haben, zu verlustbringenden Preisen zu exportieren. Die deutsche Zuckerindustrie befindet sich in einer starken Krise, sie bedarf dringend des Schutzes auf dem Weltmarkt. Unsere Zuckerindustrie ist aber technisch so hoch entwickelt, daß sie sehr gut die Konkurrenz auf dem Weltmarkt aufnehmen kann, wenn in allen Ländern die Präzision aufgehoben werden. Unsere Nebenindustrie hat die Konkurrenz des russischen Zuckers nicht zu fürchten. Die deutsche Zuckerindustrie wird wohl im Stande sein, sich aufrecht zu erhalten. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Gamp (Rp.): Herr Bernstein hat wieder die Reichs-Einkommensteuer empfohlen. Ich möchte demgegenüber doch einmal feststellen, wie viel Steuern heute schon in einzelnen Gegenden Deutschlands vom Einkommen erhoben werden. Vielfach wird in Deutschland bereits eine Einkommensteuer von 16—17 Proz. erhoben. Wenn die betreffenden ihr Einkommen aus Aktiengesellschaften beziehen, so zahlen sie sogar 26—28 Proz. Einkommensteuer.

Meine Freunde werden in ihrer großen Mehrzahl für die Konvention stimmen. Herr Bernstein erklärte, ihm wäre der ganz freie Wettbewerb auf dem Zuckermarkt das Liebste. Er wird sich selbst sagen müssen, daß wir dann den Export völlig verlieren. Dadurch würden Tausende von Arbeitern ihre Existenz verlieren.

Abg. Dr. Hahn (B. d. L.):
Herr Richter und Herr Singer zeigen mir Telegramme, die sie heute erhalten haben. (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, was diese Telegramme mit mir zu thun haben. (Lachen links.) Ich werde auf jeden Fall gegen die Konvention stimmen. Es ist allerdings eine Reihe von Telegrammen aus dem Lande hier eingegangen. Die Annahme der Konvention würde die deutsche Zuckerindustrie speziell England gegenüber in eine sehr ungünstige Lage bringen. Herr Paasche ist ein eleganter Mensch, aber er hat sich schon früher, als es sich um die Entwicklungsfähigkeit des Zuckerbaues auf Kuba handelte, als ein sehr schlechter Propbet erwiesen. Das zu ererbende Ziel wäre die völlige Vereinfachung der Verbrauchsabgabe. Die heutige Krise der Zuckerindustrie ist eine Folge der Caprivischen Handelsvertrags-Politik. (Lachen links.)

Abg. Dr. Barth (fr. Sp.):
Es war mir sehr interessant zu hören, daß Herr Hahn erklärte, mit den Telegrammen nichts zu thun zu haben. Wir liegt ein Aufruf des Bundes der Landwirte vor, unterschrieben von Herrn Hahn, worin es heißt: Wir bitten jeden Berufs-genossen dringend, die Konvention durchzuführen und uns sofort wenn möglich telegraphisch Antwort zukommen zu lassen. (Hör! Hör! links.) Die Sorgfalt des Bundes der Landwirte geht aber noch viel weiter. Herr selbst ist ein origineller Fall posiert. Auch aus dem Kreise Wittenberg hat man ein solches Telegramm gesandt, aber nicht direkt an mich, sondern an den Landwirtschaftsbund, Berlin, Dessoenerstr. 7. Der Bund der Landwirte hat dann die Freundlichkeit gehabt, mir persönlich die Depesche heute im Kontort zu überreichen. (Große Heiterkeit.) In diesem Telegramm war in Folge eines Verfehlers statt „abzulehnen“ geschrieben „abzunehmen“. (Heiterkeit.) Der Bund aber hat so genau gewacht, wie der Wortlaut ursprünglich gewesen war, daß er mit roter Tinte das n in ein i und das m in ein u verwandelt hatte. (Große Heiterkeit.) Ich war beim Anblick dieses merkwürdigen Telegramms zuerst ganz erschüttert in meiner Stellungnahme, nachdem aber jetzt Herr Hahn erklärt hat, er habe mit den Telegrammen nichts zu thun, habe ich mein Gleichgewicht wieder gefunden und werde für die Konvention stimmen. (Heiterkeit und lebhafter Beifall links.)

Die Verteidigung der Brüßeler Konvention ist in erster Linie nicht unsere Sache, sondern die Sache der Regierung. Wenn nun die Regierung hier von ihren eigenen Freunden, den sogenannten Stützen der Regierung, einen Scherz erleidet, so bedeutet das für sie eine Niederlage, die sie sich kaum gefallen lassen kann. (Lärm rechts.) Es wäre eine Niederlage vor der ganzen Welt. Die Regierung hätte die Konvention viel rascher und glatter durchsetzen können, wenn sie von vornherein energisch auf ihrer Annahme bestanden hätte. Die Schloßheit der Regierung hat dazu geführt, daß man jetzt mit allerlei Mitteln kommt, um womöglich bei der Annahme dieser Konvention — denn annehmen und die Zuckerindustrie diese Konvention, wenn sie nicht vollständig verbrennt in — noch allerlei kleine Vorteile nebenbei herauszuschlagen. Es hat sich aber mehr und mehr bei der Rechten der Gedanke festgesetzt, daß man niemals etwas annehmen dürfe, ohne noch eine Extrawurst dabei zu erhalten. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Für jede Verhätigung von patriotischer Haltung verlangt die Rechte ein Kräftgeld. Diese Art von Interessenpolitik hat den Standard der öffentlichen Moral tief hintergedrückt. (Sehr richtig! links.) Es handelt sich hier um öffentliche Interessen, und besonders internationale Annahmen sollte man am allerwichtigsten von dem Standpunkt des Aufhandels betrachten. (Sehr gut! links.) Wir

werden gegen die unsinnige Kartingentierung Front machen und damit die Interessen der östlichen Landwirtschaft, des östlichen Rübenbaues, wahren. (Lachen rechts.) Vor 20 Jahren wäre es unmöglich gewesen, solche Geschäfte im deutschen Reichstage zu machen. Wir wollen uns unsere Zustimmung zur Brüßeler Konvention nicht irgendwie bezahlen lassen. Wenn die Regierung mit Entschiedenheit den Standpunkt der Allgemeininteressen vertritt, so kann sie das Geleit in der Form bekommen, in der sie es haben will. Denn schließlich würde es doch die agrarisch-mercantile Mehrheit dieses Hauses nicht riskieren, in einer Angelegenheit, wo die Interessen der Zuckerindustrie dringenden Beitritt zu einer internationalen Vereinbarung erfordern, diese Konvention abzulehnen. (Lärm und Gelächter rechts.) Die Regierung braucht nur für eine gute Sache mit Entschiedenheit einzutreten, dann wird sie die Unterstützung der gesamten Linken, einschließlich der Sozialdemokratie, die in dieser Frage keine fraktionelle Politik machen wird, finden. (Lebhafter Beifall links, große Unruhe rechts.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.):
Aus der Rede des Herrn Barth leuchtete der Hoffnungs- glanz künftiger Ministerheerlichkeit. (Große Heiterkeit rechts, Unruhe links.) Wenn Ihre Hoffnungen (nach links) in Erfüllung gehen, werde ich Sie nicht beneiden, sondern eher bemitleiden. Die zukünftige Regierungspartei versucht heute eine Art von Generalprobe (erneute Heiterkeit links); sie versucht heute, was sie der Regierung bieten kann. Das Volk hat aber niemals Vorteil davon gehabt, wenn die Regierung sich auf die äußerste Linke stützte. Die Herren, die sonst immer so „voll und ganz“ auf dem Boden der Verfassung stehen, erklären heute einfach: Die Regierung absolut, wenn sie unseren Willen hat. (Lachen links.) Der Reichstag sollte endlich erkennen, wie sehr er bei den Caprivischen Handelsverträgen über den Löffel harbiert worden ist. Die Brüßeler Konvention aber ist eine Art Generalprobe für die neuen Handelsverträge. England ist jetzt, nachdem es unter der Zustimmung aller Kulturstaaten das Recht hat mit ihnen treten dürfen, noch unbeschädigter geworden als früher. Wenn von uns gleichwohl die unbedingte Zustimmung zu der Brüßeler Konvention verlangt wird, so heißt das: den beschränkten Untertanenvertrag zum Prinzip zu erheben. Das aber überlasse ich der Linken. (Beifall rechts, Gelächter links.)

Abg. Graf Kanitz (L.):
Die Frage, ob der Leberzoll ausreichen wird, um die Konkurrenz der Nachbarländer, speziell Russlands abzuwehren, verneine ich. Weiter halte ich auch meine Behauptung nicht für widerlegt, daß die Konvention, welche uns zwingt, einen höheren Zoll gegen die der Konvention nicht beitretenden Staaten einzuführen, in Widerspruch steht mit dem deutsch-russischen Handelsvertrag. Um diese Frage zu klären, beantrage ich die Zurückverweisung der Konvention an die Kommission.

Direktor im Auswärtigen Amt v. Körner bestreitet die Richtigkeit der Auffassung des Vorredners.

Abg. Graf Limburg-Strum (S.) behauptet gegenüber dem Grafen Posadowsky, unsere handelspolitische Stellung sei so stark, daß sie durch die Behandlung nicht erschüttert werden könne.

Abg. Freiherr v. Maltzan (Gosp. der Konf.) spricht sich für die Konvention aus und polemisiert gegen den Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg.

Abg. Graf Bernstorff-Melken (Welfe) erklärt, für die Konvention stimmen zu wollen.

Damit schließt die Diskussion.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. Hahn (B. d. L.): Herr Singer möchte ich erwidern, ich bin ungeschuldig, wenn er ein Telegramm bekommen hat. Auch die Wähler, die Herrn Barth das Telegramm gesandt, sind sich wohl über seine politische Stellung nicht ganz klar gewesen. Der Bund der Landwirte . . .

Präs. Graf Vassefrem: Namens der Bundes der Landwirte dürfen Sie keine persönliche Bemerkung machen. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Hahn (fortfahrend): Jedenfalls kann ich persönlich erklären, daß ich die Korrektur nicht vorgenommen habe.

Abg. Singer (Eoc.): Herr Hahn irrt, wenn er meint, daß ich ein Telegramm erhalten hätte. Ich habe ihm nur zugezungen, er möge die auf seine Bestellung an den Reichstag geschickten Telegramme nun produzieren.

Abg. Dr. Hahn (B. d. L.): Ich habe keine Telegramme bestellert. (Lebhafter Ob! Ob! Rufe und große Heiterkeit links.)

Nachdem der Abg. Graf Kanitz seinen Antrag auf Zurückverweisung der Konvention an die Kommission zurückgezogen hat, wird hierauf in der Abstimmung Artikel 1 und der Rest der Konvention mit überwiegender Majorität angenommen. Dagegen stimmt nur der größte Teil der Konservativen, einige Mitglieder der Reichspartei und der Reformpartei.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt) hielt am Sonntag im „Berliner Prolet“ eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der Reichstags-Abgeordneter Genosse A. Webel über die Organisationsfrage im sechsten Kreise referierte. Genosse Webel verwies darauf, daß die vielen und langwierigen Verhandlungen, die der Organisationsstreit im sechsten Kreise verursacht, kein Resultat zeitigten. Folgedessen hat der Parteivorstand die freie Kommission berufen, die sich auch bald auf die bekannten (im „Vorwärts“ wiederholt mitgeteilten) Vorschläge einigte. Diese Vorschläge wurden mit allen gegen eine Stimme gutgeheißen. Nachdem nun auch noch die Vertreter der Wahlkreise denselben zugestimmt, ist somit in letzter Stunde der Weg zur Verständigung gefunden worden. Durch die von der freien Kommission aufgestellten Grundzüge ist noch keineswegs entschieden, welche Organisationsform die richtige ist; jedenfalls geht aus diesem Streit, was mit die Hauptfrage ist, keine Partei als Sieger oder Besiegter hervor. Er selbst ist der Meinung, daß in Rücksicht auf den Umfang des Kreises und daß vorläufig eine andre Wahlkreis-Einteilung, die unbedingt notwendig wäre, an dem Widerstand der Rechten, insbesondere der konservativen Parteien, scheitern wird, ein einziger Verein für den ganzen sechsten Wahlkreis gerade nicht die beste Organisationsform sein kann, sondern eine Abgrenzung in vier bis sechs Bezirke und selbständige Vereine mit einer gemeinsamen Spitze durchaus wünschenswert erscheint. Die Genossen des sechsten Kreises in ihrer Majorität stehen noch auf einem andern Standpunkt und die Genossen der Schönhauser Vorstadt müssen sich derselben fügen, auch wenn ihre Ansicht über die Organisationsform die richtige ist. In der gemeinsamen Organisation können sie dann weiter in dem Sinne wirken, ihre Ansicht propagieren und es ist kaum zweifelhaft, daß schließlich die Minorität zur Majorität wird, zumal die ganze Entwicklung naturgemäß dazu drängt, eine föderative Organisationsform zu schaffen. Nach Lage der Sache ist das einzig Richtige, daß die Genossen der Schönhauser Vorstadt in ihrer Gesamtheit in den Wahlverein für den 6. Wahlkreis überzutreten und nicht erst den Parteitag abwarten, der für sie keineswegs günstiger entscheiden wird, nachdem alle in Betracht kommenden Instanzen gesprochen haben. Genosse Webel, dessen Ausführungen, so weit es sich um die Auflösung des Vereins handelte, von einem Teil der Versammlung mit lebhaftem Widerspruch im allgemeinen aber mit großem Beifall aufgenommen wurden, empfiehlt den Versammelten schließlich folgende Resolution zur Annahme:

„Im Interesse der Einigung aller Kräfte unter den Genossen des sechsten Wahlkreises zu gemeinsamem Handeln, und in der Hoffnung, daß es allmählich gelingen wird, bei den Genossen des sechsten Wahlkreises allgemein die Ueberzeugung von der Zweckmäßigkeit einer föderativen Organisation im Wahlkreis hervorzuheben, beschließt der Wahlverein der Schönhauser Vorstadt, in seiner Gesamtheit in den Wahlverein des sechsten Wahlkreises einzutreten und sich an

den darin vorzunehmenden Neuwahlen der Funktionäre des Wahlkreises zu beteiligen.“

Zur Resolution Webel sind dann noch mehrere Amendements eingegangen. So wurde von Genosse Flade beantragt, daß der Leberzoll in den Wahlverein für den sechsten Wahlkreis auf Grund des alten Organisationsstatuts erfolgen soll. Genossen Walter und Hildebrand beantragten: Für die vier Vorstände des sechsten Kreises je einen Verein zu schaffen und einen Centralvorstand zu wählen. Ein ähnlicher Antrag ist auch vom Genossen F. Hoffmann gestellt. Die Genossen Mars und Reyle beantragten, die Beschlußfassung bis zu einer neuen einzuberufenden Versammlung aufzuschieben und das gesamte Material den am Montag stattfindenden Zahlenden zur eingehenden Erörterung zu überweisen.

Genosse Vorgan führt aus, daß die gegenwärtige Streitfrage eine prinzipielle und materielle Bedeutung habe. Die alte Organisationsform habe die einzelnen mit Ämtern betrauten Genossen ungenügend belastet und andererseits den größten Teil gebindert, an der inneren Bewegung teilzunehmen und mitzuarbeiten. Die Agitation im sechsten Kreise mit seiner Bevölkerung von ca. 700 000 Seelen sei dadurch äußerst erschwert. Diese Uebelstände würden durch die Zeitung beseitigt und das Interesse der Partei gefördert werden. Eine Kollosion mit den Genossen anderer Bezirke wäre ausgeschlossen, weil doch für alle Beteiligten das Gesamtinteresse der Partei maßgebend sein muß.

Die Genossen der Schönhauser Vorstadt haben sich bisher auf die Parteitagbeschlüsse und den Parteivorstand berufen, sie haben sich außerdem auf das Verhalten der übrigen Kreise gestützt und nicht erwartet, daß die Vorschläge der freien Kommission die Zustimmung finden werden. Aber nachdem dies geschehen ist, kann eine eventuelle Entscheidung des Parteitages gar nicht mehr zweifelhaft sein. Der Redner empfiehlt sodann der Resolution Webel zuzustimmen und danach zu handeln. Genosse Kluge wendet sich gegen die Annahme der Resolution Webel und verlangt, daß der Parteitag entscheide und die Abstimmung über die Resolution bis auf weiteres vertagt wird. — Genosse Weibel aus Moabit berichtet, daß auch ein großer Teil der Moabiter Genossen in Bezug auf die Organisationsform derselben Meinung wie die der Schönhauser Vorstadt ist und die Ansicht besteht, auch für Moabit einen selbständigen Verein zu gründen.

Die Genossen A. L. Adler, Wartels, Bläcker u. a. sprechen für die Einigung durch den Leberzoll. Sie sind der Meinung, daß auch die Majorität der Parteigenossen im sechsten Wahlkreise bald davon überzeugt sein wird, daß eine Veränderung der Organisationsform im Interesse der Partei unumgänglich notwendig ist. Genosse Meilich verlangt, daß mit dem Leberzoll gleichzeitig eine Statutenänderung vorgenommen wird, nach welcher der ganze Wahlkreis in 4 bis 6 Bezirks-Organisationen eingeteilt und die General-Versammlung für den Wahlkreis aus Delegierten der Bezirke besteht. Genosse Reyle giebt der Meinung Ausdruck, daß ein gutes Verhältnis durch den Leberzoll nicht geschaffen, sondern die Streitigkeiten innerhalb der Organisation fortgesetzt werden und dadurch der bisherige Zustand noch verschlechtert wird. Die Genossen Thomas und Wellert verweisen darauf, daß die Organisation der Schönhauser Vorstadt erhebliche Fortschritte gemacht und sich bewährt habe. Die Redner wenden sich gegen die Auflösung und wünschen, daß die Entscheidung des Parteitages abgewartet wird. — Nachdem Genosse Pfannkuch noch in längerer Rede für die Einigung, ohne den Parteitag damit zu besorgen, plädiert hatte, machte auch Genosse W. A. S. darauf aufmerksam, daß vordem die Genossen der Schönhauser Vorstadt nicht nur die Parteitag-Resolution Nr. 72, sondern auch die Majorität der Genossen Berlins und der Vororte für sich hatten, jetzt aber, nachdem sich die Situation so geändert, vollständig isoliert wären, wenn sie bei der Aufrechterhaltung ihrer Organisation beharren. In seinem Schlußwort tritt Genosse Weibel nochmals für die Einigung ein und ersucht die Versammlung, der von ihm vorgeschlagenen Resolution zuzustimmen und weitere Vertagung abzulehnen.

Die Resolution wird sodann von der Versammlung mit großer Majorität angenommen.

Nachdem der Vorsitzende Genosse Mars aufgefordert, nun entsprechend der Resolution zu wirken, erfolgte der Schluß der stark besuchten Versammlung mit Hochrufen auf die internationale völkerebefreiende Sozialdemokratie.

Städtische Arbeiter. Nach lebhaftem Verlauf eine gestern nachmittag von der Ortsleitung des „Verbandes der städtischen Arbeiter“ einberufene Versammlung der Straßenreiniger. Die unter Leitung ihres freiwilligen Vorstandes zahlreich erschienenen Arbeiter erhielten am Eingang einen vom Vorstand des Vereins der Straßenreiniger unterzeichneten Zettel ausgehändigt, durch den vor dem Verband der städtischen Arbeiter wegen seiner angeblichen sozialdemokratischen Tendenz gewarnt wird. Kaum hatte der Sekretär Poersch die Versammlung eröffnet, da verlangten die geistigen Führer Bureauwahl. Dem wurde stattgegeben und drei in dem geenerischen Verein hervorragende Herren ins Bureau gewählt. Der nunmehrige Vorsitzende Aregtsma erklärte die Einberufung der Versammlung für einen Gimpelanzug, verliest eine Erklärung und schließt die Versammlung. Kollege Schubert fragt nunmehr an, ob die Versammlung weiter tagen soll. Mit ganz großer Mehrheit stimmt die Versammlung zu und Schubert hält sein Referat über „Die städtische Arbeiterfürsorge, die liberale Stadtverordneten-Mehrheit und die Straßenreiniger“. In zweifelhäufiger Rede geht der Redner die geradezu einzig dastehende Stellungnahme des Stadtverordneten-Plenums zu den Anträgen der Sozialdemokratie und zeigt an mannigfachen Beispielen die „musterghäßige“ Arbeiterfürsorge. In der Diskussion erschienen nunmehr die Herren Vorstandsmitglieder auf den Plan und demnigten den Verband der städtischen Arbeiter als sozialdemokratisch. Poersch fertigte diese Herren unter großem Beifall ab. In seinem Schlußwort unterzieht er nochmals Schubert diesem „Vorstand der Straßenreiniger“, der hier allen Ernstes den Grundbauf aufgestellt hatte: „Man darf nicht fordern, man muß bitten“, einer herben Art und bringt folgende Resolution ein, welche gegen sieben Stimmen Annahme fand:

„Die versammelten Straßenreiniger Berlins erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie bedauern die ganz ungenügenden Zugeländnisse der städtischen Körperschaften ihren Arbeitern gegenüber und betonen, daß die Zustände in den städtischen Betrieben keineswegs musterghäßig, sondern sehr verbesserungsbedürftig sind. Sie können insbesondere nicht mit den Ausführungen jener Stadtverordneten einverstanden sein, die da meinen, daß die städtischen Arbeiter zu beschwerden keine Ursache hätten. Die Versammelten können sich weiter nicht mit den Beschüssen des Stadtverordneten-Kollegiums in betreff des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs einverstanden erklären, sie betrachten dieselben nicht als weitgehend genug und geben sich daher der Hoffnung hin, daß die städtischen Körperschaften baldigt den berechtigten Wünschen der städtischen Arbeiter Rechnung tragen werden.“

Der Verlauf der Versammlung hatte die ihrer Gefolgschaft betrauten Führer des Vereins in große Erregung gebracht.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands. Im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, abends 8 1/2 Uhr: Stellungnahme zu den Anträgen für den Gewerkschaftstages.

Briefkasten der Redaktion.

Die britische Sprachkunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

Adel. 1. Der Nährwert eines Eies ist dreimal so groß, als der des gleichen Quantums Milch. 2. Der Nährwert von Milch ist mehr als viermal so groß, als der des gleichen Quantums Roggenbrot. 3. Branntwein hat überhaupt keinen Nährwert. 4 und 5. Adelsteele sind künstlich nicht zu erwerben.

N. 3. 44. Vielleicht können Sie im Aquarium, Unter den Linden, Beschäftigung bekommen.

N. 6. Ein Ausländer kann ebensowohl wie ein Deutscher vor deutschen Gerichten klagen. Persönliches Erscheinen ist nicht erforderlich. Dinge, die mit dem Klageanspruch und der Verteidigung gegen denselben nichts zu thun haben, wie eine Ausweisung des Klägers, sind bei der Klage nicht zur

Sprache zu bringen. Die Erörterung solcher Dinge kann vom Gericht verwehrt werden. — 25. H. S. Nicht ersichtlich ist, inwiefern Sie sich irgend wie strafbar gemacht haben sollen. Waren Sie beim Abschluss des Vertrages minderjährig, so ist der Vertrag ungültig und Ihre Forderungen der Rückzahlung gerechtfertigt. Waren Sie damals volljährig, so können Sie nicht einseitig vom Vertrage zurücktreten. Sie können dem Lieferanten eine Frist...

sehen, bis zu der er die Reparatur geliefert haben muß, und auf Reparatur und Schadenersatz nach Ablauf der Frist klagte. — 2. H. 200. Rein. — 2. 66. Ihre Mutter kann wie jede andere eine Versicherungspflicht begründenden Verhältnis ausübende Person die Versicherung freiwillig fortsetzen, ohne sich dabei in Arbeit zu setzen. Sie steht für jede Woche eine Kfz-Baumark ein. Welche Klasse Sie wählen will, steht bei ihr. Durch diese...

Weiterversicherung wird zweierlei erreicht: das Verschwinden der Kfz-Baumark aus der früheren Kfz-Baumark wird verhindert und die Höhe der eventuellen Rente wird eine größere, da die Rentenhöhe sich nach der Anzahl und nach der Höhe der Kfz-Baumarken richtet. Innerhalb zwei Jahren muß Ihre Mutter, um diese Vorteile sich zu erhalten, mindestens 40 Beitragsmarken liefern. — 188. H. 7. Der Ungar kann wie ein Teufel verflucht werden.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 10. Juni.
Cvrenhaus. Matteo Falcone. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Das große Licht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Schauspiel der Königin des Hofes aus Stuttgart. Hofmanns Erzählungen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Im Niederplatzhaus: Offendach-Gesellschaft. Regimentsgäuberer. — Ventröl und Permette. — Spottkater und Feherr. Anfang 8 Uhr.
Schiller. Die Reitenburger. Anfang 8 Uhr.
Teufel. Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wollen. Hofmanns Erzählungen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Großstadtluft. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Einquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Coralie u. Cie. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Schauspiel der Schillerseer Jägerbataillon. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf bei ungünstiger Witterung: Gr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss. Die Viper. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lumpenpaganenbuch oder: Das lehrreiche Reckblatt. Anfang 7 1/2 Uhr.
G. v. Wolzogen. Buntes Theater (Niederplatz). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Serenissimus-Zwischenspiele. Der Postkonditor. — Schöne Seelen. — Kollegen. Anfang 8 1/2 Uhr.
Crippen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. (Romy-Oper.) Messan der Straballa. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Lystra. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Vollage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste. Täglich: Sternwarte.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Die deutsche Ostseeküste.

Passage-Panopticum.

Der weibliche Affenmensch.
Der Tigerknabe.

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 8 Uhr, Wochentags 5, Ende 11 Uhr.
Willy Prager
16 Elite-Nummern.

CASTANS Panoptikum

Friedrich-Strasse 185.
Photographische Aufnahme von der Insel
Martinique
und von den Schlachtfeldern
Transvaals.
Im Konzertsaal:
Schwedische Künstlerkapelle
4 Damen, 2 Herren.

ZOOLOGISCHER WINTERGARTEN

Täglich nachmittags 5 Uhr:
Grosses Militär-Doppel-Konzert.
Entree 1 Mk., ab 6 Uhr abends 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. — Sonntag und Donnerstag 3 Kapellen.

Belle-Alliance-Theater.

Die Dame aus Trouville
Schwan mit Gesang u. Tanz in 3 Akten. Hierauf: Gr. Lebensbild in 1 Akt. Bei günstiger Witterung auf der Sommerbühne. — Garten-Entree inkl. Vorstellung 30 Pf.
Wittwoch: Offeney-Konzert. Morgen und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung.

Apollo-Theater

Um 7 Uhr: Garten-Konzert.
Um 8 Uhr: Die neuen sensationellen Spezialitäten!
Um 9 Uhr: Kolossal Lach-erfolg. Paul Linckes Ausstattung-Operette

Lysistrata

mit dem Luftballon „Origoletto“
Kasseneröffnung 7 Uhr.

Schall und Rauch (Kleines Theater)

Unter den Linden 44.
Dienstag, 10. Juni, Anfang 8 1/2 Uhr:
Serenissimus-Zwischenspiele
Gastspiel von Emanuel Reichor. Malennacht. Kollegen. Schöne Seelen.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Täglich im Garten:
Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Onkel Don Juan.
Poffe mit Gesang u. Tanz v. G. Stranne

Schweizer Garten

Am Königsthor 42020*
Am Friedrichsbahn
Täglich:
Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball.
Volksbegeisterung. Freier Vortritt um 10 Uhr: Enjanne im Bade.

Sommertheater Marienbad

Badr. 35/36, Gesundbrunnen.
Täglich:
Gr. Spezialität-Vorstellung.
Berliner Waschermädel.
Wittwochs- und Sonntags: Ball.
Entree 20 Pf.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr
Tageskasse 11—1 1/2 Uhr

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a,
Station der Hochbahn.
Täglich im Garten, bei ungünstiger Witterung im Saal:
Hofmanns Norddeutsche Sänger und Konzert.
Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Soiree: Tanzfräulein. Tanz frei!
Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Soiree 7 Uhr. Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden 1. und 15. d. Monats: Wechselndes Programm!
Donnerstag: Elite-Tag.

Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13—15.
Artistiche Leiter: Gust. Bock.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Jeden 1. und 15. d. Monats: Wechselndes Programm!
Donnerstag: Elite-Tag.

Treptow Joëls Victoria-Garten, Ludwigs Park-Restaurant, Köpenicker Landstrasse.

Sonntag, den 15. Juni 1902

Früh-Konzert

arrangiert von den 214/15*
Parteigenossen des IV. Berliner Reichstags-Wahlkreises Südost.
Billets 15 Pf. Kassen-Eröffnung 4 Uhr morgens. Billets 15 Pf. Die Kaffeeküche ist geöffnet (Liter 60 Pf.) Zu zahlreichem Besuch ladet ein Das Komitee.

Freireligiöse Gemeinde.

Zum Besten des Danfunds.
Montag, den 16. Juni 1902, nach Schmödnitz (Gasthaus zur Palme):
Dampferpartie mit Musik.
Abfahrt früh 8 1/2 Uhr, Stralauer Brücke 5.
Billets a 1 Mk. für Erwachsene, 50 Pf. für Kinder und bis 13. Juni in allen Winterverkauftstellen der Freireligiösen Gemeinde, später nur soweit Raum vorhanden bei W. Mohr, Tischlerstr. 70; G. Wege, Rüdersdorferstr. 48 und G. Schulz, Blumenstr. 14 im Laden und in den Sonntagverkauftstellen zu haben. Das Komitee.
Fordern Sie in den Tabakhandlungen

Dänischen Anker-Kautabak

Weinle Marke 5 und 10 Pf.-Schleifen.
Nur acht, wenn sich im Tabak der Feinmetzettel mit Anker befindet. (4245)*
Generalvertreter: C. Röcker, Berlin, Grüner Weg 8, Amt 7, 3881.
En gros — Rohtabak — En detail
Alle Sorten in großer Auswahl zu den äußersten Preisen. 41080*
Hud. Völcker & Sohn, Berlin, Rönningerstr. 45.
„Wanzenfeind in der Flasche“ Preis 50 Pf., 1,00, 1,50.
„Mottenfeind im Beutel“, nur 5 Pf.
„Schwabenfeind im Streu-Turm“ 25 Pf., 50 Pf., 1,00
Unfehlbar sicher Th. Schmiedel Gesetzlich geschützt!
Allein-Verkauf: Fabrikant Fernspr.: Amt 7a, 6331. Neue Königstr. 53, 1. (Alexanderplatz.)
Von 1 Mark an frei Haus, auswärts gegen Nachnahme!

Der Inventur-Verkauf

bietet in allen Lager-Abteilungen
Waaren zu
bedeutend ermässigten Preisen.

Berlin W. 25 Leipzigerstr.
F. V. Grünfeld
Landeshuter Leinen- u. Gebild-Weberei.

Prater-Theater

Kilianen - Allee 7-9.
Täglich:
Durch fremde Schuld.
Ballade mit Gesang in 3 Akten. Ballettes. Catalin. Tyrolenne Mary Elys. Brotesque-Rom. Paul Coradini. Brothers Fred, misit. Grottschid. Mr. Bartling, led. Phatog. Fred Marzahl Troupe, Bantou. Musikantenstreiche. Bartings elektrische Fooris. (3000 G. (Abkörper.) Konzert u. Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., ununterbrochen 50 Pf.

Wintergarten.

Das neue Juni-Programm
Besser und interessanter wie je!
Dr. Schünemann,
Spezialist für Haut-, Zahn- und Frauenheilkunde. Seyditzstr. 9. 1/2, 12—1/3, 1/6, 1/8.

Milchkuranstalt Schweizerhof

NW., Emdenerstr. 40/41
Liefert in alle Stadtteile und die westlichen Vororte frei Küche:
1 Ltr. Kindermilch 35—50 Pf.
1 „ Vollmilch i. Fl. 20 Pf.
3 „ „ „ „ „ 18 Pf.
Prof. Gaertners Säuglingsmilch trinkfertig und sterilisiert.
Versand n. ganz Deutschl.

Kraus- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Strasse 2.

Bereits-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Girlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert

Charlottenburg. F. Kunstmann, Wallstr. 1. Uhren und Goldwaren!

Grossartige Auswahl! Billigste Preise! Reelle Garantie!

Steppdecken

billigst in Fabrik-Oranienstrasse 158
Katalog Emil Lefèvre, Berlin franco.

Apotheker „Baers Ursol“

ist das beste Mittel gegen Fußschweiß, besonders aber auch gegen Haut- und Kopfschweiß. Wirkt bei dem sogenannten Wolf augenblicklich, verhindert Wundgebehen der Füße, nimmt nach langem Gebrauch den vollen Geruch, ist garantiert unschädlich für die Gesundheit.
Preis pr. Flacon 1,50 Mk. franko pr. Nachnahme.
Den verehrlichen Gewerkschaften, Vereinen, Krankenkassen gehören wir bei direkter Bestellung und Abnahme von 12 Stück 20 Prozent Rabatt. 909*

Prima Fahrräder, auch auf Teilzahlung ohne Freidrehung in coulanten Bedingungen unter Garantie.

Wenig gebrauchte Räder auch auf Teilzahlung unter Garantie. Preise bedeutend ermäßigt. Reparaturanfertigung aller Systeme schnell und billig.
Adomeit & Landau, Gottingerstr. 48 I, am Rosenthal Th.

5 1/2 Pfund Brot 50 Pf. Backware

6 Stück für 10 Pf. Albrechts Bäckerei: Wrangeistr. 9, Krautstr. 19, Nassensteinstr. 28, Zankstr. 2.

Robert Hecht, Berlin S., Cranienstr. 142.

liefern schnell und billig alle Arten
Stempel in bester Ausführung.
Kautschuk-Zypen „Perfekt“ aus zusammengefügten einzelnen Wörtern sowie ganzer Sätze von 1,50 Mk. an.

Dr. Simmel, Princesstr. 41.

Spezialarzt für 25/47
Haut- und Halsleiden.
10—2, 5—7, Sonntag 10—12, 2—4

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Corsetthaltern, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
Elefant- u. Hirsch-Krankentassen Berlin C., [37629*]

Wahlinstrumente u. Seltene aller Art

Wahlinstrumente u. Seltene aller Art. Hier ist die größte Auswahl aller Wahlinstrumente u. Seltene aller Art. Hier ist die größte Auswahl aller Wahlinstrumente u. Seltene aller Art.

30. Finien-Strasse 30.

Zahn-Klinik.
Olga Jacobson, strasse 145
Preise sehr billige Teilzahlung. Invaliden.

Ernst Riek, Inhaber: Carl Buttendorf, Berlin N., Weinbergweg 15b

zweites Geschäft von Rosenbaler Thor, verwendet Bitte genau auf Firma n. Hausnummer 15b zu achten.

Feine Stahlbrillen von Mk. 1,00 bis Mk. 3,50.
Nickelbrillen und Pincenes v. Mk. 1,50 bis Mk. 4,00.
Neugold-Brillen und Pincenes v. Mk. 2,50 bis Mk. 3,50.
Gold Double-Brillen u. Pincenes v. Mk. 3,50 bis 12,00.
Gediegene Auswahl und elegante Ausführung in Gold-Brillen u. Gold-Pincenes von M. 8,00 bis Mk. 40,00.
Alles mit Rathenower Kristall-Gläsern versehen.

Ein schwaches Auge verdankt Viele dem Nichtbeachten dieser Mahnung. Ist aber das Auge einmal einer Unterstützung bedürftig, so sollte demselben ohne Säumen das richtig passende Glas anprobiert werden. Besondere Sorgfalt auf genaues Auspassen der Gläser und den bequemen Sitz der Brille oder des Pincenes wird in dem Institut für Präzisions-Optik von Ernst Riek, Inhaber: Carl Buttendorf, Berlin N., Weinbergweg 15b zweites Geschäft von Rosenbaler Thor, verwendet Bitte genau auf Firma n. Hausnummer 15b zu achten.

Halt dein Auge, bewahre ihm Schutz!

Spezialität: Theater- und Reise-Periscopive von Mk. 4,50 bis Mk. 50,00.
Reisenzeuge von 1,25—40,00.
Barometer etc.

Schiller-Theater

(Waller-Theater).
Dienstagabend 8 Uhr:
Die Hottenburger.
Poffe mit Gesang in sechs Akten von D. Kallisch und A. Weirauch. Musik von H. Stiel.
Mittwochabend 8 Uhr:
Die Hottenburger.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Unter blonden Bestien. Der Thor und der Tod. — Paracelsus. — Post festum.

Central-Theater.

Heute Dienstag, den 10. Juni 1902, Anfang 8 Uhr. Jubiläumsvorstellung zum 100. Male:
Coralie & Cie.
Schwan in 3 Akte v. Adin Balodroque und Maurice Brunnequin. Morgen u. folgende Tage: Coralie & Cie.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr. Horwitz-Oper.
Heinrich Büchel! Alessandro Stradella.
Mittwoch: Undine.
Donnerstag: Auf allgemeines Verlangen: Rigoletto. (Herzog und Narr.) Gr. Oper in 4 Akten von Verdi.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Täglich:
Die Viper.
Reinhardt-Schauspiel in 7 Akten. Anfang 8 Uhr.
Im Garten: Spezialitäten, Theater-Vorstellung. 8 1/2 Uhr.
Morgen: Gr. Kinderreigenfest.

Allerlei-Theater

früher Puhmann
Schönhäuser-Allee No. 148.
Durchweg glanzvoll erneuert!
Täglich: Gr. Garten-Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung.
Kommen! Sehen! Staunen!
Wunderlich wunderlicher Beifall des erstklassigen Hohen-Programms!
Im Programm: Gr. Ball.
Anfang Konzert 8 Uhr, Vorh. 6 Uhr.
Entree 30 Pf., Sperrh. 50 Pf.
Vorzüge dieser Annonce zahlen auf all. Plätzen d. Hälfte. Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im Saal statt.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Ost).
 Dienstag, den 10. Juni cr., abends 8 Uhr:
Verammlung
 „Königsbau“, Gr. Frankfurterstraße 117.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Ed. Bernstein über: Die soziale Bedeutung des Wahlrechts und das preussische Landtags-Wahlrecht. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreichem Besuch ersucht
Der Vorstand.

Achtung! Achtung!
Volks-Versammlung
 am Dienstag, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Köslinerhof“, Köslinerstraße 8.
 Tages-Ordnung:
 1. Was wollen die Frauen von der Polizei?
 Referent: Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen.
 2. Diskussion.
 Um zahlreichem Besuch bittet
Die Vertrauensperson.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5, Telefon Amt 7 Nr. 353.
 Mittwoch, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirks-Versammlung für Moabit
 in den Arminiushallen, Bremerstraße 72-73.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Sassenbach über: „Die geschichtliche Entwicklung der deutschen Gewerkschaften.“
 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
 Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.
 Zahlstelle Berlin.
 Morgen Mittwoch, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Theodor Metzner über: „Gleiches Recht für alle.“ 2. Abrechnung vom Stiftungsfest. 3. Abrechnung von der Nativer. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Um zahlreichem Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Fachverein der Tischler.
 Mittwoch, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Zols, Köpckestraße 137:
Außerordentl. Mitglieder-Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen Winkler über: Die Reorganisation der Gewerkschaft. 2. Welche zur Zeit bestehenden Sperrn halten wir aufrecht? 3. Verschiedenes.
 Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Central-Verband der Schmiede.
 Zahlstelle Berlin.
 Mittwoch, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27a:
Mitglieder-Versammlung mit Frauen
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Waldeck Hanasse über: „Götter, Götzen und Menschen.“ 2. Das Hausstufensystem. 3. Bericht von der Gewerkschaftskommission. 4. Verschiedenes.
 Um pünktliches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.
 Mittwoch, 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den Borussia-Sälen, Ackerstr. 6/7:
Große Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Spöhr über: „Nationalität, der Dichter der Köpfsenden mit Reklamation auf seinen Werken.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Regen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Dachdecker und Berufsgenossen.
 Mittwoch, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:
Öffentliche Versammlung der Dachdecker Berlins.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Notwendigkeit der Schutzvorrichtung in unserem Berufe und Beschäftigung über die zu unternehmenden Schritte. Referent Genosse Weitsch. 2. Diskussion. 3. Beschäftigung über die fernere Gestaltung unseres Streifens. 4. Bericht und Neuwahl unseres Gewerkschaftsdelegierten.
 NB. Kollegen! Da man in der letzten Zeit und die so notwendige Schutzvorrichtung vernachlässigt, ist es notwendig, daß sämtliche Kollegen zu dieser Versammlung erscheinen.
Die Agitationskommission.

Verein socialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegend.
 Die Mitglieder werden ersucht, sich an der heute nachmittags 4 Uhr bei Keller, Kopenstraße 29, stattfindenden öffentlichen Gastwirte-Versammlung recht zahlreich zu beteiligen.
 69/13
Der Vorstand. J. K.: Ferdinand Ewald.

Centralverband der Maurer etc.
 Zahlstelle Berlin.
4 Bezirksversammlungen
 Dienstag, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Wernau, Schwedterstraße Nr. 23/24:
Versammlung mit Frauen für Norden.
 Referent: Genosse Waldeck Hanasse.
 Mittwoch, den 11. Juni cr., abends 8 1/2 Uhr:
 für Moabit im Lokale Schössler, Stromstr. 28,
 für Osten bei Stechert, Andreasstr. 21
 Referent: Genosse Wiesenhal
 für Süd-Ost bei Krüger, Mannysstraße 6
 Referent: Genosse Lankow.
 Um regen Besuch dieser Versammlungen ersucht
Die Verbandsleitung.

Fliesenleger!
 Mittwoch, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Grenadierstr. 33:
Öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Wahrung der Kollegen Hopke und Stellungnahme zu derselben. 2. Gewerkschaftliches.
 Der wichtigsten Tagesordnung wegen bittet um pünktliches und zahlreiches Erscheinen
Der Vorstand.

Schmöckwitz Gashaus zur Palme
 Inhaber: Hermann Peter, Grünau Nr. 39.
 Empfehlung mein abgekannntes, herrlich im Wohl und Wasser deligentes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen, Kuchentanz und Dampferfeste, Regelmäßige, große Kaffeeplätze. Gute Küche und deligepöchte Biere zu soliden Preisen. (43129)

Orts-Krankenkasse der Sattler
 u. verwandten Gewerbe zu Berlin.
 Wir bringen hierdurch zur Kenntnis, daß die
fünfte Abänderung
 zu unserem Statut (betreffend die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden) gemäß den Beschlüssen der General-Versammlung vom 12. April 1902 vom Bezirksausschuß unter dem 13. Mai d. J. genehmigt worden ist.
 Berlin, den 6. Juni 1902.
Der Vorstand.
 J. K.:
 Gustav Schillmann, Walter Dittmann, Vorsitzender, Schriftführer.

Dr. med. Schaper
 homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.
 Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Socialdemokrat. Wahlverein Nixdorf.
 Mittwoch, den 11. Juni, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Wilhelm Münzer, Auebeckstraße 113:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Karl Koblenzer über: Socialpolitische Streifzüge. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten, Verschiedenes und Prologisten.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Mittwoch, den 11. Juni, abends 8 Uhr:
Versammlung der Parkettbodenleger
 im Gewerkschaftshaus (Saal 7), Engel-Ufer 15.
 Tages-Ordnung:
 1. Gerabsetzung des Taxifs seitens der Kollegen Hille und Clements. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Die Vertrauensmänner werden ersucht, um 6 Uhr im Gewerkschaftshaus zu erscheinen betreffs einer Vorberatung. Die Kollegen von Kuppig, Leibe, Bendix, Rumpf, Mittag, Classon, Badmoler werden gebeten zu erscheinen.
Der Obmann.

Stettin: } **Filialen:** { **Berlin:**
 Magazinstraße 2. } } Chausseestraße 54.
 Hoheingoltenstraße 3. } } Bebe-Allianzstr. 98

Mass-Anzüge
 24 und 30 Mark.
Paletots nach Mass 22 Mark.
 Es liegt in jedem seinem Interesse, mein Angebot zu prüfen und sich von der Realität zu überzeugen. Ich liefere von prima Stoffen die elegantesten halbbaren Mass-Anzüge zu obigen Preise. Kein Zwang zur Abnahme, wenn der Anzug nicht sitzt.
Sonnenschein's Engros-Resterhandlung
 Bebe-Allianzstraße 98, 1 Tr., und Chausseestraße 54, 1 Tr.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
 Restaurant umständehalber (post-) billig zu verkaufen. Stephanstraße 53.
 Restauration zu verkaufen Hochuferstraße 40. 856
 Schankgeschäft wegen anderweitiger Unternehmung sofort billig zu verkaufen, gute Geschäftslage. Näheres bei G. Schornberg, Seifenmacherstraße 1, I.
 Vorjährige elegante Herrenkleidung aus feinen Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verbandshaus Germania, Unter den Linden 21, II. 11778
 Vorjährige elegante Herrenkleidung aus feinen Stoffen 4-10 Mark. Verkauf täglich Turmstraße 85, Hermann Schilling. 11022
 Herrenanzüge, Paletots, elegante Knosfänger, geringe Zellzahlung. Kurzeberg, Potsdamerstraße 13, 11402
 Welche Herrenkleidung, gute Qualität, sind 25 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Putzfabrik, Comptoir Kösterstraße 25A, früher Varianstraße 4 und 5. Sonntag geöffnet. (10882)
 Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Berlin, Paderstraße 4, Bahnhof Börs. 11174
 Spotbillig! Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Kassetten, Regulatoren, Pelzhand, Reanderstraße 6. Zellzahlungen gestattet.
 Papagayenkauf, sprechen, jung, grau, billig. Richter, Oranienstraße 57. 915
 Vorjährige elegante Herrenanzüge und Sommerpaletots aus feinen Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verbandshaus Germania, Unter den Linden 21, II.
 Landbau! Gebrauchte neue Bretter, Kantholz, Latzen, Leisten, Zäunen, Reusen, Dachpappe, Theer, billig Kottbuserdamm 22. 24598

Gardinenhand Große Frankfurterstraße 9, portiere. 1374
 Steppdecken (postbillig, Fabrik) Weinstraße 20 I. 28726
 Möbel-Gelegenheit Beim Auctionator Otto Videtz, Rüdigerstraße 25 (Bahnhofstr.) jeden zum postbilligen Verkauf neue gebogene und wenig gebrauchte Einrichtungen, ein Posten Büfettenservice 30,00, Salonstühle 20,00, Zimmertische 8,00, Tischschänke, Salongarnituren, Bancoselbst, Kuchentische, Buffets, Schreibstühle, Bücherregale, Salonbilder, geblühte Ueberzuginnen, Divanbetten, Stores, Steppdecken, Salongehnen, Tischschänken 5,00. Verschiedene Gelegenheitskäufe. Gefasst lagert unentgeltlich. 11572
 Teppiche mit Bordenschieren Badrückenlage Große Frankfurterstraße 9, portiere. 1374
 Söbelbänke, Werkzeuge, (schwer, großer Gebauer billig Diemig, Paderstraße 76. 978
 Versollene Pländer, goldene Uhren, Ringe und andre Goldsachen, sauber und schön, werden billig verkauft; auch altes Gold wird in Zahlung genommen in der Pfandleihe Bringenstraße 28, I. Gde Ritterstraße. (1588)
 Fahrräder, verfallene, prima Wankensäder in größter Auswahl: Brennader, Opel, Kbler, Dürkopp, Damenäder; 100 neueäder aus Strickfäden, neue Modelle, erhaltene deutsche Fabrikat, tonnenlos, preiswert; Prinzip: Trotz aller Billigkeit übersteht Solidität! Köpfer werden um Lagerplatz und Vergleich mit Konkurrenz gebeten. Fahräder - Verkauf, Neue Schwabauerstraße 11. 11089
 Nähmaschinen, verfallene, postbillig (Wiesenaufbau) Pfandleihhaus, Alexanderstraße 73. 326
 Wascher! Einlochwascher 11,00, Zweiflochwascher 3,00, Schleifmaschine 5,00, Was-Drusen! 7,00, Was-Plättchen! Was-Bügelapparat! billig! Wobaner, Waldenstraße zweieinhalb. (27436)

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebraucht tabellos, postbillig Köpckestraße 60/61, Landbergerstraße 82 I. 790
 Steppdecken billig Fabrik Wrange Frankfurterstraße 9, portiere. 1374
 0,40 Probefische, unübertroffene Haarfarbe. Winterfeldt, Commerzstraße 121. 1496
 Landparzelle bei Friedhof, 66 Quadrat-Ruten, umständehalber sofort ganz billig veräußert. Witwe Sauer, Weisenaufbau 62. 1508
 Futtergeschäft, gutgehendes, vergrößert nach außerhalb zu verkaufen. Näheres Coppenstraße 3 im Laden. 1426
 Restauration, gutgehendes, in sofort billig zu verkaufen, da ich mich nach außerhalb verheiratet. Witwe Freidhof, Alte Jakobstraße 171, bidawis Kuchhof. 1476
 Schankgeschäft mit Fabrikfundament handelt halber billig zu verkaufen. Näheres Frankfurter Allee 135, Bohn. 1448
 Bäcker! Niederlage veräußert. Rortstraße 4. 1438
 Kucheneinrichtung, ganz oder geteilt, ungenutzt halber billig zu verkaufen. Schilling, Kottbuser Ufer 69, 2. Obergebaude II. 1456
 Gut erhaltenes Sofa verkauft billig Forsterstraße 52, Pfantanzalt. 1378

Vermischte Anzeigen.
 Zungekluge Männer finden Kufjohne im alten Erlangverein. Meldungen Mittwochabends 9 Uhr im Restaurant Wollschläger, Waldenstraße 21. 1108
 Aufallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Payer, Steglitzerstraße 65. 25426
 Kostenfreie jährliche Behandlung, Zahnziehen, Zahnärztliche Poliklinik, Chausseestraße 1a. 11568

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
 Junger Mann sucht sofort Stellung. Offerten Post, Solmsstraße 33. 1378
 Suche für meinen Sohn eine Lehrstelle (Kopier- und Dekorateur), schon 10 Wochen gelernt. Angel, Reichenbörgerstraße 37b, 2. Seitenflügel port. 174
 Klüber Schuhmacher bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigen Preisen geachtet, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Pankstraße 27, Klüber.
Stellengebote.
 Klempnerlehrling verlangt (Reiterstraße 41. 508
 Radfahrer und Radfahrer verlangt Edmund u. Weimar, Charlottenburg, Savigny-Platz 4. 1389
 Tischler auf Bilderrahmen verlangt Welner, Stallstraße 58.
 Maurer und Möbeler für manche Arbeiten gesucht. Götter, Götter, Neubau Paderstraße, Gde Baumbergstraße. 1445
 Einbinder auf Goldleuten, K., erlöcher. Berg, Chausseestraße 82.
 Namkeis auf Kasse verlangt Seidenhof, Liebenstraße 32. (1398)
 Wäbchenfaden Arbeiterinnen verlangt Gulle, Frankfurter Allee 16.
 Geübte Logowidlerin auf feine Ware verlangt Bedraff, Markgrafenstraße 43/44. 1406
 Kartondruckerin, geübte, verlangt Anders Nachfolger, Waldenstraße 7. 1415
 Wäbchenfaden auf Oberhemden, Kragen, Manschetten, und eine, die auch Maschine sticht, dauernd verlangt Central-Dampf-Waschanstalt, Kreuzbergstraße 7. 489

Züchtige Lackierer und Wagenfahrräder
 per sofort gesucht. Adler-Fahrradwerke vorm Heinrich Kleyer Frankfurt a. M.
Achtung! Holzarbeiter!
 Geprüft und folgende Werkstätten: Leibe u. Co., Großbeerenstr. 54. Tischler und Maschinenarbeiter. Grün u. Dörring, Weisenaufbau 44/45. Wegner, Wilmersdorf. 33,6
Achtung! Holzarbeiter!
 Junge von Tischlern und Drechseln Werkstatt Waz Reichstein, Spandau, ist fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Spandau.
Achtung! Korbmacher!
 Junge ist fernzuhalten von der Werkstatt
Brückner,
 Bambus- u. Korbwaren-Fabrik, Klosterstr. 72. 847
Achtung, Vergolder!
 Bei der Firma Günther, Knechtstr. 10, sind Differenzen ausgebrochen und ist Junge für alle Branchen bis auf weiteres fernzuhalten. 225/13 Die Ortsverwaltung Berlin.

Prozeß Sanden und Genossen.

3. huter Tag.

Vorsitzender Landgerichtsdirektor Heidrich eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Voller: Der Verteidigung ist vom Gerichtshof gestattet worden, die rechnungs-mäßigen Unterlagen für die Liquidations-Bilanzen der Preussischen Hypothekenbank und der Grundschuldbank einzusehen. Seitens der Preussischen Hypothekenbank hat die Verteidigung das dankenswerteste Entgegenkommen gefunden. Die Neue Bodengesellschaft hat da-gegen die

Einsicht der Bücher verweigert.

Die Verteidigung beantragt deshalb, einen formellen Gerichtsbeschluß zu fassen.

Rechtsanwalt Bernstein: Er bitte sogar, weiter zu gehen und der Neuen Bodengesellschaft nicht nur anzugeben, die Einsicht zu gestatten, sondern auch die eventuelle Beschlagnahme der Bücher zu verfügen.

Der Gerichtshof beschließt, dem Antrage der Verteidigung zu entsprechen.

Zustizrat Bronker stellt einen auf die Grundwertverbs-Gesellschaft bezüglichen Antrag. In der Anklage wurde gesagt: Am 19. Dezember 1899 verkaufte die Grundwertverbs-Gesellschaft verschiedene Terrains am Aufstufendamm, an der Mecklenburgischen und an der Wagnerstraße für 9 Millionen Mark an die Aktiengesellschaft für Grundwertverbs und Hypotheken-Verkauf, die sie einige Zeit vorher mit noch zwei kleineren Vorzügen für 6 518 480 M. erworben hatte. Er beantragt, den Regierungsbauemeister Gause als Sachverständigen dafür zu laden, daß die Terrains wirklich 9 Mill. Mark wert waren.

Staatsanwalt Veed hat zu demselben Thema den Kreisratator Jode sowie den Direktor Buch geladen.

Der Sachverständige Gause soll zum Mittwoch geladen werden. Es wird in der Erörterung der beanstandeten Posten der 9er Bilanz der Grundschuldbank fortgesetzt.

Zu dem Posten „Anlagen in Hypotheken- und Grundschuld-Gesellschaft“ 108 420 066 M. figurieren noch im Dezember 1899 a) 9 747 491 M. Hypotheken, welche der Neuen Berliner Anleihegesellschaft gehörten und b) für 1 197 572 M. Hypotheken, welche dem Rätischen Immobilienverein gehörten, als Aktiva. Die Anklage behauptet, daß dies geschehen sei, um der Deutschen Grundschuldbank, die bei einer Anlage in Hypotheken- und Grundschuld-Verkehr von nur 92 475 062 M. einen Pfandbriefsumlauf von 98 552 700 M. hatte, die zur Deckung dieses Umlaufs noch erforderlichen über 6 000 000 M. zu verschaffen.

Zur Sache wird als Zeuge der

Baurat Hegemann

über Wert und Bedeutung der von ihm aufgestellten Tagen ver-nommen. Der Staatsanwalt stellt auf dem Standpunkt, daß diese Tagen völlig wertlos und bloße Formensache gewesen seien. Der Vorsitzende hält in dieser Beziehung dem Baurat Hegemann, der übrigens auf Schadenersatz in Höhe von zunächst 23 000 M. in Anspruch genommen wird, einen von diesem geschriebenen Brief vor, in welchem es wörtlich heißt: „Daß die Wertsumme bei jedem Grundstück angegeben war, konnte mich als Taxator von Hypothekenbanken umso weniger in Erstaunen setzen, da es allgemein üblich ist, daß Hypotheken-banken bei Erteilung des Auftrags zur Taxierung eines Grundstücks in dem Auftragschreiben stets anzugeben pflegen, wie hoch die Be-leihung ist, die gefordert wird und hieraus der Taxator sofort sieht, auf welche Summe die Tage auslaufen muß, um die Hypothek bewilligen zu können. Da die Direktoren von Hypothekenbanken einen Auftrag zur Taxation eines Grundstücks jedoch niemals erteilen, wenn sie sich selbst nicht vorher vergewissert haben, daß das Grundstück einen solchen Wert hat, daß die Hypothek bewilligt werden kann, so ist die Taxation durch den Sachverständigen in den meisten Fällen

eine bloße Form.

weil jeder Direktor eines Hypothekenbank Sachverständiger genug ist, um den Wert beurteilen zu können.“

Baurat Hegemann begründet diese seine Ansicht in längerer Aus-sprechung. Bei Neubeleihungen von Grundstücken erhalte der Sach-verständige stets erst dann den Auftrag zur Taxierung eines Grund-stücks, nachdem der Direktor der Hypothekenbank bereits definitiv den Wert des Grundstücks festgestellt und auf Grund seiner Feststellung die Hypothek fest zugesagt hat. Da der Hypothekenbank-Direktor auf Grund langjähriger Übung selbst mindestens ebenso viel Sach-kenntnis besitzt als sein Vorgesetzter, so werde letzterer schwerlich in die Lage kommen, in Bezug auf die Höhe der Grundstücksbewertung anderer Meinung zu sein. Da es sich hier um längst beliebene Grundstücke handelte, so habe er um so weniger Veranlassung gehabt, die ihm mitgeteilte Bewertungshöhe der Grundstücke, auf Grund welcher damals vor Jahren die Beleihungen stattgefunden hatten, zu be-argwöhnen, als der Hypothekenbank-Direktor Kommerzienrat Sanden zur Zeit der Auftragserteilung als eine über allem Zweifel einwandfreie Person gegolten habe. Jede Hypothekenbank erteile ebenso wie die Gerichtsbehörden an ihre Sachverständigen Anweisungen für die Ausarbeitung der Tagen und wie der Sachverständige bei der Aufarbeitung von Grundstückstagen für die Gerichte nach der Vorschrift des Justizministerial-Reskripts vom 17. August 1841 verfahren müsse, ebenso erteile jede Hypothekenbank ihren Sachverständigen Anweisungen, die er zu befolgen habe. Der Wert eines Grundstücks in Berlin sei ausschließlich bedingt durch den Mietwert, und diesen habe er in allen Fällen objektiv festgestellt. Bei der Grundschuldbank sei ihm

vorgeschrieben worden.

von dem Mietwert für Unkosten nichts in Bezug zu bringen und mit 4 Proz. zu kapitalisieren. Den Hypothekenbank-Direktor brauchte er auf die Wirkung der von ihm erteilten Instruktion auf das Endresultat der Tage nicht aufmerksam zu machen, weil dieser Sachkenntnis genug besitze, um solches selbst zu erkennen.

Staatsanwalt Veed: Haben Sie gewußt, daß diese Tagen als Urkunden oder als Beleg und Rechtfertigung für die vorgenommenen Beleihungen dienen sollten? — Zeuge: Nein. — Staatsanwalt Veed: Es ist gar nicht ersichtlich, wozu denn die Tagen angefertigt worden sind und was solche Tagen für einen Wert haben, wenn sie nach dem Willen der Direktoren eingerichtet werden. — Zeuge: Seine Tage sei lediglich als Bestätigung der Wertschätzung auf-zufassen, die der Direktor schon gemacht hatte. Diese Art von Tagen seien für Hypotheken-Banken

ganz allgemein.

Der Staatsanwalt hält es für nötig, noch einen Zeugen vor-zuladen, um diese Frage noch weiter aufzuklären.

Ueber den mitgeteilten Brief des Baurates Hegemann und die darin bekundeten Ansichten desselben über die „nur formale“ Be-deutung solcher Tagen wird

Scheminat Recht

vernommen und erklärt: Als er den Brief zu Gesicht bekommen, habe er das Gefühl der Empörung gehabt. Worauf Herr Hegemann seine Erfahrungen stütze, könne er nicht wissen, aber daß seine Ansichten für die Gesamtheit der Hypothekenbanken Platz greifen, müsse mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden. Die Hypothekenbanken, die diesen Brief lesen, werden Herrn Hegemann entschieden als Taxator ablehnen, sie werden auch wohl keine Kenntnis haben von seiner Progn. Was er in seinem Briefe sage, sei total falsch und entspreche in keiner Weise den Gepflogenheiten der Hypothekenbanken. Er müsse dies aufs allerentschiedenste und be-stimmteste zurückerweisen. Eine solche Lage eines Sachverständigen sei nicht eine bloße Form, sondern ein ganz wesentlicher Teil der Erledigung eines Beleihungs-Antrages. Für diese Tagen lassen sich Schemata nicht anwenden und mathematische Formeln seien nicht maßgebend, sie seien auf alle Fälle immer etwas Wesentliches für die Beleihung. Daß man vor der Lage dem Taxator schon anbietet, wie hoch die

Tage auslaufen muß, um die Hypothek bewilligen zu können — das gebe es nicht!

Baurat Hegemann widerspricht diesen Ausführungen.

Der Vorsitzende kommt hierauf auf den Protest zurück, der seiner Zeit von der Verteidigung gegen die Sachverständigen-Qualität der ehemaligen Angestellten der Preußenbank, Vollmann und Richter, erhoben ist. Gegen letzteren wird von den Verteidigern Dr. Voller, Bernstein und Thurm nur der Einwand der mangelnden Sachkunde, gegen Herrn Vollmann aber auch der Ein- wand der Befangenheit gemacht.

Der Vorsitzende giebt zunächst Herrn Vollmann Gelegenheit, sich auf die in letzterer Beziehung leghin erhobenen Anschuldigungen — daß Frau Vollmann seiner Zeit Herrn Eduard Sanden bei einer etwaigen Entlassung ihres Mannes mit dem Staatsanwalt gehetzt habe — zu äußern. Er erklärt u. a.: Er sei in der Bankabteilung der Grundschuldbank beschäftigt gewesen und habe seiner Zeit den Buchhalter Piper darauf aufmerksam gemacht, daß eine Bilan-zbuchung nicht ganz klar sei und er sich diese erst genau ansehen solle. Piper sei darauf zur Direktion gegangen und habe ihm dann gesagt: wenn er die Buchung gemacht hätte, würde er Prokurist ge-worden sein. Außerdem habe sich herausgestellt, daß eine Bilanz um 200 000 M. nicht stimmte. Er habe von diesen Dingen dem Direktor Schmidt Mitteilung gemacht, dieser habe ihm recht gegeben und ihm gesagt, er möge ihm doch von allen auffälligen Erscheinungen Mit-teilungen machen. Zu diesen Auffälligkeiten habe auch gehört, daß der Buchhalter Jager einmal beauftragt wurde, neue Wertberechnungen aufzustellen, da etwa 14 Millionen Ueberbeleihungen vorlagen. Jager habe dies abgelehnt, weil er fürchtete, mit dem

Staatsanwalt in Konflikt

kommen zu können. Der Zeuge erklärt es für absolut unwahr, daß in seinem Auftrage seine Frau zu Kommerzienrat Sanden gegangen sei und ihm mit dem Staatsanwalt gehetzt habe, falls ihr Mann entlassen würde. Thatsache sei nur, daß er höchlichst davon über-rajstet gewesen sei, als man ihn plötzlich in eine andre Abteilung stellte. Er sei darüber sehr nervös und völlig krank geworden und seine Frau sei nur deshalb zu Kommerzienrat Sanden gegangen, um zu er-fahren, was mit ihm eigentlich geschehen sei.

Frau Vollmann bestätigt dies und bestreitet, mit dem Staatsanwalt gehetzt zu haben. Sie ist außer zu dem Kommerzien-rat Sanden auch zu dem Generalkonstabl Schmidt gegangen, um sich darüber zu beschweren, daß ihr Mann in eine Abteilung gesteckt worden sei, wo er nach ihrer Meinung moralischen Schaden nehmen konnte.

Der Angeklagte Heinrich Schmidt und die Verteidiger bleiben bei ihrem Einwande der Befangenheit.

Der Gerichtshof beschließt, den Einwand gegen die Sach-verständigen-Qualität des Herrn Richter abzulehnen und bezüglich des Herrn Vollmann noch einen Zeugen zu vernehmen.

In der Fortführung der Verhandlung wird ein ehemaliger An-ge-stellter der Deutschen Grundschuldbank vernommen, der der Ansicht ist, daß Direktor Heinrich Schmidt eine große Selbstständigkeit dem Kommerzienrat Sanden gegenüber nicht hatte.

Es wird dann noch einmal in die Erörterung über die Grund-erwerbs-Gesellschaft eingetreten.

Die Anklage schildert das System, welches Buchmüller und Sanden als Direktoren der Grundwertverbs-Gesellschaft verfolgten, anschaulich wie folgt: Es wurden

Parzellen an zahlungsunfähige Leute

gegeben, mit der Verpflichtung, sie binnen kurzer Frist zu bebauen. Der Erwerber der Parzelle bezahlte die Anzahlung teils mit geborgtem Gelde, teils braunte er eine Anzahlung überhaupt nicht zu leisten. Er erhielt eine erste Hypothek von der Preußenbank und hatte das Kaufgeld an zweiter Stelle für Sanden und Buchmüller einzutragen zu lassen. Letztere erkundeten darauf nach kürzerer oder längerer Zeit, zum Teil unter eigenem Namen, zum Teil als Grundwertverbs-Gesellschaft das bebauete Grundstück billig im Wege der Zwangsversteigerung zurück. Vorher hatten sie in einigen Fällen die Kauf-geld-Hypothek an die Preußenbank und die Grundschuldbank abgehoben, so daß diese in erster Reihe bei der Substantiation Verluste erlitten.

Nach den Erörterungen über diesen Punkt, in welche der Staats-anwalt, der Rechtsanwalt Chodziejewer und der Richterrevifor Kruse wiederholt eingriffen, schloß der Vorsitzende die Verhandlung für heute. Sie soll morgen, Dienstag, 9 Uhr fortgesetzt werden.

Der Mordprozeß Thomashke.

Landgerichtsdirektor Vohle eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Es sind mehrere anonyme Briefe eingegangen, denen irgend ein Wert nicht beizulegen ist. Dagegen befindet sich eine Frau, die ihren Namen und ihre Wohnung angiebt, die Aufwarterin Wedert, welche am Sonntagabend vernommen wurde und unschöne Dinge über die Buch-halterin Kreyschmar ansagte, der Unzulänglichkeit. Es wird be-schlossen, diese Zeugin zu morgen zu laden.

Die Kreyschmar als Polizeispyonin.

Die Beweisaufnahme wird fortgesetzt und zunächst wieder die Zeugin Kreyschmar vernommen. Sie wird noch einmal ein-bringlich zur Wahrheit ermahnt und dann aufgefordert, sich auf die Bezeugungen der Frau Wedert zu äußern. Die Zeugin Kreyschmar bleibt dabei, daß irgend welche intime Beziehungen zwischen ihr und Köfler nicht bestanden haben. Ob Köfler die Absicht gehabt habe, sie zu heiraten, wisse sie nicht; ihr selbst habe er niemals etwas davon gesagt. Außer ihrem Gehalt von monatlich 100 M., das sie von Köfler erhielt, habe sie noch viele Zuwendungen von den Kunden erhalten, deren Darlehensgesuche genehmigt wurden. Sie schätze, daß sie während der ganzen Dienzeit bei Köfler beinahe 500 Mark Nebeneinnahmen gehabt habe. Es möge vorgekommen sein, daß sie sich der Wederts gegen-über bisweilen mißlieblich über Köfler geäußert habe, aber dann habe sie Grund dazu gehabt, denn Köfler sei sehr häufig fertig geworden und habe dann Ausdrücke gebraucht, die er später bereute. Auf Befragen des Verteidigers, Rechtsanwalts Dr. Werthauer, ob sie nicht auch

der Polizei Dienste geleistet

und dafür Bezahlung erhalten habe, giebt die Zeugin Kreyschmar dies zu. Sie habe einmal 100 und ein andres Mal 80 M. für solche Dienstleistungen erhalten. Die Zeugin bleibt dabei, daß alle ihre auf Köfler bezüglichen Äuße-rungen falsch ausgelegt oder falsch wiedergegeben seien. — Nun erhielt die Zeugin Wedert wieder das Wort. Sie blieb bei ihren Behauptungen stehen und berief sich auf ein Schriftstück, welches sie inzwischen dem Präsidenten eingereicht habe. Das Schriftstück, welches zur Verlesung gelangte, enthielt neue Beschuldigungen gegen die Zeugin Kreyschmar, welche ihren Chef belogen und belohlen habe. Es kommt zwischen den Zeuginen zu einer Auseinandersetzung, sie be-zichtigten sich gegenseitig der Lüge. — In dem Schriftstück wird ferner behauptet: „Sie spielte häufig mit Köfler Karten und betrog ihn mit „fälschlichen Augen“. Die Zeugin Kreyschmar erwiderte, daß sie bisweilen mit Köfler habe Karten spielen müssen, wobei der letztere es allerdings so eingerichtet habe, daß sie gewinnen mußte. — Am 16. oder 17. Mai sei Köfler mit Holzapsel nach Hamburg gereist, um Herrn v. Rheinbaben zu besuchen. Als Fräulein Kreyschmar dies gehört habe, habe sie gerufen: „Der Alte ist wohl verrückt, ich habe den Verdienst schon in der Tasche.“ Dann sei sie aus Telephon gelaufen und habe an v. Rheinbaben telephoniert, ihn aber gebeten, er möge es nicht Köfler sagen, daß sie zusammen gesprochen. Die Zeugin Kreyschmar erklärt, daß ihr von diesem Vorkommnis nichts er-mannlich sei, jedenfalls habe sie nicht zum Nachteil ihres Chefs ge-handelt.

Schmutzige Wäsche.

Nun legt die Zeugin Wedert einen Brief vor, den sie am Tage darauf von der Kreyschmar erhalten. Fräulein Kreyschmar schreibt: „Der Alte hat wieder seinen Koller. Wenn er Sie fragt, ob jemand in seiner Abwesenheit dagewesen oder etwas angekomme ist, sagen Sie mir, Sie wähten von nichts.“ Die Zeugin Wedert zieht hieraus den Schluß, daß die Kreyschmar ihrem Chef etwas zu seinem Nachteil verheimlichen wollte. Auch in betreff dieses Briefes und seines Zweckes vermag die Zeugin Kreyschmar eine genügende Erklärung nicht zu geben. Die Wedert erzählt auch, daß eines Tages, als Köfler verreist war, die Kreyschmar elf Paar Wäsche für das Geld ihres Chefs habe holen lassen. Sie habe damals den Besuch ihrer Schwester und deren Bräutigam erhalten, diese drei Personen hätten die Wäsche zusammen verzehrt. Die Kreyschmar habe ihr auch einmal gesagt: „Wenn etwas passiert, dann werde ich nicht leer ausgehen, dazu bin ich zu schlau.“ — Die Zeugin Kr. giebt zu, diese Äußerung gethan zu haben, sie habe dabei im Auge gehabt, daß Köfler ihr gesagt habe, wenn er sterbe, dann gehöre ihr alles. — Verteidiger Dr. Werthauer: Zeugin Kreyschmar, haben Sie am Sonntagabend nach der Verhandlung noch mit dem Kriminal-inspektor Braun gesprochen? — Zeugin: Nein, aber ich habe ihm geschrieben, was vorgekommen ist. — Bert.: Beschalb? — Zeugin: Weil er mich ganz genau kennt und weiß, daß ich an der ganzen Sache unschuldig bin. — Bert.: Sind Sie nicht einmal in einer

Zwangsversteigerungs-Anfall

gewesen? — Zeugin: Ich war von meinem 16. bis 18. Jahre in einem Pensionat. — Bert.: Ja aber auf Verfügung des Gerichts sind Sie dort untergebracht worden? — Zeugin: Ja. — Bert.: Und was war der Grund ihrer Unterbringung in der Anstalt in Weuthen, denn da war es doch? — Zeugin: Ja. — Bert.: Nun bitte den Grund. — Die Zeugin ist trotz aller Vorhaltungen und Ermahnungen des Vorsitzenden nicht zu bewegen, den Grund anzugeben. Sie wudet und dreht sich und kommt endlich mit der Antwort heraus: Ich bin damals zu Unrecht ver-urteilt worden, ich wurde verführt. Endlich erklärt der Ver-teidiger, daß er auf die Beantwortung der Frage verzichte, er beantrage dagegen, den Polizeikommissar, der damals die Sache gegen die Kreyschmar geführt, telegraphisch laden zu lassen, derselbe könne morgen früh aus Weuthen hier sein. Der Gerichtshof beschließt nach diesem Antrage. Außerdem sollen die Gerichtsakten betr. die damalige Strafsache gegen die Kreyschmar, wahrcheinlich wegen Sittlichkeitsvergehen, und ihre Personalakten, die im Kloster „Zum guten Hirten“ in Weuthen, in welchem die Kreyschmar zwangsweise untergebracht war, zur Stelle geschafft werden. (Die Verhandlung dürfte somit noch einige Tage dauern.) Staatsanwalt Randolph richtet an die Zeugin die Frage, ob sie nach ihrer Entlassung aus der Zwangs-Erziehungsanstalt wieder mit dem Geheh in Konflikt gekommen sei. — Zeugin: Nein. — Verteidiger Dr. Werthauer: Haben Sie nicht an den „Lokal-Anzeiger“ An-sprüche erhoben? — Zeugin: Jawohl. — Bert.: Und weshalb? — Der „Lokal-Anzeiger“ hatte geschrieben, ich sei die Geliebte Köflers gewesen. Ich hatte ihn deswegen verflucht. Es kam im Termine ein Vergleich zu stande, ich erhielt eine Entschädigungssumme von 150 Mark.

Inzwischen ist die Photographie des linken Armes der Leiche in vergrößertem Maßstabe hergestellt worden. Alle Zeugen, die etwas über die Haltung des Armes zu bekunden wußten, werden noch ein-mal kurz vernommen.

Prof. Dr. Strahmann meint, sein Gutachten nun dahin ab-geben zu müssen, daß die

Haltung des Armes

auch durch die eingetretene Leichtenarre bedingt worden sei. Wäre der Tod nicht während des letzten Krampfanfalls, sondern gleich nach demselben in einem Zustande der Erschöpfung und Schwäche eingetreten, so würde der Arm allerdings eine herabhängende Stellung eingenommen haben.

Zustizrat Dr. Sello richtet an den Sachverständigen die Frage, ob ihm ein in Schwelbnig vorgekommener Vergiftungsfall bekannt sei, in welchem zwei mit Strychnin vergiftete Personen in gleich ruhiger Lage auf dem Sofa gelegen hätten.

Der Sachverständige kennt den Fall nicht, hält die mitgeteilte Thatsache aber für möglich.

Medizinalrat Dr. Wittenzweig bleibt bei seinem ab-gegebenen Gutachten, er hält es für möglich, daß Köfler bereits auf dem Sofa liegend vom letzten Krampfanfall betroffen wurde.

Gerichtschreiber Dr. Bischoff

fügt seinem Gutachten noch folgendes hinzu. Er habe ein Glas mit Bier halb gefüllt. Auf den Saum habe er eine erhebliche Menge salpetersaures Strichmin gestreut. Die Radeln seien etwa 10 Minuten auf dem Saum liegen geblieben, dann seien sie erst nach und nach zu Boden gesunken, wobei sich zeigte, daß diejenigen Stellen des Saumes, auf denen das Gift lag, sich am längsten hielten. Nach weiteren 10 Minuten habe er einen Glasstab in die Flüssigkeit getaucht und mit seiner Spitze in Berührung gebracht, einen bitteren Geschmack habe er kaum wahrgenommen.

Es tritt darauf eine Mittagspause ein.

Von der Reichsbank ist die Ankunst eingegangen, daß der ver-storbene Köfler niemals ein Depot hinterlegt gehabt hat.

Die folgende Zeugin ist die Witwe Bertha G r o h, die Inhaberin eines Restaurants in der Greifswalderstraße. Soweit sie sich zu ent-finnen vermag, verkehrten Holzapsel, Thomashke und Köfler etwa seit August v. J. in ihrem Lokal. Sie pflegten zumeist des Vor-mittags zu kommen, Thomashke auch des Abends, um Abendbrot zu essen. Er blieb zumeist eine Stunde dort. Am Abend des 30. Sep-tember sei er auch dort gewesen. Er habe einen Platz gewählt, von dem er bequem die gegenüberliegende Wohnung Köflers übersehen konnte. Er sei gegen 8 Uhr fortgegangen. Nach einiger Zeit sei er wieder gekommen und habe gebeten, einen

Arng Vier

zu Köfler, der Besuch erhalten habe, herüberzuschicken. Da sie niemand zu schicken gehabt, so habe Thomashke den Arng Vier selbst hinübergetragen. Am folgenden Vormittag habe sie sich den geleerten Arngwiedergeholt. Derselbe habe in der Küche gestanden. Der an-wesende Polizeilieutenant habe ihr gestattet, den Arng mitzunehmen. Ob das Gefäß ausgepült gewesen oder nicht, könne sie nicht sagen. — Präj.: Thomashke hat und erzählt, daß er am Abend des 30. September am runden Stammtisch gefessen habe. — Zeugin: Das ist nicht wahr. — Präj.: Kann man vom Stammtische nach der Köflerschen Wohnung hinübersehen? — Zeugin: Nein. — Präj.: Hat Köfler häufig bei Ihnen Bier holen lassen? — Zeugin: Ja, durch Frau Wedert. — Präj.: Hatte Thomashke früher schon einmal Bier geholt? — Zeugin: Nein. — Es folgt die Ver-nennung der Frau G r i n g, welche der Köflerschen Wohnung gegenüberwohnt. Aus dem Umstande, daß sie dort häufig Offiziere verkehren sah, hat sie geschlossen, daß Köfler mit ihnen Geldgeschäfte machte. Als sie am Abend des 30. September an der Köflerschen Wohnung vorübergegangen sei, habe sie die Stube übersehen können, da sich an dem Fenster keine Gardinen befanden. Köfler habe mit dem Gesicht ihr zugewendet an einem Tisch gesessen und habe augenscheinlich in großer Erregung auf einen Herrn eingedet, der ihm gegenüber saß. Es sei ein großer schlanker Herr gewesen. — Zustizrat Dr. Sello richtet an die Zeugin Kreyschmar die Frage, ob sie, die doch in der Lebensstube gewesen sei, von der lebhaften Unterhaltung nicht gehört habe. Die Zeugin Kreyschmar verneint dies und bleibt trotz energischen Vorhaltens dabei, daß sie keinen Besucher bei Köfler gesehen habe. — Die Zeugin Göring bekundet ferner, sie habe bis-weilen gesehen, daß Köfler die Kreyschmar des Abends zum Abschied gelüßt habe. — Die Zeugin Kreyschmar wird vorgerufen und gefragt, ob es wahr sei. Sie will anfangs nicht mit der Sprache heraus, endlich lößt sie die Worte hervor: „Das kann wohl sein.“ — Eigentümer L. hat am 30. September nach

